

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 4. Dezember 1988

Vorlagen	Ergebnisse	
	Ja	Nein
Volksinitiative «Zur Herabsetzung der Arbeitszeit»	768'821 34,2 %	1'476'057 65,8 %
Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung»	732'021 32,7 %	1'506'468 67,3 %
«Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation»	685'861 30,8 %	1'544'205 69,2 %
Stimmbeteiligung	52,7 %	

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	3
1. Die Stimmbeteiligung	4
1.1 Teilnahmedisposition und Mobilisierung	4
1.2 Die Zusammensetzung der aktuell Teilnehmenden	5
1.3. Interesse und Orientierungsweisen nach Vorlagen	10
2. Die Volksinitiative «Zur Herabsetzung der Arbeitszeit»	13
2.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen	13
2.2 Die Beweggründe – Beweggründe und Argumentenunterstützung	18
2.3 Arbeitszeitfragen in der direkten Demokratie – ein Überblick	20
3. Die Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung»	23
3.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen	26
3.2 Die Denkweisen – Spontan genannte Entscheidungsmotive	27
3.3 Ausländerfragen in der direkten Demokratie – ein Überblick	28
4. Die «Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation»	30
4.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen	30
4.2 Die Denkweisen – Spontan genannte Entscheidungsmotive	34
4.3 MieterInnen – eine einheitliche politische Gruppe?	36
5. Beliebt und chancenlos? Generelle Überlegungen zum Abstimmungserfolg von Initiativen	37
5.1 Die Annahmen des Konflikt-Modells	39
5.2 Ein empirischer Test	39
5.3 «Die 3 P» – die Erfolgsformel für Initiativen	41
6. Methodischer Steckbrief der Untersuchung	44
6.1 Das Forschungskonzept	44
6.2 Die Stichprobe	46
6.3 Die Datenanalyse	48
6.4 Minimalanforderungen an Abstimmungsprognosen	48
Schluss: Kurzfassung für eilige LeserInnen	50

Grafik 1 Die effektiven Abstimmungsresultate

Region	Stimmverhalten nach Vorlagen		Stadt-/Land- Initiative % Nein	Beteiligung % Stimmberechtigte
	40-h-Woche % Nein	NA-Initiative % Nein		
CH	65,8	67,3	69,2	52,7
ZH	63,2	63,8	65,9	54,8
BE	68,7	65,2	66,0	50,0
LU	73,4	70,5	69,4	52,7
UR	71,9	69,5	73,3	45,5
SZ	77,5	69,6	81,0	51,0
OW	85,5	74,5	80,1	50,1
NW	81,6	72,5	77,9	53,9
GL	76,7	65,5	75,5	50,2
ZG	71,8	69,2	73,8	63,2
FR	61,7	66,5	67,1	51,7
SO	66,2	62,6	68,6	58,7
BS	54,2	66,0	55,1	52,7
BL	62,9	69,8	70,3	55,7
SH	65,6	72,1	67,8	72,1
AR	78,2	66,1	69,0	55,6
AI	89,6	73,9	84,5	57,5
SG	74,0	66,7	71,7	51,3
GR	75,9	77,0	78,3	47,0
AG	69,1	64,2	73,2	45,5
TG	75,7	64,6	74,4	56,1
TI	40,7	62,2	64,3	48,5
VD	62,6	73,5	69,1	50,0
VS	74,7	77,4	88,9	81,7
NE	54,3	66,4	59,1	49,3
GE	51,3	66,8	62,9	48,8
JU	43,9	71,1	62,6	49,4

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund der Presse vom 5. Dezember 1988

Einleitung

Nein! Nein! Nein!

Drei Volksinitiativen, drei Niederlagen und drei Mal etwas über 30 Prozent Ja-Stimmen. So lautet die Bilanz der gesamtschweizerischen Abstimmungen vom 4. Dezember 1988.

Alles klar!

So lässt sich der Tenor der meisten Medienkommentare zusammenfassen. Doch auch hier heisst die Antwort: *Nein!*

Klar sind die geringen Annahme-Chancen von Initiativen. Ein Drittel Ja-Stimmen ist denn auch ein durchschnittlicher 'Erfolgswert' für ein Volksbegehren. *Weniger klar* ist allerdings der Prozess, der dazu führt. Diesbezüglich postulieren wir: *Unter den drei Abstimmungen befindet sich je ein Extrembeispiel für die Politisierung nach dem Konflikt- bzw. Konsens-Muster. Dass beide Formen der politischen Auseinandersetzung hier zu ähnlichen Stärkeverhältnissen von Befürwortern und Gegnern geführt haben, betrachten wir als Zufall.* Um diese Kernaussage zu belegen, beschreiten wir bekannte und neue Pfade:

Punkt 1: Vorerst geht es um die *Mobilisierung* und die *Fallstudien zu den drei Vorlagen*; sie folgen im wesentlichen dem üblichen Muster der VOX-Analysen. Erläutert werden die bei Abstimmung zentralen Verhaltens- und Denkweisen der Stimmenden. Dies betrifft den Sachentscheid und die dafür bewussten Beweggründe.

Punkt 2: Ein Kredit des Schweizerischen Nationalfonds (NFP 21 : «Kulturelle Vielfalt und nationale Identität») ermöglichte uns, den Standardteil so zu erweitern, dass spezifischere Einblicke in die Entscheide des Soveräns möglich werden. In diesem Bericht berücksichtigt wurden ausgewählte Verhaltensweisen zur *Meinungsbildung* und eine Reihe von politischen *Werthaltungen*. Aber auch der Wunsch, nach bald 100 Fallstudien zu Volksentscheiden *Generalisierungen zum Erfolg von Vorlagen* zu wagen, liess uns das übliche Schema überschreiben: «Beliebt und chancenlos?» heisst ein Kapitel, das den Randbindungen nachgeht, die für die Variation des Ja-Anteils bei Initiativen verantwortlich sind.

Punkt 3: Politische Umfragen werden auch in der Schweiz häufiger. Damit wächst auch die Kritik an diesem Instrument. Dieser begegnen wir durch einen *methodischen Steckbrief*, der im Anhang die Vorgehensweise bei den VOX-Analysen erläutert. Immer häufiger werden aber auch Fragen an uns gerichtet, wie die *'Prognosen'* aufgrund von Umfragen zu beurteilen sind. Hierzu findet sich am Schluss eine Checkliste mit Minimalanforderungen.

1) Die Stimmbeteiligung

Die Beteiligung am Urnengang vom 4. Dezember 1988 war hoch. Keine der Vorlagen alleine hat dies bewirkt; die Kombination von drei hinsichtlich der Mobilisierung mittelstarken Gegenständen führte zur Beteiligung von 52,7 Prozent Stimmberechtigten. Dank der überdurchschnittlichen Mobilisierung wurden übliche Repräsentationsdefizite unter den Teilnehmenden abgebaut, ohne ganz zu verschwinden.

1.1 Teilnahmedisposition und Mobilisierung

Was im Ausland grosses Staunen auslöst, gehört in der Schweiz zum Selbstverständlichen: *Die Beteiligung in der direkten Demokratie ist gering.* Gerade bei Sachabstimmungen haben wir uns an die sichere Teilnahme einer nur noch schmalen 'BürgerInnen-Elite' von vielleicht 3 von 10 gewöhnt. In der Politikwissenschaft sind verschiedene Anstrengungen zur *Erklärung* der Stimmbeteiligung unternommen worden. Es lassen sich drei unterschiedliche Ansätze ausmachen:

- *Institutionelle Erklärungen* setzen bei den international besonders ausgebauten Mitsprachemöglichkeiten über Sachabstimmungen an. Die Gründe für die tiefe bzw. sinkende Beteiligung werden in den hohen und steigenden Anforderungen der halbdirekten Demokratie gesehen. An sich wird von einer Überforderung der BürgerInnen ausgegangen, die zwangsläufig zu politischer Abstinenz führen müsse.
- *Bewusstseinsmässige Erklärungen* gehen von politischen Entfremdungserscheinungen unter den Stimmberechtigten aus. Diese haben in der Zeit wirtschaftlichen Wohlstands das Interesse an der Politik verloren, sich aus Enttäuschung vom Staatsgeschehen distanzieren oder bleiben aus selber wahrgenommenem Unvermögen bei Sachabstimmungen fern. Ohne verbesserte politische Sozialisation werde sich – gemäss dieser Ansicht – bei der Stimmbeteiligung nichts ändern.
- *Verhaltensmässige Erklärungen* schliesslich verweisen auf eine abnehmende Relevanz konventioneller politischer Beteiligung und setzen dieser zunehmende, unkonventionelle politische Aktivitäten gegenüber. Insgesamt wird eine Verlagerung vom Wählen und Stimmen hin zu Protesten, Boykotten und Streiks vermutet.

Hinter all diesen Ansätzen steckt die Vorstellung der abnehmenden konventionellen Beteiligung in der direkten Demokratie. *Ausgehend von den aktuellen Entwicklungen ist jedoch nicht mehr das Sinken, sondern das Schwanken der Stimmbeteiligung erklärungsbedürftig.* Entsprechend versuchen die VOX-Analysen einen neuen Analyse- und Interpretationsansatz zu entwickeln.² Primär lassen sich drei Typen von BürgerInnen unterscheiden:

- 1 Vgl. L. Neidhart, J.P. Hoby: Die Ursachen der Stimmbeteiligung in der Schweiz, Bern 1977; A. Riklin, R. Kley: Stimmbeteiligung und direkte Demokratie, Bern und Stuttgart 1980; H.P. Kriesi et al., Politische Mobilisierung in der Schweiz (1945–1978), Diessenhofen 1981.
- 2 Erste empirische Hinweise hierzu finden sich in E. Gruner, H.P. Hertig (unter Mitarbeit von A. Grossen): Der Stimmbürger und die neue Politik, Bern und Stuttgart 1983.

- *Regelmässige UrnengängerInnen*: Höchstens ein Drittel der Stimmberechtigten bilden den Sockel sicher Teilnehmender. Aus generalisiertem politischem Interesse oder aber auch Pflichtbewusstsein, was den/die gute BürgerIn ausmacht, partizipieren sie regelmässig bei Sachabstimmungen.
- *Regelmässige Nicht-UrnengängerInnen*: Ein Viertel der Stimmberechtigten ist bei Urnengängen stets abwesend. Dieser Typ lässt sich weder durch bestimmte (Zwangs) Massnahmen zur Hebung der Beteiligung noch durch besonders interessante Auseinandersetzungen vor Abstimmungen mobilisieren.
- *Gelegentliche UrnengängerInnen*: Bleibt ein breites Mittelfeld von 40 bis 50 Prozent der Stimmberechtigten, die von Fall zu Fall zu politischen Sachfragen Stellung beziehen und damit zu einem bedeutsamen, jedoch schwer vorhersehbaren Potential in der direkten Demokratie geworden sind. Sie alleine sind die Ursache der Schwankungen bei der Partizipation in der direkten Demokratie.

Es hat sich als nützlich erwiesen, die hier vorgenommene Typisierung nochmals zu verfeinern, um verschiedene Mobilisierungsfälle zu charakterisieren:

- *Häufig Teilnehmende*, die sich bloss durch 'okkasionelle' Gründe wie Ortsabwesenheit oder Krankheit etc. von den regelmässigen UrnengängerInnen unterscheiden;
- *selektiv Teilnehmende*, die angesichts der Vorlagenvielfalt eigene Prioritäten setzen und bei speziellem Interesse mobilisierbar sind und
- *selten Teilnehmende*, die relativ apolitisch sind und sich höchstens bei exemplarischer Auseinandersetzung bewegen lassen.

Am 4. Dezember 1988 äusserten sich 52,7 Prozent der Stimmberechtigten zu den drei Vorlagen (vgl. *Grafik 1*). Abgesehen von 'Extrembeteiligungen' wie bei den Ausländerinitiativen der 70er Jahre stellt dies eine vergleichsweise hohe Mobilisierung dar. In den 80er Jahren ist sie gerade einmal – bei der kombinierten Abstimmung über den Zivildienst, die Autobahnvignette und die Schwerverkehrsabgabe – übertroffen worden. Wie die *Grafik 2* zeigt, ist der statistische Zusammenhang zwischen der Teilnahmedisposition und der Mobilisierung ausserordentlich hoch ($\chi^2 = 0.00$, Gamma = 0.80). Es entsteht jedoch nicht der Eindruck einer spezifischen Zusatzbeteiligung; *wir können insgesamt von einer 'normalen' Verteilung unter den gelegentlichen UrnengängerInnen ausgehen*. 'Häufiger' Teilnehmende gingen mehr, 'seltener' UrnengängerInnen weniger.

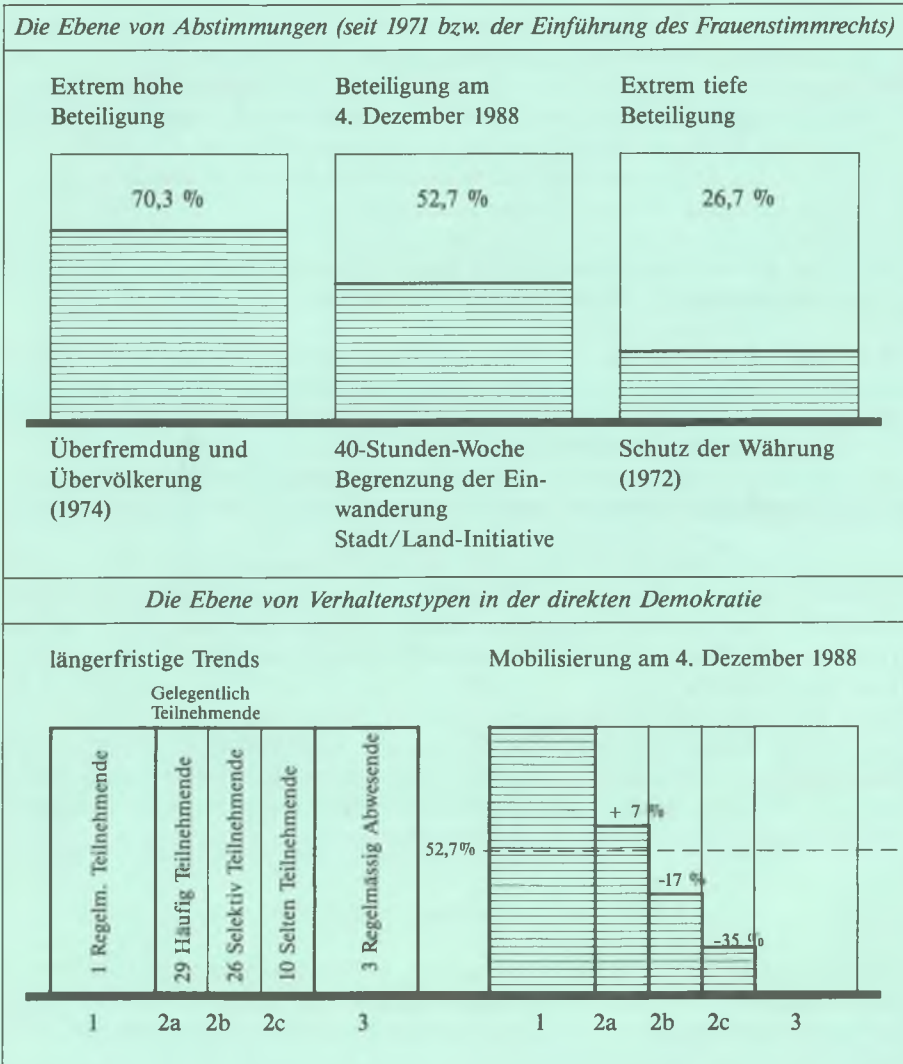
1.2 Die Zusammensetzung der Teilnehmenden

Wie sieht das Profil der Teilnehmenden aus? Von welchen Repräsentationsdefiziten müssen wir ausgehen? Welche hat die besondere Mobilisierung verändert?³ Beginnen wir mit den *gesellschaftlichen Merkmalen*, gegliedert nach Kennzeichen der Personen, der Haushalte und der Regionen (vgl. *Grafik 3*):

3 Allg. Überblicke vermitteln: H.A. Asher et al.: *Political Participation*, Frankfurt/M. und New York 1984 sowie H.M. Uehlinger: *Politische Partizipation in der BRD*, Diss., Zürich, Opladen 1988.

Grafik 2:

Schematisierte Darstellung der Teilnahme an Abstimmungen generell und am 4. Dezember 1988



- Die Teilnahme an der letzten Abstimmung war *schichtspezifisch*. Die Arbeiter (-12%) sowie die unteren Angestellten und BeamtInnen (-9%) waren untervertreten. Überdurchschnittlich repräsentiert waren hingegen BürgerInnen in leitenden beruflichen Positionen, selbständig Erwerbende, Gewerbetreibende (+6%) und namentlich Landwirte (+22%). Ähnliches drückt sich über den Bildungsgrad aus: Wer nach der obligatorischen Schulzeit ohne Weiterbildung blieb, ging deutlich seltener an die Urne (-13%).
- Die Zusammensetzung bei der jüngsten Abstimmung war *alters- und geschlechtsspezifisch*. Unter den Teilnehmenden sind die mittleren und älteren Generationen (+4% bzw. +5%) übervertreten. Ähnliches gilt für Männer, wenn auch die Differenz mit 10 Prozentpunkten kleiner ist als häufig angenommen wird.
- Eindrücklich bestätigt wird der Zusammenhang von der *gesellschaftlichen Stellung* und der politischen Teilnahme. Personen mit Kindern (+6%), Hauseigentümer (+8%) und Ortsansässige (+4%), haben ebenfalls über dem Schnitt teilgenommen. Dagegen blieben alleinstehende Personen häufiger fern (-13%).
- Die *regionalen Unterschiede* gehen schon aus den Ergebnissen zu den Kantonen hervor. Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass am 4. Dezember etwas mehr BürgerInnen in der Deutsch- denn in der Welschschweiz mobilisiert wurden und die Beteiligung auf dem Lande insgesamt nicht höher was als in den Städten.

Wie die gesellschaftlichen Gruppen am 4. Dezember vertreten waren, muss beschreibend bleiben. Die Mobilisierung findet normalerweise über die Zugehörigkeit zu *politischen Parteien, Verbände oder sonstigen Gruppierungen* bzw. über politische Orientierungsweisen statt. Hier gilt (vgl. *Grafik 3*):

- Je höher die *parteilpolitische Integration* ist, desto stärker war die Mobilisierung. Parteimitglieder nahmen um 19 Prozent über dem Schnitt teil. Die SympathisantInnen waren noch um 6 Prozent übervertreten. Dagegen beteiligten sich parteipolitisch Ungebundene um 8 Prozent unter dem Durchschnitt. Die beste Mobilisierung findet auf der rechten Seite des Spektrums; die höchsten Werte ergeben sich bei der FDP (+13%), der LPS (+11%), der SVP (+10%) und der CVP (+8%). Nur noch knapp über dem Mittel bewegt sich der für die Sozialdemokratie ermittelte Teilnahmewert. Die anderen Parteien, namentlich die gemässigten bzw. alternativen Grünen sowie die äusserste Linke mobilisierten ihre SympathisantInnen unterdurchschnittlich. Hier wie bei der NA beruhen die Ergebnisse allerdings auf einer schmalen Basis von Befragten und geben nicht mehr als grobe Trends wieder.
- Die vorliegende Studie erlaubt auch, die Beteiligung von *Mitglieder wichtiger Interessengruppen* zu überprüfen. Am besten schneiden die Umwelt-Organisierten (+17%) ab. Sie beteiligten sich praktisch gleich stark wie die Parteimitglieder. Die Teilnahme liegt auch über jener bei den wirtschaftlichen Verbänden. Namentlich bei den Gewerkschaften (+8%) resultiert eine mässige Mobilisierung. Gleiches gilt übrigens auch für die MieterInnenorganisationen (+3%).
- Offensichtlich ist der Zusammenhang zwischen der Teilnahme und dem *politischen Interesse* sowie – wenn auch etwas weniger deutlich – dem Vertrauen in die Arbeit der Regierung. Beides verweist auf die grundlegende Bedeutung der politischen Integration für die Beteiligung an Urnengängen. Je höher diese ist, desto stärker ist die Beteiligung in der direkten Demokratie.

Grafik 3:

Die Stimmbeteiligung am 4. Dezember nach Merkmalsgruppen

Merkmalsgruppen Kategorie	Abweichung zur durchschnittlichen Stimmbeteiligung (in Prozentpunkten)	Chi ²	Gamma ^a
<i>Merkmale der Personen:</i>			
● Geschlecht			
- Männer			
- Frauen	- 5	+ 5	0.00 0.24
● Alter			
- 20-39jährig	- 6		0.00 (0.18)
- 40-64jährig		+ 4	
- 65-84jährig		+ 5	
● Schulbildung			
- Obligatorische Schulen	- 13		0.00 (0.17)
- Berufsschule u. ähnliches		+ 3	
- Gymnasium, Universität		+ 2	
● Berufliche Stellung			
- Erwerbstätige Total		1	0.00 -
. Selbständige und Leitende		+ 6	
. Landwirte		+ 22	
. Angestellte u. BeamtInnen in mittlerer Stellung		+ 0	
. Übrige Angestellte und BeamtInnen	- 9		
. ArbeiterInnen	- 12		
- Nicht-Erwerbstätige Total		0	
in Ausbildung	- 7		
im Haushalt tätig	- 1		
in Pension		+ 3	
<i>Merkmale des Haushaltes:</i>			
● Haushaltsstruktur			
- Einpersonenhaushalt	- 13		
- Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder		+ 1	
- Mehrpersonenhaushalt mit Kindern		+ 6	
● Zivilstand			
- ledig	- 9		0.00 (0.07)
- verheiratet		+ 7	
- geschieden / verwitwet	- 12		
● Eigentumsverhältnisse			
- Hauseigentum		+ 8	0.00 0.32
- Miete / Pacht	- 6		
● Ansässigkeit			
- weniger als 5 Jahre am Ort	- 14		0.00 0.38
- mehr als 5 Jahre am Ort		+ 4	

Fortsetzung nächste Seite

Merkmalgruppen Kategorie	Abweichung zur durchschnittlichen Stimmbeteiligung (in Prozentpunkten)	Chi ²	Gamma ^a
<i>Merkmale der Region:</i>			
● Sprachzugehörigkeit			
- Deutsche Schweiz		+ 0	0.00
- Französische Schweiz	- 2		
- Italienische Schweiz		(2 5)	
● Siedlungsart			
- Grossstädt. Allgomerationen	- 2		0.01
- Mittel-/kleinst. Agglomerat.		+ 4	(0.10)
- Landgemeinden		+ 0	
<i>Politische Merkmale der Personen:</i>			
● Parteibindung			
- Parteungebundene Total	- 8		
- Parteigebundene Total		+ 6	0.00
. (NA/Vigilance)		+ 30	0.00
. SVP		+ 10	
. LPS		+ 11	
. FDP		+ 13	
. CVP		+ 8	
. LdU/EVP		+ 3	
. GPS	- 16		
. SPS		+ 4	
. (POCH/GB/PdA)	- 16		
● Mitgliedschaften			
- Politische Partei		+ 19	0.00
- Umweltorganisationen		+ 17	0.00
- Angestelltenverbände		+ 18	0.01
- Berufsverbände		+ 15	0.00
- Gewerkschaften		+ 8	(0.27)
- BürgerInneninitiative		+ 7	(0.34)
- MieterInnenorganisationen		+ 3	(0.74)
- keine dieser Gruppen	- 24		
● Politisches Interesse			
- hoch		+ 16	0.00
- mittel	- 8		
- tief	- 12		
● Vertrauen in die Regierung			
- hoch		+ 5	0.00
- mittel	- 8		
- tief	- 6		
Total (effektiv)	52,7 %		

a) Zur Erklärung der hier verwendeten statistischen Masse siehe 6.3. Werte, die in Klammern stehen, sind statistisch nicht relevant. Wo nur Striche eingetragen sind, ist die Berechnung statistischer Masszahlen nicht sinnvoll.

Schichtspezifische Defizite, Unterschiede beim Alter, Geschlecht und der gesellschaftlichen Integration, regionale Besonderheiten und Differenzierungen hinsichtlich der politischen Involvierung sind also die hauptsächlichen Charakteristiken der aktiven Stimmbürgerschaft vom 4. Dezember 1988. Bestätigung erhält damit das schon länger bekannte Profil. Die zusätzliche Mobilisierung verteilt sich – vielleicht mit Ausnahme der Landwirte – insgesamt nicht auf besondere Merkmalsgruppen. Insbesondere ist die überdurchschnittliche Beteiligung der Hauseigentümer normal. Aber auch bei den Gewerkschaften und Mieterverbänden haben wir keine exemplarische Mobilisierung feststellen können. Vergrößert gesagt lautet die Schlussfolgerung: *Die hohe Mobilisierung hat die Repräsentationsdefizite nicht aufgehoben, höchstens als Ganzes ausgeglichen.*

1.3 Interesse und Orientierungsweisen nach Vorlagen

Beenden wir das Kapitel zur Beteiligung mit einigen vorlagenspezifischen Fragen: Welche der Initiativen ist für die hohe Mobilisierung verantwortlich? Welche löste die grösste Betroffenheit aus? Welche stellte die höchsten Anforderungen an die Teilnehmenden? Und wie versuchten die Teilnehmenden sich vorgängig zu informieren bzw. eine Meinung zu bilden?

Bei Multipack-Abstimmungen ist meist eine der Vorlagen für die spezielle Mobilisierung verantwortlich. Um diese 'Lokomotiv-Funktion' zu eruieren, genügt es, auf die persönliche Betroffenheit der Teilnehmenden und die Leichtigkeit, sich zu entscheiden, abzustellen. Die Abstimmung vom 4. Dezember (vgl. *Grafik 4*) ist speziell, weil bei der *Betroffenheit* eigentlich keine der drei Vorlagen heraussticht. Bei den *Entscheidungsschwierigkeiten* fällt am ehesten noch die Stadt/Land-Initiative als 'schwer' auf. Die beiden anderen Vorlagen werden vergleichsweise als 'leicht' beurteilt. Dies bestätigt auch die Aufgliederung nach Verhaltenstypen: Die regelmässigen UrnengängerInnen fühlten sich durch die Stadt/Land-Initiative am meisten angesprochen; dagegen favorisierten die gelegentlich Teilnehmenden die beiden anderen Vorlagen. Je seltener die Befragten stimmen gehen, desto stärker ist dieser Zusammenhang. Dennoch bleiben die Unterschiede in engen Grenzen: *Das Gemeinsame der drei Vorlagen hinsichtlich der Mobilisierung überwiegt das Trennende.*

Bei den letzten *Nationalratswahlen* haben wir erstmals Interviewvorgaben zur *Mediennutzung* und zur *Gesprächshäufigkeit* verwendet.⁴ Es resultierte eine klare Dominanz der medialen Meinungsbildung; dabei rangierten die nicht-wahlspezifischen Medien (Zeitungen, Fernsehen, Radio) klar vor den speziell hergestellten Informationsträgern (Inserate, Drucksachen und Plakate). Die verhältnismässig geringen Werte für persönliche Diskussionen, sei es in der Familie, mit Freunden, bei der Arbeit oder in Vereinen, veranlassen uns zum Schluss, damit liessen sich 'Bände gesammelten Schweigens' füllen. Stimmen diese Beobachtungen auch für *Abstimmungen*? Noch ist es nicht möglich zu generalisieren; immerhin ergeben sich beim Urnengang vom 4. Dezember eindeutige Abweichungen (vgl. *Grafik 5*):

4 Vgl. C. Longchamp: Analyse der Nationalratswahlen 1987, VOX-Sondernummer, GfS und FSP, Zürich 1988.

Grafik 4:

Persönliche Betroffenheit und Entscheidungsleichtigkeit nach Vorlagen

Vorlage	Betroffenheit 'hoch' ^a in %		Entscheidungsleichtigkeit 'eher leicht' in %	
	Grad ^b der Stimmberechtigten	Grad ^c der Stimmbeteiligten	Grad ^c der Stimmbeteiligten	Grad ^c der Stimmbeteiligten
● 40-Stunden-Woche	20	mittel	72	leicht
● NA-Initiative	21	mittel	70	leicht
● Stadt/Land-Initiative	22	mittel	55	mittel/schwer

Vorlage	Betroffenheit 'hoch' ^a RUG ^d in %		GUG ^d in %	
	RUG ^d in %	GUG1 in %	GUG2 in %	GUG3 in %
● 40-Stunden-Woche	24	20	24	31
● NA-Initiative	26	22	27	27
● Stadt/Land-Initiative	29	24	22	25

Bemerkungen:

- 10-stufige Skala sowie 'keine Angabe' möglich, hohe Betroffenheit bei den Stufen 8, 9 und 10.
- Höchster Wert aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 40% (Fristen-Lösungsinitiative); tiefster Wert: 5% (Aufgabenneuverteilung bei der Primarschule). Grade von 'sehr hoch' bis 'sehr tief' (7 Stufen).
- Höchster Wert aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 83% (12 autofreie Sonntage); tiefster Wert: 32% 'eher leicht' (Konjunkturbeschluss). Grade von 'eher leicht' bis 'sehr schwer' (7 Stufen).
- RUG = Regelmässige UrnengängerInnen. GUG1 = Häufige UrnengängerInnen, GUG2 = Selektive UrnengängerInnen und GUG3 = Seltene UrnengängerInnen.

- Die *abstimmungsspezifischen Medien* erzielten am 4. Dezember viel geringere Reichweiten als bei Wahlen. Es geben gerade 24 Prozent der UrnengängerInnen an, sich über Inserate informiert zu haben; bei den 87er Wahlen waren es mehr als doppelt so viele. Noch deutlicher ist der Unterschied bei den Drucksachen der Komitees bzw. Parteien; mit 7 Prozent Reichweite sind die Plakate als Informationsträger praktisch unbedeutend.
- Häufiger als all diese abstimmungsspezifischen Medien wird auch das '*Bundesbüchli*' genutzt. Immerhin 29 Prozent orientierten sich anhand dieser amtlichen Information über den Inhalt und die Standpunkte der jeweiligen Lager.
- Bestätigt wird dagegen die hohe Bedeutung der *nicht-abstimmungsspezifischen Medien*: Ganz knapp an der Spitze rangiert diesmal das Fernsehen (59%); an der zweiten Stelle befinden sich die Zeitungen (55%) und etwas zurückgesetzt diente das Radio (36%) zur Informationsbeschaffung.

Nur ein Viertel der UrnengängerInnen hat vor dem 4. Dezember mit niemandem über die Vorlagen gesprochen (87er Wahlen: 55%). Die anderen haben im wesentlichen Familienmitglieder (57-59%) oder Freunde (34-35%) in ihre Meinungsbildung miteinbezogen; ver-

Grafik 5:
Mediennutzung und DiskussionspartnerInnen bei Wahlen und Abstimmungen

Orientierungsmittel	Abstimmung 4. Dezember 1988 ^a Nutzung in % (N = Teilnehmende. Mehrfachantworten möglich)		Nationalratswahlen 18. Oktober 1987 Nutzung in %
● <i>Allgemeine Medien:</i>			
- Fernsehen	59	<	72
- Zeitungen	55	<	73
- Radio	36	<	60
● <i>Abstimmungsspezifische Medien, amtlich:</i>			
- Bundesbüchli	29	—	—
● <i>Abstimmungsspezifische Medien, Komitees:</i>			
- Inserate	24	<	52
- Drucksachen	17	<	50
- Plakate	7	<	31
DiskussionspartnerInnen	Abstimmung 4. Dezember 1988 Beteiligung in % (N = Teilnehmende. Mehrfachantworten möglich)		Nationalratswahlen 18. Oktober 1987 Beteiligung in %
- in der Familie	58	>	39
- mit Freunden	35	>	18
- am Arbeitsplatz	19	>	9
- in Vereinen	7	>	4
- mit niemandem	27	<	55

a) Da die Unterschiede zwischen den Vorlagen sehr gering sind, geben wir hier die Mittelwerte für die 3 Abstimmungsgegenstände vom 4. Dezember wieder.

gleichsweise sind dies viele (87er Wahlen: 39% Familie, 18% Freunde). Aufrecht erhalten bleibt dagegen unsere letzte Relativierung: Auch wenn eine Initiative zur 40-Stunden-Woche anstand, der Arbeitsplatz (9%) und Vereine (7%) haben für politische Streitgespräche nur eine geringe Bedeutung. Dies führt uns zu zwei Feststellungen:

- *Feststellung 1:* In der Informationsgesellschaft kommt auch bei Urnengängen der medialen Informationsbeschaffung eine zentrale Bedeutung zu. Bei Wahlen trifft dies stärker zu als bei Abstimmungen. Dies rührt daher, dass Wahlen vorbestimmter sind und geringere Entscheidungsschwierigkeiten bestehen. Die Mediennutzung dient vorwiegend der Konsonanzförderung.
- *Feststellung 2:* Die Meinungsbildung bei den stärker variierenden Abstimmungen verlangt vermehrt Diskussionen. Dabei besteht ein offensichtliches Übergewicht des privaten Umfeldes. Der Arbeitsplatz und das Vereinsleben dagegen, zwei klassische Stätten der öffentlichen Meinungsbildung, haben im Bewusstsein der Befragten ihre politisierende Funktion verloren.

2) Die Volksinitiative «Zur Herabsetzung der Arbeitszeit»

Eine Polarisierung der Stimmenden im Links/Rechts-Spektrum, nur bedingt geschlossene Stimmabgabe bei den Lohnabhängigen, kaum ersichtliche Solidarität der Nicht-Erwerbstätigen sowie wert- und regionalspezifische Haltungen zur Arbeit prägen das Stimmverhalten zur abgelehnten 40-Stunden-Woche. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und persönlich bedingte Abwehrmotive gegen eine Arbeitszeitverkürzung und die Kritik am Initiativenweg der Gewerkschaften kennzeichnen die Nein-Stimmenden. Ihnen stehen individualistische und linke Beweggründe der BefürworterInnen gegenüber. Dahinter stecken übliche Konfliktmuster bei Abstimmungen über Arbeitszeitfragen. Sie gelten über-raschenderweise mehr oder minder für alle denkbaren Varianten zur Verkürzung der Arbeitszeit – und über die Zeit hinweg!

«Die Volksinitiative 'Zur Herabsetzung der Arbeitszeit' will die gesetzlichen Arbeitszeiten schrittweise zunächst auf 40 Stunden pro Woche verkürzen. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Die Arbeitszeit soll weiterhin auf die bewährte Weise zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern ausgehandelt werden und so den unterschiedlichen wirtschaftlichen und regionalen Verhältnissen Rechnung tragen.» In dieser Kurzform präsentierten Behörden die Initiative für eine 40-Stunden-Woche des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes den Stimmberechtigten. Auch die Stimmenden *lehnten die Vorlage deutlich ab*. Obwohl die Schweiz punkto Arbeitszeit fast den Europarekord hält, befürworteten bloss 768'820 die mit einer Übergangsfrist von Jahren vorgeschlagene Arbeitszeitverkürzung um durchschnittlich zweieinhalb Stunden; 1'476'057 widersprach ihr. Drei Punkte kommen in der Folge zur Sprache:

- Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen zur Ermittlung der *Konfliktlinien*;
- die *Denkweise in beiden Lagern* anhand der Entscheidungsmotive und der Argumentenunterstützung und
- die generellen Chancen von Fragen der *Arbeitszeitverkürzung in der direkten Demokratie*.

2.1 Die Konfliktlinien – das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

34,2 Prozent Ja-Stimmende sind für eine Initiative ein üblicher Wert. Der Vergleich der Stärkenverhältnisse in ausgewählten *gesellschaftlichen oder politischen* Gruppen gibt Hinweise auf das Profil der beiden Lager; drei – unserer Meinung nach herausragende – *Konfliktlinien* seien in der Folge dargelegt (vgl. *Grafik 6*):

1. Parteipolitische Polarisierung: Obwohl die Initianten bemüht waren, Parteigrenzen zu überdecken, bewirkte die 40-Stunden-Woche eine starke Spaltung. Die Auseinandersetzung in der politischen Elite führte bei den Parolen zu klar erkennbaren Gegensätzen zwischen links und rechts. Ohne grössere Abweichungen auf kantonaler Ebene bildeten sich die folgenden Fronten heraus:

Grafik 6:**Das Stimmverhalten bei der 40-Stunden-Woche nach Merkmalsgruppen**

Merkmal / Kategorien	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Chi ²	Gamma ^a
<i>Politische Merkmale der Personen:</i>			
● Parteibindung			
- (NA/Vigilance)	43	0.00	0.69
- SVP	16		
- FDP / LPS	14		
- CVP	14		
- LdU/EVP	29		
- GPS	74		
- SPS	76		
- (POCH/GB/PdA)	88		
- keine Parteibindung	32		
● Mitgliedschaften in Verbänden			
- Gewerkschaften (wie SGB/CNG)	55	0.00	0.45
- Angestelltenverbände (wie SKV)	40	(0.30)	—
- Berufsverbände (wie Gewerbe-, oder Anwaltsverband)	27	(0.08)	—
● Links/Rechts-Orientierung			
(- ganz rechts)	20	0.00	0.57
- rechts	19		
- mittel	24		
- links	55		
(- ganz rechts)	85		
● Nachmaterialismus-Orientierung			
- rein materialistische Werte	18	0.00	0.54
- gemischte Werte	26		
- rein nachmaterialistische Werte	55		
● Teilnahmedisposition			
- Regelmässig Teilnehmende	34	(0.47)	—
- Gelegentlich Teilnehmende	35		
. Häufig Teilnehmende	38		
. Selektiv Teilnehmende	28		
. Selten Teilnehmende	32		
<i>Gesellschaftliche Merkmale der Personen:</i>			
● Geschlecht			
- Männer	34	(0.87)	—
- Frauen	34		
● Alter			
- 20-39jährige	41	0.00	0.26
- 40-64jährige	33		
- 65-84jährige	23		
● Schulbildung			
- Obligatorische Schulen	27	(0.08)	—
- Berufsschule u. ähnliches	33		
- Gymnasium, Universität	41		

Fortsetzung nächste Seite

Merkmal / Kategorien	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Chi ²	Gamma ^a
● Berufliche Stellung			
- Erwerbstätige Total	36	0.00	(0.12)
- Nur Teilerwerbstätige	39		
. Selbständige, Leitende	25		
. Landwirte	0		
. Angestellte und BeamtInnen in mittlerer Stellung	49		
. Übrige Angestellte u. BeamtIn.	40		
. ArbeiterInnen	48		
- Nicht-Erwerbstätige Total	32	0.00	0.31
. in Ausbildung	53		
. im Haushalt tätig	34		
. in Pension	26		
<i>Merkmale des Haushaltes:</i>			
● Haushaltsstruktur			
- Einpersonenhaushalt	34	(0.31)	—
- Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	37		
- Mehrpersonenhaushalt mit Kindern	30		
● Eigentumsverhältnisse			
- Hauseigentum	23	0.00	0.48
- Miete/Pacht	44		
● Ansässigkeit			
- weniger als 5 Jahre am Ort	46	0.00	0.32
- mehr als 5 Jahre am Ort	31		
<i>Merkmale der Region:</i>			
● Sprachzugehörigkeit			
- Deutsche Schweiz	30	0.00	—
- Französische Schweiz	41		
(- Italienische Schweiz)	60		
● Siedlungsart			
- Grosstäd. Agglomerationen	40	0.00	0.25
- Mittel-/kleinstädt. Agglomerationen	40		
- Landgemeinden	26		

a) Zur Erklärung der hier verwendeten Masse siehe 6.3. Werte, die in Klammern stehen, sind statistisch nicht relevant. Wo nur Striche eingetragen sind, ist die Berechnung statistischer Masse nicht sinnvoll.

- *Dagegen*: FDP, CVP, SVP, LPS, EVP; Zentralverband schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen; Vorort; Schweiz. Gewerbeverband, Schweiz. Bauernverband, Schweiz. Fremdenverkehrsverband, Redressement National;
- *Stimmfreigabe*: LdU, NA, AP; Schweiz. Angestelltenverband;
- *Dafür*: SPS, GPS, POCH, GB, PdA; Schweiz. Gewerkschaftsbund, Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund, Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer.

Diese Polarisierung übertrug sich auch auf die Anhängerschaften der verschiedenen Parteien; die Geschlossenheit ist sowohl auf linker wie rechter Seite hoch: Bei den *bürgerlichen Parteien* folgten Mehrheiten von 84 bis 86 Prozent den nationalen Parolen. Bei den *Sozialdemokraten und den Grünen* stimmten drei von vier AnhängerInnen im Sinne der Empfehlungen. Soweit die Zahlen zuverlässig sind, votierte die äusserste Linke geschlossener. Ähnliches bestätigt die Selbsteinstufung im Links/Rechts-Spektrum. Die Gegensätze haben geradezu exemplarischen Charakter. Da beide Lager für sich alleine jedoch kaum über Mehrheiten in der schweizerischen Bevölkerung verfügen, spielen diejenige, die sich in der Mitte einordnen bzw. die parteipolitisch ungebundenen BürgerInnen das Zünglein an der Waage; sie zählen bei der 40-Stunden-Woche offensichtlich zum Nein-Lager.

2. Interesse und Solidarität: Nachteilig wirkt sich die 40-Stunden-Woche auf die Unternehmer, Selbständigen und Landwirte aus; vorteilhaft ist sie jedoch für die ArbeiterInnen, Angestellten und BeamtInnen. Jene stimmten entsprechend ihrer Interessenlage; wir ermittelten Nein-Anteile von 75% (Selbständige und Leitende) bzw. 100% (Landwirte). Dagegen ist die Geschlossenheit bei den Lohnabhängigen weniger gross: Die Arbeiterschaft zeigt sich in zwei ziemlich gleich starke Lager aufgestellt (52% Nein). Bei den Angestellten ermittelten wir vergleichbare Verhältnisse (51% Nein in den mittleren, 60% in den unteren Positionen). Bei den gewerkschaftlich Organisierten (SBG, CNG) findet sich eine befürwortende, wenn auch herausragende Mehrheit (55% Ja). Wenn diese noch als leicht progressivere Vorhut der ArbeiterInnen gelten können, trifft dies für die Mitglieder der Angestellten-Organisationen überhaupt nicht zu: Ihr Nein-Stimmen-Anteil (60% Nein) ist gar leicht höher als bei den Angestellten insgesamt. Begründet werden kann dies mit der unmittelbaren Interessenlage: Diejenigen, die jetzt schon 40 Stunden in der Woche arbeiten, hatten ein geringeres Interesse an der Vorlage. Aber auch darüber hinaus hielt sich die *Solidarität* in klar ersichtlichen Grenzen: Gerade die Stimmenden im Rentenalter, die bei AHV-Vorlagen gerne mit dem 'Generationenvertrag' argumentieren, unterstützten die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht einmal im landesweiten Schnitt (76% Nein); bei den Hausfrauen betrug die Verwerfung genau 66%. Das Schichtspezifische im Abstimmungsentscheid widerspiegelt sich schliesslich auch in den Eigentumsverhältnissen der Befürworter und Gegner: Hauseigentümer und Mieter unterschieden sich signifikant im Ja/Nein-Entscheid zur 40-Stunden-Woche.

3. Werthaltungen: Die rein schichtmässige Analyse würde allerdings weitere Charakteristiken des Abstimmungsverhaltens überdecken. Hinter der Befürwortung der Arbeitszeitverkürzung steht auch eine bestimmte *Werthaltung*. Unter den reinen NachmaterialistInnen ist der Ja-Anteil am grössten, ja ergibt sich gar eine positive Mehrheit wie bei den Gewerkschaftsmitgliedern (55%). Dem entsprechen die überdurchschnittlichen Ja-Werte

Grafik 7:

Spontan geäusserte Entscheidungsmotive bei der 40-Stunden-Woche

Motive nach Stimmverhalten	Nein- resp. Ja-Stimmende in % der Nennungen	Stimmende in % der Befragten
<i>Nein-Stimmende</i>		
● Undifferenzierte Kontra-Motive	27	17
● Negative wirtschaftliche Folgen (wie Gefährdung des Wohlstandes, Erhöhung der Teuerung)	31	20
● Negative gesellschaftliche Folgen (wie neue Freizeitprobleme)	7	5
● Negative individuelle Folgen (wie mehr Stress, Überstunden und Schwarzarbeit)	7	5
● Verfahrensfragen (wie gegen generelle Regelungen über Verfassung / Gesetz)	18	12
● Variantenfragen (wie mehr Lohn oder Ferien etc.)	3	2
● 40-Stunden-Woche bereits eingeführt	2	1
● Parolen, Behördenempfehlung	0	0
● Übrige und diffuse Kontra-Motive	5	3
● Keine Angabe	—	1
	100	66
<i>Ja-Stimmende</i>		
● Undifferenzierte Pro-Motive	17	6
● Positive individuelle Folgen (wie 'mehr Lebensqualität' oder 'weniger Stress')	44	15
● Umverteilungsaspekte (wie 'Abbau der Unterschiede zwischen den Branchen' oder 'Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt')	24	8
● 40 Stunden sind möglich	7	2
● Parolen, Behördenempfehlung	1	0
● Übrige und diffuse Pro-Motive	6	2
● Keine Angabe	—	1
	100	34
Total	100	100

bei befragten UrnengängerInnen in Grossstädten, in jüngeren Generationen und mit höherer Bildung. Nicht zu übersehen ist schliesslich das unterschiedliche Niveau, auf dem die hier skizzierten Differenzierungen je *Landesteil* stattfinden. Sprachkulturelle Besonderheiten in den Einstellungen zur Arbeit müssen hier als Erklärung herangezogen werden. Es gilt: Die Bereitschaft, Vorlagen zur Arbeitszeitverkürzung zu bejahen, ist in der italienischen Schweiz grösser als in der französischen, und hier liegen die Ja-Anteile über denjenigen in der Deutschschweiz.

2.2 Die Denkweisen – Beweggründe und Argumentenbefolgung in beiden Lagern

Lassen wir nach diesem Überblick zu den Verhaltensweisen die Handelnden selber zu Wort kommen: In der aktiven Form über den *Motivtest* (vgl. Grafik 7) und in der passiven Form über den *Argumententest* (vgl. Grafik 8).

1. *Nein-Stimmende*: Bei den GegnerInnen ergeben sich schwergewichtig drei *Motivmuster*: generelle Beweggründe; solche gegen die Arbeitszeitverkürzung an sich und Einwände gegen den Initiativenweg:

- Analog zur stark polarisierten Meinungsbildung finden sich vorerst eher *allgemeine Schlagworte*: Rund ein Viertel der Nein-Stimmenden begründete den Entscheid nur *floskelhaft*; sie waren 'schlicht dagegen', weil die Initiative 'an sich schlecht', 'nicht sinnvoll' war oder aber 'doch nichts gebracht hätte'.
- Disziplin, Fleiss und Leistung sind Werte, die in der schweizerischen Arbeitswelt noch weit verbreitet sind. Gleiches gilt für die Vorstellung, der hiesige Wohlstand sei selber erarbeitet. Personen mit solchen Werthaltungen sehen Fragen der Arbeitszeitverkürzung nicht als Chance, sondern fassen sie als Bedrohung auf. In der Tat waren *Abwehrmotive* am häufigsten. Insgesamt fanden wir hierzu drei Varianten: Die *ökonomischen Beweggründe*, die entweder allgemein beim erreichten Lebensstandard ansetzten oder aber von unmittelbar erlebbaren Nachteilen ausgingen; hier taucht auf, die Arbeitszeitverkürzung erhöhe die Produktionskosten, was sich in Form von Inflation negativ auswirke (31%). Die *gesellschaftlichen Motive* sprechen neue Freizeitprobleme an; die GegnerInnen befürchteten hier, die verkürzte Arbeitszeit könne nicht positiv genutzt werden, sondern führe zu neuen Belastungen für die Allgemeinheit (7%). Schliesslich finden sich auch negative Auswirkungen auf den *Einzelnen*: 'Erhöhter Arbeitsrhythmus', 'mehr Stress oder Überstunden' wurden als direkte Folge des reduzierten Arbeitszeitvolumens genannt (7%).
- Die dritte zentrale Motivgruppe der Nein-Stimmenden ist nicht gegen die Arbeitszeitverkürzung an sich gerichtet, sondern betrifft die *Vorgehensweise* (18%). Die Regelung der Arbeitszeit über die Verfassung betrachteten diese Nein-Stimmenden als unzulässigen Angriff auf die Sozialpartnerschaft; flexible, branchenmässige und regional angepasste Lösungen könnten dagegen über die Gesamtarbeitsverträge realisiert werden, ist hierfür eine typische Antwort. Dagegen spielte die Frage 'Mehr Lohn oder aber andere Formen der Arbeitszeitverkürzung' wenigstens aufgrund unserer Motivanalyse keine Rolle.

Aus dem *Argumententest* ergibt sich darüber hinaus: Die *generischen Argumente* sind bei der Gesamtbevölkerung *insgesamt zugkräftiger*. Mit einer Ausnahme, dem unterstellten Arbeitsplatzverlust durch die Reduktion der Wochenarbeitszeit, werden alle von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen: In der Regel resultierten Ja-Mehrheiten von rund zwei Dritteln. Allerdings *polarisieren* die Argumente in den beiden Lagern *ausserordentlich stark*. Die Unterschiede in der Unterstützungsbereitschaft sind jeweils rund 50 Prozent. Dies führt unter den Nein-Stimmenden fast überall zu erdrückenden unterstützenden Mehrheiten.

Grafik 8:
Gewichtung wichtiger Argumente zur 40-Stunden-Woche

Vorgabe		einver- standen %	nicht einver- standen %	keine Angabe %
(Zeilenprozentuierung)				
<i>Kontra-Argumente</i>				
«Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, werden Überstunden und Schwarzarbeit ansteigen.»	SB ^{a)}	67	28	5
	JS	33	64	3
	NS	82	13	5
«Wenn die Arbeitszeit gesenkt wird, steigen die Kosten für die Produktion. Das heißt die Teuerung an.»	SB	67	29	4
	JS	32	66	2
	NS	84	12	4
«Die Senkung der täglichen Arbeitszeit bringt nichts ausser Stress. Die gleiche Arbeit muss einfach in kürzerer Zeit geleistet werden.»	SB	62	32	6
	JS	29	63	8
	NS	78	18	3
«Wir brauchen keine Gesetze über die Arbeitszeiten. Mit Gesamtarbeitsverträgen kann die Situation der einzelnen Betriebe und Branchen besser berücksichtigt werden.»	SB	61	33	6
	JS	24	69	7
	NS	82	15	4
«Die Verkürzung der Arbeitszeit gefährdet die Wirtschaft und die Sicherheit der Arbeitsplätze.»	SB	42	51	7
	JS	8	88	4
	NS	60	33	7
<i>Pro-Argumente</i>				
«Ein kürzerer Arbeitstag ermöglicht es, Zeit für sich zu haben und vermehrt Kontakte in der Familie und zu den Bekannten zu pflegen.»	SB	62	33	5
	JS	88	9	3
	NS	49	45	6
«Es ist ungerecht, wenn die wöchentliche Arbeitszeit in den verschiedenen Berufen so unterschiedlich sind. Für alle sollten die gleichen maximalen Arbeitszeiten gelten.»	SB	49	45	6
	JS	80	18	2
	NS	32	63	5
«Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen klagen stets über steigenden Stress. Wenn die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird, können sie sich besser erholen.»	SB	37	58	5
	JS	74	24	2
	NS	18	77	5
«Die Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert eine neue Rollenverteilung zwischen Mann und Frau.»	SB	36	51	13
	JS	64	27	9
	NS	25	61	14
«Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sollen einen Teil der steigenden Leistungen in Form von verkürzter Arbeitszeit zurückerhalten.»	SB	35	44	21
	JS	48	31	21
	NS	29	54	17

a) SB: Stimmberechtigte Total; JS: Ja-Stimmende 40-Stunden-Woche; NS: Nein-Stimmende 40-Stunden-Woche.

2. *Ja-Stimmende*: Auch bei den unterlegenen *Befürwortern* konzentrieren sich die *Beweggründe* auf drei Hauptgruppen:

- Die positiven Folgen der 40-Stunden-Woche für den *Einzelnen* tragen dem zunehmenden gesellschaftlichen Individualismus Rechnung. Genannt wurden hier die auch in der Kampagne favorisierten Slogans wie 'mehr Zeit für sich' oder 'mehr Lebensqualität' durch Arbeitszeitverkürzung. Dies wird ganz anders als bei den GegnerInnen auch als 'vermehrte Erholung' und 'Abbau von Stress' gesehen bzw. ist 'für die Familie gut'. Diese wichtigste Gruppe umfasste 44 Prozent der Ja-Stimmenden.
- Ein weiteres Viertel der positiven Nennungen ist stärker ideologisch gefärbt. Hier erscheint die verkürzte Arbeitszeit unter dem Aspekten der *gesellschaftlichen Umverteilung*: Dies beginnt mit der 'Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt', setzt sich über 'ein Ausgleich zwischen den Branchen' fort oder wird als 'Beitrag zu Arbeitsbeschaffung' gedeutet.
- Die verbleibenden Motive im Pro-Lager kreisten um Ansichten wie 'die Einführung der 40-Stunden-Woche sei jetzt möglich' oder aber blieben ganz im *Allgemeinen*.

Der *Argumententest* bestätigt die Zurückhaltung bei Ansichten, die auf der Solidarität aufbauen. Am wenigsten gilt dies noch für den bereits erwähnten Ausgleich der Arbeitszeit zwischen den Berufen bzw. Branchen. Schon deutlich kleiner sind die Ja-Anteile Einverständener bei der Aufgabenneuverteilung von Mann und Frau. Und noch deutlicher tritt diese hervor bei der Argumentation, die Arbeitszeitverkürzung sei nicht mehr als ein Gegenstück für den Produktivitätsfortschritt. Es mag sein, dass hier die Interview-Vorgabe komplizierter erschien und deshalb relativ viele Befragte passten; es mag aber auch sein, dass der Sachverhalt selber kompliziert ist und den eher plakativen Denkschemen einer Kampagne wenig zuträglich ist. Von den untersuchten Pro-Strategien versammelte das Argument, der verkürzte Arbeitstag erlaube es, vermehrt Kontakte zu pflegen, am meisten Befragte hinter sich. Als einzige Begründung der Befürworter wird es auch von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. Dies trifft mit Sicherheit auf das Stress-Argument nicht zu. Gerade hier blieb den Initianten die Gefolgschaft über die überzeugten Ja-Stimmenden hinaus versagt.

2.3 Arbeitszeitfragen in der direkten Demokratie

In den vergangenen Jahren ist fünfmal über Fragen der Arbeitszeitverkürzung abgestimmt worden. Dabei variierten die Möglichkeit der Arbeitszeitsenkung, die Trägerschaft und die Ja-Anteile:⁵

2. 12. 1976:	40-Stunden-Woche	POCH	22%
26. 2. 1976:	AHV-Alter 60	POCH	21%
10. 3. 1985:	Ferien-Initiative	SBG/SPS	35%
12. 6. 1987:	AHV-Alter 60/62	POCH	35%
4. 12. 1988:	40-Stunden-Woche	SBG	34%

5 VOX Nr. 5, 30, 35. Zur Abstimmung über die 40-Stunden-Woche 1978 gibt es keine direkt vergleichbare Untersuchung.

Ob ein zeitlicher Trend vorliegt zwischen der 78prozentigen Verwerfung der 40-Stunden-Woche 1976 und den Abstimmungsergebnissen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, lässt sich bezweifeln. Immerhin gibt es einige andere Erklärungen:

1. Variantenfrage: Keine der vier in einer Zusatzfrage zur Auswahl gestellten grundsätzlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung erhielt (in der Konkurrenzsituation) eine Mehrheit oder rangiert eindeutig vor allem anderen:

- | | |
|---------------------------------|--------------------------|
| - Senkung des Rentenalters | 30 % in erster Priorität |
| - Flexible Arbeitszeiten | 23 % in erster Priorität |
| - Mehr Ferien | 21 % in erster Priorität |
| - Senkung der Wochenarbeitszeit | 11 % in erster Priorität |

Die bescheidene Bevorzugung der Wochenarbeitszeit ist sicher durch die Umstände (unmittelbar abgelehntes Begehren, über das im Interview schon diskutiert worden ist) mitbestimmt. Dennoch wird der Eindruck bestätigt, dass die Senkung der Pensionsgrenze vor mehr Ferien und gesenkter Wochenarbeitszeit rangieren. Wichtig ist der Hinweis auf die flexiblen Arbeitszeiten über das ganze Leben, die relativ hohe Präferenzen geniessen. – Erst wenn der dahinterliegende Trend genügend bekannt ist, lässt sich schliessen, ob inskünftig ein Einzelmodell der Arbeitszeitverkürzung grössere Chancen hat. Bis jetzt müssen wir davon ausgehen, dass ein Mechanismus stets zum Tragen kommen kann: Die grundsätzlichen GegnerInnen können durch jene, die eine andere Variante bevorzugen, verstärkt werden.

2. Konfliktlinien: Ganz unabhängig vom Niveau, auf dem sich die gesamtschweizerischen Ja-Anteile zu den verschiedenen Varianten der Arbeitszeitverkürzung bewegen, ergeben sich unter den Stimmenden regelmässig die gleichen, für Fragen der Arbeitszeit typische Konfliktlinien. Diese Beobachtung gilt insbesondere für die regionale Streuung. Wir können sogar davon ausgehen, hier einen der konsequentesten Fälle für den Einfluss der regionalen politischen Kultur vor uns zu haben. Dies gilt nicht nur für die Sprachregionen; selbst unter den Kantonen ergibt sich eine über die fünf vorliegenden Abstimmungen hinweg praktisch unveränderte Reihenfolge (vgl. *Grafik 9*).

Gleiches kann – soweit hinreichende Umfrageergebnisse vorliegen – auch für die Verteilungen bei politischen und gesellschaftlichen Merkmalsgruppen gelten: Die linken AnhängerInnen sind das primäre Potential der Vorlagen zu Arbeitszeitverkürzungen; die bürgerlichen Anhängerschaften dagegen gehören eindeutig ins gegnerische Lager. Bis jetzt haben die Parteigegebenen stets gegen solche Begehren gestimmt. Wenn auch leicht schwankend, so sind doch die Angestellten und Arbeiter das beste Potential für Fragen der Arbeitszeitverkürzung. Verständlich ist die kritische Distanz bei Landwirten und selbständig Erwerbenden. Quantitativ ausschlaggebend ist jedoch die stete Ablehnung bei Nicht-Erwerbstätigen. Dies hängt schliesslich mit der Streuung entlang des Alters zusammen. Wenn jüngere Generationen mehr Ferien und kürzere Arbeitszeiten bevorzugen, können noch plausible Erklärungen gefunden werden. Wenn jedoch auch die RentnerInnen Fragen des AHV-Alters genauso verwerfen, verweist dies auf die Konkurrenz zwischen AHV-Bezügern und -Zahlenden.

3. Trägerschaft: Eine erste Differenzierung des Abstimmungserfolges ergibt sich bei gleichen oder ähnlichen Varianten bezüglich der Trägerschaft bzw. der politischen Konstel-

Grafik 9:

Unterstützung von Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung (1976–1988) nach Sprachregionen und Kantonen

Sprachregion/ Kanton	Initiative 40-h-Wo.		Ferien-I. 10.3.85 Ja in %	AHV 60/62 12.6.88 Ja in %		40-h-Wo. 4.12.88 Ja in %		Abweichung im Mittel in %
	2.12.76 Ja in %	26.2.78 Ja in %		AHV 60 Ja in %	AHV 60/62 Ja in %	40-h-Wo. Ja in %		
<i>Italienische Schweiz:</i>								
TI	36	46	56	67	59	+	23	
<i>Französische Schweiz:</i>								
JU	— ^{a)}	— ^{a)}	59	65	56	+	31	
GE	42	37	48	49	49	+	16	
NE	30	24	46	45	46	+	9	
FR	20	22	53	38	38	+	5	
VD	26	21	41	40	37	+	4	
VS	19	19	33	28	25	-	5	
<i>Deutsche Schweiz:</i>								
BS	33	23	40	40	46	+	7	
BL	27	23	40	38	37	+	4	
SH	23	23	35	38	35	+	1	
ZH	24	20	35	36	37	+	1	
SO	23	21	35	37	34	+	1	
AG	18	17	32	30	31	-	4	
BE	18 ^{a)}	16 ^{a)}	32	30	31	-	4	
ZG	20	17	28	28	28	-	5	
UR	15	18	30	27	28	-	6	
LU	15	15	28	25	27	-	7	
SG	15	15	27	29	26	-	7	
GL	15	16	27	27	23	-	7	
TG	15	16	24	26	24	-	8	
GR	12	16	25	31	24	-	8	
SZ	13	14	24	26	22	-	10	
AR	10	12	21	24	22	-	12	
NW	12	12	21	21	18	-	13	
OW	9	10	16	18	14	-	16	
AI	5	7	11	14	10	-	20	
CH	22	21	35	35	34	—		

a) Kanton Jura noch nicht separat, sondern beim Kanton Bern.

lation. Es ist plausibel, dass Begehren des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes mehr Unterstützung erhalten als solche der äussersten Linken. Dies erklärt beispielsweise den um rund 12 Prozent gestiegene Ja-Anteil der 40-Stunden-Woche seit 1978. Auch beim AHV-Alter war – neben der unterschiedlichen Radikalität der Vorlage – die andere politische Situation (1978 = SPS: Nein, SGB: Stimmfreigabe) entscheidend. Die Erklärung liegt in der zusätzlichen Spaltung des linken Potentials. Allerdings ist diese Differenzierung für die Mehrheitsfrage nicht entscheidend.

4. *Kampagnenwirkung*: Gerade bei Themen, die im Abstimmungsgeschehen nicht neu sind, ist die Kampagnenwirkung primär polarisiert; bestehende Haltungen werden aktualisiert bzw. verstärkt ausgedrückt. Sekundär geht es darum, Unschlüssige oder noch Abwartende abzuholen. Ersteres gilt vor allem für die Parteiungebundenen, die sich in der Konfliktsituation um ihre Partei scharen; letzteres können wir idealtypisch bei den parteipolitisch Ungebundenen vermuten. – Zur Überprüfung dieser Hypothese wären eigentlich Vorbefragungen erforderlich. 1985 haben wir bei der VOX zur Ferien-Initiative die Dispositionen zur 40-Stunden-Woche ansatzweise abgeklärt⁶. Unter dem Eindruck der Vorkampagne bzw. des Abstimmungskampfes sank die Unterstützungsbereitschaft bei der CVP und der FDP um rund 20 Prozent; bei der SPS stieg die Geschlossenheit an. Entscheidend ist jedoch, dass die parteipolitisch Ungebundenen, die 1985 noch zur Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung positiv gegenüberstanden, offensichtlich ins Nein-Lager gewechselt haben.

Welches sind die *Konsequenzen*: An sich sind aus dieser Bilanz zwei gegensätzliche Schlüsse denkbar: Initiativen zu Fragen der Arbeitszeit haben in der direkten Demokratie keine Chance. Werden solche lanciert, liegt primär ein taktisches Interesse vor; laufenden gesetzlichen oder faktischen Entwicklungen zur Beschränkung der Arbeitszeit soll politischer Nachdruck verschafft werden. Oder aber, die hier benannten Kriterien werden herangezogen, um eine vielleicht noch nicht existierende 'Ideal-Initiative' zur Arbeitszeitverkürzung zu konstruieren. Über deren Erfolgchancen wird in Kapitel 5 eingegangen.

3) *Volksinitiative «Für die Begrenzung der Einwanderung»*

Sämtliche wichtigen Verbände und alle Parteien mit Ausnahme der Initianten selber lehnten die NA-Initiative zur Begrenzung der Einwanderung ab. Praktisch überall gleich geschlossen folgten ihnen die jeweiligen Anhängerschaften oder Mitglieder. Die abnehmende Konfliktintensität von Überfremdungsinitiativen zeigt sich auch darin, dass Spaltungen wie in den 70er Jahren kaum mehr sichtbar wurden. Namentlich die Arbeiter- und Bauernschaft sind wieder mehrheitlich im Nein-Lager. Motivmässig ist dieses durch menschliche Beweggründe und Kosten/Nutzen-Überlegungen gekennzeichnet. Fremdenfeindlichkeit beherrscht die verbleibenden Ja-Stimmenden.

Das erste Begehren vor 20 Jahren zogen die Initianten selber zurück. Die vier nächsten lehnten Volk und Stände ab. Und auch der sechsten Überfremdungsinitiative – diesmal von der Nationalen Aktion lancierten – blieb am 4. Dezember ein Erfolg versagt. Wäre das Begehren angenommen worden, hätte – solange die Wohnbevölkerung 6,2 Millionen Men-

6 Vgl. Analyse der eidg. Abstimmung vom 13.3.85, VOX Nr. 30, GfS und FSP, Zürich 1985.

Grafik 10:**Das Stimmverhalten bei der NA-Initiative nach ausgewählten politischen Merkmalsgruppen**

Merkmal / Kategorien	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Chi ²	Gamma ^a
<i>Politische Merkmale der Personen:</i>			
● Parteibindung			
- (NA/Vigilance)	94	0.05	(0.04)
- SVP	31		
- FDP / LPS	33		
- CVP	34		
- LdU/EVP	28		
- GPS	35		
- SPS	36		
- (POCH/GB/PdA)	19		
- keine Parteibindung	33		
● Mitgliedschaften in Verbänden			
- Politische Partei	32	(0.56)	
- Gewerkschaften (wie SGB/CNG)	35		
- Angestelltenverbände (wie SKV)	37	(0.54)	
- Berufsverbände (wie Gewerbe-, oder Anwaltsverband)	27	(0.07)	
● Politisches Interesse			
- hoch	30	0.05	0.19
- mittel	38		
- tief	31		
● Vertrauen in die Regierung			
- hoch	31	0.05	0.17
- mittel	31		
- tief	40		
● Links/Rechts-Orientierung			
- ganz links	(29)	(0.44)	—
- links	29		
- mitte	37		
- rechts	34		
- ganz rechts	(32)		
● Nachmaterialismus-Orientierung			
- rein materialistische Werte	44	0.05	0.20
- gemischte Werte	34		
- rein nachmaterialistische Werte	28		
● Teilnahmedisposition			
- Regelmässig Teilnehmende	33	(0.50)	
- Gelegentlich Teilnehmende	33		
. häufig	33		
. von Fall zu Fall	31		
. selten	43		
<i>Gesellschaftliche Merkmale der Personen:</i>			
● Geschlecht			
- Männer	35	(0.29)	—
- Frauen	31		

Fortsetzung nächste Seite

Merkmal / Kategorien	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Chi ²	Gamma ^a
● Alter			
- 20-39jährige	27	0.00	0.27
- 40-64jährige	35		
- 65-84jährige	43		
● Schulbildung			
- Obligatorische Schulen	46	0.00	0.40
- Berufsschule u. ähnliches	35		
- Gymnasium, Universität	22		
● Berufliche Stellung			
- Erwerbstätige Total	32	(0.42)	—
. Selbständige	24	0.00	
. Landwirte	38		
. Angestellte und BeamtInnen in mittlerer Stellung	30		
. Übrige Angestellte u. BeamtIn.	33		
. ArbeiterInnen	48		
- Nicht-Erwerbstätige Total	35	0.01	—
. in Ausbildung	25		
. im Haushalt tätig	30		
. in Pension	42		
● Konfessionszugehörigkeit			
- reformiert	34	(0.82)	—
- Katholisch	34		
- konfessionslos	31		
<i>Merkmale des Haushaltes:</i>			
● Haushaltsstruktur			
- Einpersonenhaushalt	38	(0.18)	—
- Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	35		
- Mehrpersonenhaushalt mit Kindern	29		
● Zivilstand			
- ledig	31	(0.62)	—
- verheiratet	35		
- geschieden / verwitwet	31		
<i>Merkmale der Region:</i>			
● Sprachzugehörigkeit			
- Deutsche Schweiz	32	(0.30)	—
- Französische Schweiz	38		
- Italienische Schweiz	37		
● Siedlungsart			
- Grossstädt. Agglomerationen	31	(0.22)	—
- Mittel-/kleinstädt. Agglomerationen	38		
- Landgemeinden	32		
Total (effektiv)	33		

a) Zur Erklärung der hier verwendeten statistischen Masse siehe 6.3. Werte, die in Klammern stehen, sind statistisch nicht relevant. Wo nur Striche sind, ist die Berechnung statistischer Masse nicht sinnvoll.

schen überschreitet – die Zahl der *ausländischen Einwanderung höchstens zwei Drittel der entsprechenden Auswanderung* im Vorjahre betragen dürfen. Neu wären auch der Einbezug der Flüchtlinge in die Kontingentierung und die verfassungsmässige Limitierung der Zahl von Saisonbewilligungen und der GrenzgängerInnen gewesen. Deutlich fiel der *Volksentscheid* aus: 732'021 Ja standen schliesslich 1'506'548 Nein gegenüber. Alle 23 Stände wandten sich gegen die Vorlage.

Das *Besondere* an der Abstimmung sehen wir weniger im Ergebnis, denn in der politischen Konstellation, die hierzu führte: Haben wir die Initiative für die 40-Stunden-Woche als Musterbeispiel behandelt für eine Polarisierung im Links/Rechts-Spektrum, so fällt hier die klar ablehnende Front innerhalb der *politischen Elite* auf; mit der NA versuchte ein alleinstehender *Aussenseiter*, 'das Volk' gegen die Regierenden zu mobilisieren. Unsere hauptsächliche Vermutung für das Scheitern heisst hier: *Eine Initiative, die von der FDP, CVP, SPS und SVP, aber auch von den übrigen Parteien gemeinsam abgelehnt wird, hat nur eine Abstimmungschance, wenn sie überdeckte parteiinterne Konflikte zum Ausbruch bringen kann. Verhalten sich die Anhängerschaften jedoch parteikonform, und scheren die Parteungebundenen nicht aus, bleibt der Initiative der Erfolg auf jeden Fall versagt.* Doch der Reihe nach!

3.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Die Volksinitiative 'Für die Begrenzung der Einwanderung' stiess nicht nur in der politischen Elite auf eine breite Ablehnung. *Mit Ausnahme der NA-Anhängerschaft selber ermittelten wir in keiner Bevölkerungsgruppe eine positive Mehrheit*; die geschlossene Abwehr verteilt sich mehr oder minder über alle Merkmalsgruppen (vgl. *Grafik 10*)!

- *Parteien*: Die AnhängerInnen der Regierungsparteien folgten mit deutlichen Schwergewichten den Nein-Parolen. Dabei sind die *äusserst geringen Unterschiede* erwähnenswert: Die ermittelten Nein-Werte schwanken von 69 Prozent bei der SVP über 67 Prozent bei der FDP, 66 Prozent bei der CVP bis zu 64 Prozent bei der SPS. Bei den Kleinparteien der Mitte, aber auch auf der linken Seite des Politspektrums resultieren ähnliche oder noch deutlichere Stellungnahmen. Gleiches gilt für die Stimmenden ohne ausdrückliche Parteibindung; sie verwarfen die Initiative im Durchschnitt von zwei zu eins.
- *Verbände*: Aber auch hier ergibt sich kaum eine Profilierungsmöglichkeit. Wer einem Wirtschaftsverband angehört, votierte mit einer durchschnittlichen Wahrscheinlichkeit 'Nein', – ganz egal, ob er/sie in einer Gewerkschaft, einer Angestellten-Organisation oder einem sonstigen Berufsverband organisiert ist.

Ausländerfragen sind stets auch gesellschaftliche Konflikte; sie lassen sich durch die 'partei- und verbandspolitische Brille' allein nicht verstehen. Wie weit wirkten die bei Ausländerfragen üblichen Gegensätze diesmal? Zwei Merkmalsgruppen seien herausgestrichen:

- *Bildung*: AbsolventInnen einer Universität oder eines Gymnasiums widersetzten sich am konsequentesten der Vorlage. Hier ermittelten wir einen Nein-Anteil von 78 Pro-

zent; bei den Befragten ohne Weiterbildung nach der obligatorischen Schulzeit sinkt der Vergleichswert auf 54 Prozent.

- **Alter:** Stimmende im Rentenalter waren am ehesten geneigt, die NA-Initiative zu befürworten (57% Nein). Bei der jüngsten von uns ausgeschiedenen Altersgruppe beträgt dagegen der Nein-Anteil 73%.

Statistisch gesehen sind diese Differenzierungen signifikant und vergleichsweise von mittlerer Stärke; an den Mehrheitsverhältnissen ändert dies jedoch nichts. Immer wenn diese zwei Merkmalsgruppen herausstechen, kann der Einfluss von Werthaltungen vermutet werden. Die diesmal berücksichtigten Nachmaterialismus-Orientierung kennzeichnet denn auch die beiden Lager zusätzlich: Nehmen wir die beiden Gruppen mit reinen Werten, variiert der Nein-Anteil um 16 Prozent. Noch ganz schwach kann gelten: Wer der Regierung 'in Bern' nicht vertraut, stimmte eher Ja; wer nur selten zur Urne geht, diesmal aber teilnahm, gehörte ebenfalls zu den Protestlern gegen die Ausländerpolitik.

3.2 Die Begründungsweisen – spontan genannte Entscheidungsmotive

Stellt sich die Frage, wie diese Entscheide an der Urne begründet werden. Bei den *Nein-Stimmenden* können wir drei dominante Motivmuster ausmachen (vgl. *Grafik II*):

- **Anti-Rassismus:** 34 Prozent der Nennungen bezogen sich auf den politischen Hintergrund der Vorlage. 'Ein Nein gegen den Rassismus', 'gegen die Fremdenfeindlichkeit' oder eine 'grundsätzliche Absage an alle Vorlagen der NA', waren hier typische Antworten. Randständig wurde auch die Vermengung der Asylpolitik und der Ausländerpolitik kritisiert. Schliesslich wurden auch positive persönliche Erfahrungen im Umgang mit AusländerInnen als Nein-Motive ins Spiel gebracht.
- **Nachteile für die Schweiz:** 32 Prozent rückten die negativen Auswirkungen für die Schweiz ins Zentrum. Die meisten Begründungen beziehen sich dabei auf die Wirtschaft oder bestimmte Branchen wie das Gastgewerbe und der Fremdenverkehr. Andere Antworten wiederum konzentrieren sich mehr auf die Schweiz als Ganzes, die entweder auf die AusländerInnen angewiesen sei bzw. bei einer Annahme im Ausland Schaden nehmen würde.
- **Vorgehen:** 18 Prozent schliesslich distanzieren sich weniger vom Behalt oder den Auswirkungen der Initiative, sondern argumentierten zum Vorgehen: Vor allem wurde bestritten, Globallösungen über Initiativen würden der differenzierten Situation genügend Rechnung tragen; auch wurde Kritik am Ausmass der Vorlage geäussert.

Weniger differenzierter fällt die Gliederung der *Ja-Stimmenden* aus: Einmal ist die Fallzahl geringer; vor allem aber erscheint die Homogenität der Befürworter wesentlich grösser: Das einzig hier massgebliche Motivmuster lässt sich mit '*fremdenfeindliche Haltung*' umschreiben: Dabei überwiegt die Nennung von Ausländern gegenüber den Asylanten; auch machte sich eine diffuse Überfremdungsangst ohne Erwähnung einer bestimmten Gruppe breit. Taktisches Ja im Sinne eines Drucks auf die Behörden, auch wenn die Vorlage nicht überzeugte, war sehr selten.

Grafik 11:

Spontan geäußerte Entscheidungsmotive bei der NA-Initiative

Motive nach Stimmverhalten	Nein- resp. Ja-Stimmende in % der Nennungen	Stimmende in % der Befragten
<i>Nein-Stimmende</i>		
● Undifferenzierte Ja-Motive	9	11
● Gegen Rassismus	29	18
● Asylanten sind nicht Ausländer	5	4
● Für Schweiz schlecht	10	6
● Für Wirtschaft schlecht	22	13
● Taktisches Nein / falscher Weg	18	12
● Empfehlung durch Dritte	1	0
● Parolen, Behördenempfehlung	4	2
● Übrige und diffuse Kontra-Motive	2	1
● Keine Angabe	—	0
	100	67
<i>Ja-Stimmende</i>		
● Undifferenzierte Pro-Motive	5	1
● Gegen Überfremdung allgemein	25	8
● Gegen Ausländer (inkl. Saisoniers und Grenzgänger)	36	12
● Gegen Flüchtlinge	6	2
● Ausländerzahlen beschränken / senken	14	5
● Taktisches Ja	3	1
● Empfehlung durch Dritte	0	0
● Parolen, Behördenempfehlung	0	0
● Übrige und diffuse Pro-Motive	11	4
● Keine Angabe	—	0
	100	33
Total	100	100

3.3 Ausländerfragen in der direkten Demokratie

Fünf abgelehnte ausländerfeindliche Initiativen, ein verworfenes ausländerfreundliches Volksbegehren und eine gescheiterte Behördenvorlage für ein neues Ausländergesetz, dies ist die ziemlich widersprüchliche Bilanz von fast 20 Jahren Ausländerabstimmungen in der Schweiz. Geht wirklich nichts, oder finden sich doch gemeinsame Erklärungsmuster im Stimmverhalten der Bevölkerung? Hierzu seien zwei Gedanken geäußert:

1. *Abnehmende Konfliktintensität*: 1970, bei der ersten Abstimmung zu einer 'Überfremdungsinitiative' erlebten wir «eine der wichtigsten, auch leidenschaftlichen Kämpfe in der schweizerischen Nachkriegszeit»⁷. In dieser Extremsituation erwies sich die Schweiz tief

⁷ Schweizerische Politik im Jahre 1970, hrsg. vom FSP, Bern 1971.

gespalten: 74% (der stimmberechtigten Männer) beteiligten sich am Urnengang; 46 Prozent votierten für die Initiative. Seither steht die gleiche Thematik mit schöner Regelmässigkeit auf dem Abstimmungskalender; die Konfliktintensität hat jedoch deutlich abgenommen.⁸

● 1970	Schwarzenbach-Initiative	74 % Beteiligung	46 % Ja
● 1974	Überfremdung und Übervölkerung (NA)	70 % Beteiligung	34 % Ja
● 1977	Begrenzung der Einbürgerungen (NA)	45 % Beteiligung	34 % Ja
● 1977	Abbau Ausländeranteil (Rep.)	45 % Beteiligung	29 % Ja

Dass dies auch am 4. Dezember entscheidend war, zeigen die wesentlichen Kennzeichen unserer Studie: Zwar ergeben die üblichen gesellschaftlichen Konfliktlinien – das Alter, die Bildung – Unterschiede. Doch konnte kein Ausscheren von ganzen Bevölkerungsgruppen (ArbeiterInnen und Landwirte) festgestellt werden. Die reduzierte Konfliktintensität drückt sich auch in der erhöhten Geschlossenheit unter den Parteigängern aus.

Der umgekehrte Schluss, in den 80er Jahren sei die Zeit für ein gegenteiliges Volksbegehren reif, war allerdings auch falsch: Wie kaum eine andere wurde 1981 die 'Mitenand-Initiative' verworfen (85,8% Nein). Die VOX-Analyse zeigte damals, dass eine veränderte Meinung zum Saisonier-Statut über die Spitzen der linken Parteien hinaus beschränkt blieb: Zwar resultierten wieder Alter und Bildung als Differenzierungen; doch nur gerade bei den Hochschulabsolventen und den ganz jüngsten Generationen ergaben sich vom Schnitt deutlich abweichende Ja-Anteile.

2. *Unterschiedliche 'Beweislast'*: Wenn 1982 auch das Ausländergesetz scheiterte, verweist dies vor allem auf die unterschiedliche 'Beweislast' bei Initiativen und Referenden. Die gemeinsame Front der Regierungsparteien und der wichtigsten Verbände *gegen* ein Volksbegehren ist einfacher und wirkungsvoller als der Einsatz *für* eine Vorlage. Unterschiedliche Beweggründe auf der Nein-Seite können zum gleichen Stimmverhalten führen. Demnach besteht die Chance von Aussenseitern bei Referenden in der Möglichkeit, latente Gegensätze innerhalb der Parteien auszunutzen. Über die beiden üblichen Konfliktlinien hinaus ergab die VOX-Analyse¹⁰ 1982 zwei markante Einbrüche: erstens, bei der Arbeiterschaft bzw. dem traditionellen Links-WählerInnen-Potential und, zweitens, im ländlichen, bürgerlich-konservativen Milieu; so siedelte sich etwa die SVP-Basis klar im Nein-Lager an. Alles zusammen reichte, um die Referendumsvorlage ganz knapp (50,4% Nein) zu Fall zu bringen.

Wenigstens nachträglich erscheint der Mechanismus erklärbar, der zur klaren Verwerfung der sechsten Überfremdungsinitiative geführt hat: Wer im voraus von mehr Ja-Stimmen ausging, brachte entweder die Asyl- und Ausländerfrage in einen engeren Zusammenhang und übersah den wichtigsten Unterschied in der Meinungsbildung: primär wirtschaftlich kalkulierende StimmbürgerInnen votierten aus vergleichbaren Motiven *für* das verschärfte Asylgesetz, aber *gegen* die NA-Initiative. Oder aber, er/sie liess sich durch die im Vorfeld publizierte 'Prognose' zum Ausgang der NA-Initiative mehr als nötig beeindrucken. Eine diesbezügliche Kritik findet sich im Abschnitt 6.4.

8 Analyse der eidg. Abstimmung vom 13.3.1977, VOX Nr. 1, GfS und FSP, Zürich 1977, zu den Abstimmungen 1970/74 existieren keine VOX-Analysen.

9 Vgl. Analyse der eidg. Abstimmung vom 5.4.1981, GfS und FSP, Zürich 1984.

10 Vgl. Analyse der eidg. Abstimmung vom 6.6.1982, GfS und FSP, Zürich 1982.

4) «Stadt/Land-Initiative gegen die Bodenspekulation»

Hauseigentümer und Landwirte stimmten konsequent gegen die Stadt/Land-Initiative. Gleiches lässt sich von den MieterInnen nicht sagen: Je nach politischen Orientierungen gehörten sie ins Nein- bzw. Ja-Lager. Grundsätzliche Motive und Nachteile für die Betroffenen dominierten die gegnerischen Beweggründe; der Kampf der Spekulation war für die BefürworterInnen wichtig. Der Erklärungswert des segmentierten Wohnungsmarktes für die Stimmabgabe der MieterInnen, bleibt beschränkt. Mehr Gewicht wird den Erwartungen der MieterInnen gegeben, einmal ein Haus ihr Eigen zu nennen.

Um die Nutzung des Bodens zu kontrollieren und die Preise auf dem Wohnungsmarkt einzuschränken, erhob die Stadt/Land-Initiative drei *Kernforderungen*:

- Grundstücke sollten nur noch zum Eigengebrauch oder zur Bereitstellung preisgünstiger Wohnungen erworben werden dürfen;
- der Kauf von Grundstücken zur reinen Kapitalanlage oder zum kurzfristigen Weiterverkauf sollte verboten werden und
- landwirtschaftliche Grundstücke sollten nur vom Selbstbewirtschafter zu einem nach oben limitierten Preis erworben werden können.

Profitiert hätten vor allem MieterInnen bzw. Nicht-Eigentümer von Grund und Boden bzw. von Liegenschaften. Rund 70 Prozent der Bevölkerung gehören hierzu; *69,2 Prozent der Stimmenden und alle Stände stellten sich jedoch gegen das Begehren*. Damit erlitt die Stadt/Land-Initiative ein ähnliches Schicksal wie die beiden anderen Volksbegehren, welche die Bodenrechtsfrage stellten: 1950 die Jungbauern-Initiative, die mit 73 Prozent Nein scheiterte und 1967 die SPS-Bodenrechtsinitiative, die 67 Prozent der Stimmen ablehnten.

Die Frage stellt sich, wie aus *scheinbaren Mehrheitsanliegen politische Minderheiten* werden. Dies beginnt mit der Politisierung der Vorlage: Bundesrat und Parlament lehnten die Initiative als solche ab, stellten jedoch in einigen Teilbereichen indirekte Gegenmassnahmen in Aussicht. Im Abstimmungskampf empfahlen die FDP, SVP, CVP und die EVP, sowie die Schweiz. Arbeitgeber-Organisationen, der Vorort, der Schweiz. Gewerbeverband und der Schweiz. Bauernverband die Nein-Parole. Ihnen gegenüber standen die Sozialdemokraten, die GPS, der LdU, die POCH, das Grüne Bündnis und die PdA. Flankiert wurden sie vom Christlich-nationalen Gewerkschaftsbund, den wichtigsten Umwelt-Organisationen (WWF, SNB, Naturfreunde), nicht jedoch vom Schweiz Gewerkschaftsbund; dieser überliess es den Einzelgewerkschaften, bestimmte Parolen zu beschliessen.

4.1 Die Konfliktlinien – Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Beginnen wir mit der *Zusammensetzung der beiden Lager*: Unterschieden sei einerseits die unmittelbare Interessenlage als denkbare Determinante, andererseits die politischen Orientierungen als wichtiger Faktor bei polarisierten Abstimmungen.

Grafik 12:
Das Stimmverhalten bei der Stadt/Land-Initiative nach Merkmalsgruppen

Merkmal / Kategorien	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Chi ²	Gamma ^a
<i>Politische Merkmale der Personen:</i>			
● Parteibindung			
- (NA/Vigilance)	59	0.00	0.62
- SVP	13		
- FDP / LPS	13		
- CVP	21		
- LdU/EVP	40		
- (GPS)	75		
- SPS	64		
- (POCH/GB/PdA)	91		
- keine Parteibindung	26		
● Mitgliedschaften in Verbänden			
- Politische Partei	21	0.01	0.31
- Gewerkschaften (wie SGB/CNG)	43	0.05	0.27
- Angestelltenverbände (wie SKV)	27	(0.98)	
- Berufsverbände (wie Gewerbe-, oder Anwaltsverband)	22	0.04	0.24
- MieterInnenorganisationen	44	0.05	0.38
- Umweltorganisationen	46	0.05	0.29
● Politisches Interesse			
- hoch	37	0.01	0.25
- mittel	26		
- tief	19		
● Vertrauen in die Regierung			
- hoch	21	0.00	0.42
- mittel	40		
- tief	48		
● Links/Rechts-Orientierung			
(- ganz links)	78	0.00	0.59
- links	55		
- mitte	22		
- rechts	14		
(- ganz rechts)	15		
	15		
● Nachmaterialismus-Orientierung			
- rein materialistische Werte	16	0.00	0.47
- gemischte Werte	24		
- rein nachmaterialistische Werte	48		
● Teilnahmedisposition			
- Regelmässig Teilnehmende	30	(0.17)	—
- Gelegentlich Teilnehmende	28		
. häufig	32		
. von Fall zu Fall	23		
. selten	21		
<i>Gesellschaftliche Merkmale der Personen:</i>			
● Geschlecht			
- Männer	29	(0.29)	—
- Frauen	33		

Fortsetzung nächste Seite

Merkmal / Kategorien	Stimmverhalten Ja in % (N = materiell Stimmende)	Chi ²	Gamma ^a
● Alter			
- 20-39jährige	34	(0.29)	—
- 40-64jährige	27		
- 65-84jährige	31		
● Schulbildung			
- Obligatorische Schulen	29	(0.35)	—
- Berufsschule u. ähnliches	29		
- Gymnasium, Universität	35		
● Berufliche Stellung			
- Erwerbstätige Total	27	0.01	0.20
. Selbständige	21	(0.23)	—
. Landwirte	17		
. Angestellte und BeamtInnen in mittlerer Stellung	30		
. Übrige Angestellte u. BeamtIn.	33		
. ArbeiterInnen	35		
- Nicht-Erwerbstätige Total	35		
. in Ausbildung	54		
. im Haushalt tätig	35		
. in Pension	32		
<i>Merkmale des Haushaltes:</i>			
● Wohnform			
- Einfamilienhaus	21	0.00	0.36
- Mehrfamilienhaus	37		
● Eigentumsverhältnisse			
- Miete / Pacht	41	0.00	0.46
- Eigentum an unbebautem Land	16		
- Eigentum an anderen Häusern	13		
- Eigentum am eigenen Haus	19		
<i>Merkmale der Region:</i>			
● Sprachzugehörigkeit			
- Deutsche Schweiz	31	(0.57)	—
- Französische Schweiz	29		
- Italienische Schweiz	38		
● Siedlungsart			
- Grossstädt. Agglomerationen	33	0.00	0.21
- Mittel-/kleinstädt. Agglomerationen	35		
- Landgemeinden	25		
● Ansässigkeit			
- weniger als 5 Jahre am Ort	43	0.00	0.34
- mehr als 5 Jahre am Ort	28		

a) Zur Erklärung der hier verwendeten statistischen Masse siehe 6.3. Werte, die in Klammern stehen, sind statistisch nicht relevant. Wo nur Striche sind, ist die Berechnung statistischer Masse nicht sinnvoll.

1. *Unmittelbare Interessenlage*: Die hauptsächliche Spaltung konnten wir zwischen Eigentümern und Landwirten auf der einen Seite und MieterInnen / PächterInnen auf der anderen Seite erwarten.

- *Hauseigentümer*: Wer das Wohnhaus sein Eigen nennt, zählte zu den klaren GegnerInnen; hier votierten 81 Prozent mit Nein. Wer darüberhinaus Eigentum an anderen Häusern hat, stand der Vorlage noch um eine Spur negativer gegenüber (87%); auch die Eigentümer von unbebautem Land reiheten sich praktisch nahtlos in die Nein-Front ein (84%).
- *Landwirte*: Sie waren durch die Vorlage speziell betroffen und von beiden Seiten stark umworben. Wenn diese Bevölkerungsgruppe für den Ausgang der Abstimmung quantitativ auch nicht entscheidend ist, so bleibt doch kein Zweifel an der Haltung der Bauernschaft offen. Auch hier ermittelten wir einen Nein-Anteil von 83 Prozent.
- *MieterInnen*: Sie stimmten gemäss Umfrage nur zu 41 Prozent für die Stadt/Land-Initiative. Zwar unterscheiden sie sich damit von den beiden anderen Interessengruppen, doch bleibt die Mehrheit der MieterInnen, die Nein gestimmt hat, erklärungsbedürftig.

2. *Parteibindungen*: Auch im Links/Rechts-Spektrum bzw. bei der Parteibindung ergeben sich bedeutsame Polarisierungen. Offensichtlich fand die Initiative über das eigentlich rot-grüne Wählersegment hinaus nur wenig Unterstützung. Bei der SPS (64% Ja), den Grünen und der äussersten Linken können wir von positiven Mehrheiten ausgehen. Aber schon bei den Umweltorganisierten (54% Nein) und den GewerkschafterInnen (56% Nein) ergeben sich andere Mehrheiten. Verwiesen sei schliesslich auf den Zusammenhang von Stimmabgabe und Wertorientierungen: Bei den NachmaterialistInnen ermittelten wir zwei praktisch gleich starke Lager (52% Nein).

3. *Kombination*: Die meisten anderen gesellschaftlichen Merkmale (wie Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf) ergaben bei der Stadt/Land-Initiative keine verallgemeinerungsfähigen Unterschiede. Wenn die Zahlen beim Beruf leicht differierten, ist dies vor allem auf die beiden oben skizzierten Faktoren zurückzuführen. Deren Kombination muss also helfen, das Abstimmungsergebnis zu analysieren: Zu diesem Zweck haben wir eine Zusammenstellung der kontrastreichen Gruppen unter den stimmenden MieterInnen gemacht. Einerseits wählten wir jene Mietergruppen aus, die mehrheitlich Ja stimmten (in der Folge: 'konsequente MieterInnen'), andererseits wurden jene ausgegliedert, die noch über dem Gesamtdurchschnitt gegen die Stadt/Land-Initiative votiert haben ('inkonsequente MieterInnen').

- *'Konsequente MieterInnen'*: Je grösser das politische Interesse ist, desto eher findet sich ein konsequentes Stimmverhalten. Dieses darf allerdings nicht mit einem grundsätzlichen Vertrauen in die Regierung gekoppelt sein. Es versteht sich von selbst, dass eine solch kritisch aktive Distanz verbreiteter ist bei linken und grünen Anhängerschaften und mit Wertorientierungen hin zu nachmaterialistischen Präferenzen zusammengeht. Auch die Mitglieder eines Mieterverbandes, einer Umweltorganisation oder einer Gewerkschaft stimmten konsequenter.

Grafik 13:

'Konsequente und inkonsequente MieterInnen' aufgrund des Stimmverhaltens bei der Stadt/Land-Initiative

'Konsequente MieterInnen'		'Inkonsequente MieterInnen'	
Ja	Merkmalsgruppen	Ja	Merkmalsgruppen
82 %	GPS-SympathisantInnen	20 %	SVP-SympathisantInnen
74 %	SPS-SympathisantInnen	22 %	MaterialistInnen
69 %	Studierende	23 %	FDP-SympathisantInnen
63 %	Linke Orientierungen	24 %	Rechte Orientierungen
60 %	Kein Regierungsvertrauen	25 %	Mitte Orientierungen
59 %	Mitgl. Umweltorganisation	27 %	Mit Regierungsvertrauen
58 %	NachmaterialistInnen	27 %	CVP-SympathisantInnen
56 %	Mitgl. MieterInnenorganisationen	29 %	Regelmässig Teilnehmende
51 %	GewerkschafterInnen	29 %	Häufig Teilnehmende
50 %	Nicht Ortsansässige	30 %	Mittleres politisches Interesse
50 %	Politisch Interessierte	31 %	Einfamilienhäuser

- **'Inkonsequente MieterInnen'**: Geradezu gegenteilig ist das Profil der MieterInnen, die gegen die Stadt/Land-Initiative votiert haben. Deren Charakteristiken sind: Bürgerliche Parteibindungen, rechte, aber auch gegen die Mitte hin zentrierte politische Orientierungen, gekoppelt mit materialistischen Wertprioritäten. Einher geht eine solche Ausrichtung auch mit einem überdurchschnittlichen Regierungsvertrauen und regelmässiger oder häufiger Teilnahme an Abstimmungen.

4.2 Entscheidungsmotive in beiden Lagern

Wie begründen die Handelnden ihren Entscheid selber? Die auch hier gestellte *Motivfrage* ergibt (vgl. *Grafik 14*):

- **Nein-Stimmende**: Bei den GegnerInnen dominieren grundlegende Wahrnehmungen gegen die Vorlage. Sie wurde sehr häufig als 'Angriff auf die Freiheit(srechte)' bzw. 'die Eigentumsgarantie' verstanden oder mit dem Etikett 'Verstaatlichung von Grund und Boden' oder 'des Wohnungsmarktes' versehen. Allein zu dieser Motivgruppe können fast zwei von fünf Nein-Stimmenden eingeordnet werden. An zweiter Stelle erwähnt sei eine Motivgruppe, die mehr auf dem Stil des Kosten/Nutzen-Denkens basiert und von offensichtlichen Nachteilen für Landwirte, Haus- und Grundeigentümern handelt (14%). Daneben fand sich noch relativ häufig, dass der mit der Initiative erhobene Anspruch in der Praxis nicht durchsetzbar sein werde. Allerdings gilt es hier auch noch auf eine Besonderheit hinzuweisen: Dass Eigentumsfragen auch tabuisiert sind, zeigt sich in der ausserordentlich hohen Antwortverweigerung unter den Nein-Stimmenden. Fast jede(r) Dritte mochte in unserem Gespräch nicht angeben, weshalb er/sie gegen die Vorlage gestimmt hatte!

Grafik 14:

Spontan geäußerte Entscheidungsmotive bei der Stadt/Land-Initiative

Motive nach Stimmverhalten	Nennungen in % der Ja resp. Nein (Mehrfachnennungen möglich)	Verbreitung in % der Stimmenden Total	
<i>Nein-Stimmende</i>			
● Undifferenzierte Kontra-Motive	29	20	} 69
● Angriff auf Greiheit	25	17	
● Gegen Verstaatlichung	14	10	
● Nachteile für bestimmte Gruppen (wie Landwirte, Haus- oder Bodeneigentümer)	14	8	
● Durchsetzbarkeit nicht möglich	6	4	
● Gegenmassnahmen genügen	1	1	
● Empfehlung durch Dritte	0	0	
● Parolen, Behördenempfehlung	2	1	
● Übrige und diffuse Kontra-Motive	9	6	
● Keine Angabe	—	1	
Total	100		
<i>Ja-Stimmende</i>			
● Undifferenzierte Ja-Motive	11	3	} 31
● Gegen Spekulation allgemein	40	12	
● Für günstige Mieten	14	5	
● Gegen hohe Bodenpreise	12	4	
● Gegen Teuerung	4	1	
● Schutz der Landwirtschaft	8	3	
● Schutz der Umwelt	4	1	
● Gegenmassnahmen sind zu schwach	3	1	
● Empfehlung durch Dritte	0	0	
● Parolen, Behördenempfehlung	0	0	
● Übrige und diffuse Pro-Motive	4	1	
● Keine Angabe	—	0	
Total	100	100	

- *Ja-Stimmende*: Zwar findet sich auf der Seite der Befürworter eine derartige Verweigerungshaltung überhaupt nicht; aber auch hier dominieren die relativ plakativen Begründungsweisen: Der 'Kampf der Spekulation' wurde bei weitem am häufigsten genannt. Es folgen erhoffte wirtschaftliche Vorteile (Mietzinsen, Bodenpreise, Teuerung allgemein), der Schutz der Umwelt oder der Landwirtschaft.

Bewusstseinsmässig spielten auch hier die Gegenmassnahmen, die in Aussicht gestellt wurden, keine herausragende Rolle. Gleiches gilt für die unmittelbare Behördenempfehlung und die Parteiparolen. Indirekt, als Grundstimmung die sich in einem Motivatstest nicht zwingend widerspiegeln muss, schätzen wir deren Beitrag zum Abstimmungsausgang jedoch höher ein.

4.3 MieterInnen – eine einheitliche politische Gruppe?

In Miete leben, ist ein rechtlich umschriebener Zustand. MieterInnen automatisch als einheitliche Interessengruppe aufzufassen, wäre jedoch falsch.

1. Wohnungsmarkt: Dies beginnt beim segmentierten Wohnungsmarkt, der stets bestimmte Teile privilegiert. Wer schon länger in seiner Wohnung ist, profitiert verhältnismässig. Es sind insbesondere die neueinsteigenden MieterInnen, die besonders benachteiligt sind. Gegen eine solch allgemeine Interpretation spricht, dass weder das Alter noch die Ortsansässigkeit das Stimmverhalten der MieterInnen hinreichend kontrastiert hat. Auch stimmten Kantone mit starker Wohnungsnot praktisch im Schnitt gegen die Vorlage. Schliesslich waren die MieterInnen gerade beim Gegenvorschlag zur 2. Mieterschutzinitiative eine wesentlich homogenere Gruppe¹¹.

2. Entscheide unter unvollständiger Information: Dies kann als weiterer Ansatz für die Interpretation herangezogen werden. Die Möglichkeit, einmal eine Erbschaft anzutreten, kann ein Grund sein, gegen die 'unmittelbare Interessenlage' zu votieren. Vor allem verbreitet ist aber auch die Orientierung an der nächst höheren Sozialgruppe: der Wunsch, einmal ein Haus sein Eigen zu nennen ist ein weiterer Zukunftsfaktor, der das Verhalten heute bestimmen kann. Gerade wenn MieterInnen, die in einem Einfamilienhaus leben, zu den 'Inkonsequentesten' zählen, verweist dies in diese Richtung.

Hinzuweisen gilt es schliesslich auf die Spaltung in der politischen Elite. Die Polarisierung über die Parteibindungen mobilisierte Loyalität und Gewohnheiten im Abstimmungsverhalten, die auch unabhängig von einer bestimmten Vorlage gelten. Wie weit gerade solche Gedanken verallgemeinerungsfähig sind, ist Gegenstand des letzten Kapitels.

11 Vgl. Analyse der eidg. Abstimmung vom 7.12.1986, VOX Nr. 31, GfS und FPS, Zürich 1987. Die erste Abstimmung über die Mieterschutz-Initiative fällt ausser Betracht, da damals gleichzeitig über ein Volksbegehren und der Gegenvorschlag abgestimmt wurde. Dies bewirkte eine 'künstliche' Spaltung der MieterInnen.

5. Beliebt und chancenlos? *Generelle Überlegungen zum Abstimmungserfolg von Initiativen*

Initiativen haben nur geringe Chancen, angenommen zu werden; dies müsste jedoch nicht sein! Zwei im Alltag häufig verwendete Faustregeln für deren relativen oder absoluten Erfolg, lassen sich im empirischen Test nicht oder nur teilweise bestätigen. Weder die geringe Polarisierung, noch die Geschlossenheit der unterstützenden Partei(en) sind hinreichende Faktoren des Erfolgs. Betont wird dagegen die notwendige Unterstützung durch die parteiungebundenen BürgerInnen. Zwei unterschiedliche Potentiale sind hier in den letzten acht Jahren entscheidend gewesen: die stark umweltorientierte bzw. die mehr an materiellen Verbesserungen orientierte Gruppe.

Was WählerInnen wann warum wollen, interessiert nicht nur die Wissenschaft. Auch PraktikerInnen stellen sich diese Fragen vor jedem Urnengang. Bei Wahlen sind die Empfehlungen, welche aus *generalisiertem Wissen* abgeleitet werden können, schon treffsicherer¹²; die Abstimmungsforschung dagegen hat angesichts der Themenfülle, des Variantenreichtums von Lagerbildungen und den stark unterschiedlichen Abstimmungskämpfen mehr Mühe, zu gültigen Schlüssen zu gelangen.

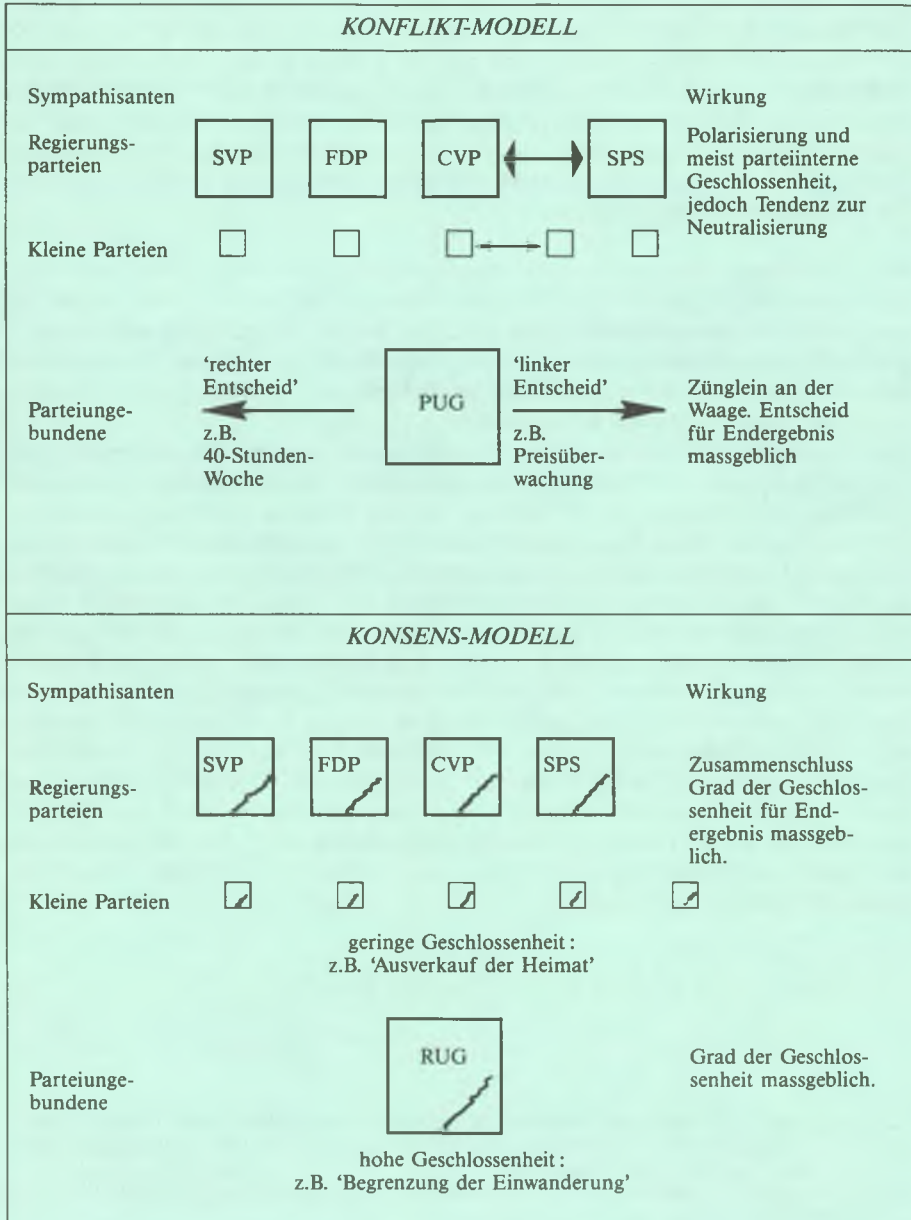
Zuerst ist dieser Weg über *soziologische Ansätze* gesucht worden.¹³ Danach strukturieren zentrale Spaltungen in westeuropäischen Gesellschaften (wie die Gegensätze zwischen den Regionen, den Konfessionen, den Sprachen und den Schichten) nicht nur das Parteiensystem; unterstellt wird, dass wiederkehrende Abstimmungsmuster in der Zeit, in verschiedenen Landesteilen und bei verschiedenen Themengruppen existieren. Auf welchem Ja/Nein-Niveau die typischen Gegensätze stattfinden, blieb jedoch weitgehend ungeklärt; diesem Ansatz kommt deshalb kaum prognostischer Wert für die Annahmehance von Initiativen zu. – Vermehrt wird auch versucht, über *ökonomische Ansätze* das Stimmverhalten zu erklären¹⁴. Dabei wird der 'homo oeconomicus', der seinen eigenen Nutzen maximiert und die Kosten minimiert, auf die Politik übertragen. Ferner wird dem Handeln der wirtschaftlichen Interessenverbände und der ökonomischen Gesamtsituation eine hervorragende Bedeutung eingeräumt. Wie unsere Überlegungen bei der 40-Stunden-Woche, vor allem aber bei der Stadt/Land-Initiative gezeigt haben, kennt auch dieser Ansatz Grenzen. Das Verhalten an der Urne wird nebst der Interessenlage auch durch Werthaltung und parteipolitische Orientierungsweisen geleitet, die mit der wirtschaftlichen Rationalität alleine nicht erklärt werden können.

12 Einen gerafften Überblick gibt: W. Bürklin, Wahlverhalten und Wertwandel, Opladen 1988.

13 Vgl. v.a. R. Nef, Bundesabstimmungen (1950–1977), Zürich 1977, D. Joye: Structures politiques et structures sociales. Thèse, Genève 1984.

14 Vgl. vor allem: F. Schneider, Der Einfluss der Wirtschaftsverbände auf die Politik, Bern und Stuttgart 1985.

Grafik 15:
Schematisierte Darstellung der Hauptakteure und Hauptkonstellationen im
Konfliktfrontenmodell



5.1 Die Annahmen des Konfliktfronten-Modells

Das in der Folge vorgeschlagene 'Konfliktfronten-Modell' berücksichtigt die Art der Politisierung, das Verhalten der Parteianhängerschaften und die Rolle des wachsenden Potentials, das sich von den Parteien verabschiedet hat. Da am 4. Dezember 1988 drei Initiativen gescheitert sind, beschränken wir uns hier auf die Anwendung auf Volksbegehren. Im Zeitraum 1981 bis 1987 liegen 20 Fallstudien vor, bei denen alle relevanten Angaben vorhanden sind.

Insgesamt haben es bis jetzt erst neun Volksbegehren geschafft, angenommen zu werden; im betrachteten Zeitraum sind es zwei: Die Preisüberwachungsinitiative (1982) mit 56 Prozent der Stimmenden und die Rothenthurm-Initiative mit 58 Prozent (1987). Für die Abschätzung der indirekten Wirkungen ist der Ja-Anteil nützlich. Es gilt vergrößert: Je höher dieser ist, desto grösser sind die Chancen, im voraus oder nachhinein Erfolge zu erzielen. In der Tat variiert dieser Wert bei den abgelehnten Volksbegehren zwischen 16 Prozent Ja bei der Mutterschaftsinitiative (1985) und knapp 50 Prozent beim 'Ausverkauf der Heimat' (1984); diese beträchtliche Differenz ist denn auch erklärungsbedürftig.

Das *Konfliktfronten-Modell* berücksichtigt in der vereinfachten Form die folgenden Akteure:

- Das Abstimmungsgeschehen wird einmal durch die politische Konstellation beeinflusst. Der Einfachheit halber konzentrieren wir uns auf die Position der Regierungsparteien.
- Deren Anhängerschaften sehen wir jedoch nicht als 'mechanistisch' reagierendes Anhängsel; je nach Situation fallen sie unterstützende oder abweichende Entscheide.
- Ferner tragen wir den Neuentwicklungen im schweizerischen Elektorat Rechnung, indem wir die stärker werdende Gruppe der parteipolitisch Ungebundenen besonders betrachten.

Von einer *Konsenssituation* sprechen wir, wenn im Regierungslager Einigkeit herrscht, d.h. eine Initiative von allen grösseren Parteien abgelehnt wird. Von einer *Konfliktsituation* sprechen wir, wenn das Regierungslager gespalten ist, d.h. eine Vorlage von (mindestens) einer der vier Bundesratsparteien lanciert worden ist bzw. aus grundsätzlichen oder taktischen Überlegungen unterstützt wird. Dabei handelt es sich bisher entweder um eine Teilung im konfessionellen Spektrum oder aber um Verteilungs-, Minderheiten- oder ökologische Konflikte, wo die SPS normalerweise eigene Wege beschreitet.

5.2 Ein empirischer Test

Zwei, im politischen Alltag häufig zitierte Aussagen finden im empirischen Test keine hinreichende Bestätigung. Die erste betrifft die *Konfliktart*:

Hypothese 1:

Für den Ja-Anteil einer Initiative ist die Konfliktart entscheidend. Je geringer die Polarisierung ist, desto grösser sind die Erfolgchancen.

Konsenssituationen entstehen bei Initiativen nur als gemeinsame Ablehnung eines Begehrens. Dann sind die Aussichten für eine Initiative besonders gering; es resultieren nicht mehr als mittlere Ja-Anteile (Vivisektion; Begrenzung der Einwanderung). Die einzige Chance der AussenseiterInnen besteht darin, verdeckte parteiinterne Konflikte aufzuspüren und damit den Grad der Geschlossenheit aufzubrechen. Dies mag als Erklärung des relativen Erfolgs der Initiative 'Ausverkauf der Heimat' herangezogen werden.

Ein augenfälliger Zusammenhang zwischen polarisiertem Konflikt und dem Abstimmungserfolg besteht nicht. Völlig erfolgreich waren die Preisüberwachungsinitiative und die Rothenthurm-Initiative; beide haben, ganz ähnlich wie die Energieabstimmungen 1984 und das Rüstungsreferendum, die politische Elite stark gespalten. Dennoch resultierte ein hoher Ja-Anteil. Umgekehrt gibt es sowohl bei konfessionellen Spaltungen als auch Gegensätzen im Links/Rechts-Spektrum genügend Beispiele, die zeigen, dass polarisierte Vorlagen erfolglos blieben.

Eine modifizierte Interpretation stellt nicht nur auf das Verhalten der Parteispitzen ab. Diese beschliessen ihre Parolen, indem sie der Willensbildung im Parlament folgen (Fraktionsorientierung), die Stimmung in der eigenen Sympathisantenschaft aufnehmen (Basisorientierung) oder aber einen überraschenden Abstimmungserfolg wittern (Mehrheitsorientierung). Was die Anhängerschaft an der Urne beschliesst, braucht nicht deckungsgleich zu sein. Entsprechend heisst die zweite Vermutung:

Hypothese 2:

Für den Ja-Anteil einer Initiative ist die parteiinterne Geschlossenheit entscheidend.

Die positiven Beispiele (Rothenthurm, Preisüberwachung, aber auch die beiden Energieabstimmungen) können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Parteikonformität innerhalb der CVP bei der Initiative beim 'Recht auf Leben' und innerhalb der SPS bei der Ferien-Initiative und der 40-Stunden-Woche sehr hoch waren. Dennoch ergaben sich bei diesen Vorlagen nicht mehr als mittlere Ja-Anteile. Am ehesten gilt der postulierte Zusammenhang in negativer Form: Gerade wenn die parteiinterne Geschlossenheit gering ist, sind die Erfolgchancen einer Initiative sehr bescheiden. Hierzu zählen die 'Mitenand-Initiative', wahrscheinlich auch die Mutterschafts- und Lehrwerkstätten-Initiative; in diesen Fällen setzte sich die SPS-Spitze für ein Ja ein, ohne klar ersichtliche Mehrheiten unter den SympathisantInnen zu gewinnen: Alle drei Vorlagen scheiterten mit weniger als 20 Prozent Unterstützung und blieben damit gar hinter dem linken Potential in der Schweiz.

Als dritte, in der politischen Praxis häufig vernachlässigte Hypothese bringen wir ein:

Hypothese 3:

Für die Unterstützung einer Initiative ist die Haltung der parteiungebundenen BürgerInnen entscheidend.

Da in der Schweiz keine Gruppierung alleine über eine Mehrheit verfügt, stellt sich die Frage der Allianzbildung. Im beobachteten Zeitraum ist es nicht vorgekommen, dass zwei

Regierungsparteien eine Initiative unterstützten ; weder bei konfessionellen noch bei linken Oppositionsforderungen ist eine solche Ausgangslage ernsthaft zu erwarten. Also muss die Partnersuche anders verlaufen: Das grösste Potential findet sich bei den Parteiunabhängigen. In der Gesamtbevölkerung machen sie gegenwärtig mehr als die Hälfte aus; unter den Teilnehmenden beträgt ihr Anteil bisweilen ein Drittel. Der *empirische* Test (vgl. *Grafik 16*) verweist denn auch auf einen sehr engen Zusammenhang: Praktisch identisch sind die definitiven Ja-Anteile bei den Stimmenden und den Parteiungebundenen. Dies gilt für die beiden akzeptierten Volksbegehren. Aber auch bei den anderen betrachteten 18 Initiativen ist die Übereinstimmung auffällig hoch.

Mit welchen Themen sind die Parteiungebundenen zu gewinnen? Gehen wir hierzu von den sechs Initiativen aus, die angenommen worden sind, oder einen hohen Ja-Anteil erzielt haben, lassen sich zwei Vermutungen formulieren:

- Initiativen können unter den Parteigegebenen das *Umweltpotential* ansprechen. Wir sehen dies insbesondere erfüllt bei der Rothenthurm-Initiative, aber auch bei der Atom- und Energie-Initiative. Gemeinsam ist allen drei Forderungen, dass sie sich gegen eine Fehlentwicklung gerichtet haben.
- Initiativen können *sozial Benachteiligte* ansprechen, die durch die üblichen Organisationsformen der Parteien fallen. Erhoffen sie sich materielle Vorteile, sind sie ein Potential für Initiativen. Dies sehen wir insbesondere bei der Preisüberwachungsinitiative erfüllt; über eine 'präventive Sparwirkung'¹⁵ kann der Zusammenhang aber auch beim Rüstungsreferendum vermutet werden.

5.3 «Die drei P» – die neue Erfolgsformel

«Die drei P», so heisst die Erfolgsformel für Initiativen in kürzester Form: Das erste 'P' steht für *Parolenspiegel* und spricht die Konfliktsituation an; minimal eine unterstützenden Regierungspartei ist die erste Stufe für einen Erfolg. Das zweite 'P' spricht die eigenen *ParteigängerInnen* an; eine überdurchschnittliche Geschlossenheit bildet die zweite Stufe. Das dritte 'P' verweist auf die *Parteiungebundenen*: deren Entscheid ist die dritte Stufe für ein gutes Abstimmungsergebnis. Im Gegensatz zu den verbreiteten Meinungen, die sich auf das erste oder das zweite 'P' konzentrieren, erachten wir diese beiden nur als notwendige, jedoch nicht hinreichende Voraussetzungen. Ohne das dritte 'P' allerdings läuft in der für eine Initiative üblichen Konfliktsituation nichts Ausserordentliches!

15 Auch die SP-Reichtumssteuerinitiative, die über 40% der Stimmen erzielte, kann so interpretiert werden. Auch ohne genaue Untersuchungsergebnisse können wir davon ausgehen, dass die Linken geschlossen dafür gestimmt haben, die bürgerlichen AnhängerInnen dagegen waren und die materiell interessierten Parteiungebundenen wegen den Umverteilungsaspekten Ja votiert haben.

Grafik 16:

Überblick über Polarisierungs- und Konformitätsgrad bei Parteungebundenen, Stimmverhalten der Parteungebundenen sowie Abstimmungserfolg bei Initiativen (1981–1987)

Datum	Initiative	Hypothese 1: Polarisierung in % ^a Grad ^b		Hypothese 2: Abw. SVP				CVP		FDP		SPS		Konfor- mitäts- grad ^c	Partei- unge- bundene	Hypothese 3: Total Ja in %	
		in % ^a	Grad ^b	Reg. Part.	Ja in %	Ja in %	Ja in %	Ja in %	Ja in %	Ja in %	Ja in %	Ja in %					
<i>angenommen:</i>																	
7.12.87	Rothenthurm-Initiative	42	mittel	SPS	36	39	46	78						sehr hoch	61	58	
28.11.82	Preisüberwachungsinitiative	65	sehr hoch	SPS	24	26	44	89						sehr hoch	60	56	
<i>hoher Ja-Anteil:</i>																	
20. 5.84	Ausverkauf der Heimat	24	tief	SPS	45	34	48	58						mittel	53	49	
23. 9.84	Energie-Initiative	55	hoch	SPS	16	20	30	74						sehr hoch	46	46	
23. 9.84	Atom-Initiative (II)	58	sehr hoch	SPS	23	19	36	74						sehr hoch	44	45	
5. 4.87	Rüstungsreferendumsinitiative	56	hoch	SPS	9	15	24	65						hoch	44	41	
<i>mittlerer Ja-Anteil:</i>																	
26. 2.84	Zivildienst-Initiative	55	hoch	SPS	6	7	15	60						hoch	36	36	
12. 6.88	AHV-Alter 60/62	24	tief	SPS	21	25	26	49						tief	38	35	
7.12.86	Schwerverkehrsinitiative	33	tief	SPS	12	24	22	45						tief	27	34	
4.12.88	40-Stunden-Woche	62	sehr hoch	SPS	16	14	14	76						sehr hoch	32	34	
10. 3.85	Ferien-Initiative	62	sehr tief	SPS	11	19	19	73						sehr hoch	37	34	
4.12.88	Begrenzung d. Einwanderung	3	sehr hoch	—	31	33	34	36						—	33	33	
9.6.85	Recht auf Leben	71	hoch	CVP	25	17	79	8						sehr hoch	30	31	
4.12.88	Stadt/Land-Initiative	51	tief	SPS	13	13	21	64						hoch	26	31	
1.12.85	Vivisektionsinitiative	27	tief	—	23	13	20	40						—	32	30	
<i>tiefer Ja-Anteil:</i>																	
20. 5.84	Banken-Initiative	61	sehr hoch	SPS	12	2	20	63						hoch	24	27	
<i>sehr tiefer Ja-Anteil:</i>																	
28. 9.86	Lehrwerksstätten-Initiative	50	hoch	SPS	0	1	2	50						mittel	12	18	
28. 9.86	Kultur-Initiative	35	mittel	SPS	4	20	11	39						sehr tief	7	17	
5. 4.81	Miteneand-Initiative	49	hoch	SPS	0	0	15	35						sehr tief	20	16	
2.12.84	Mutterschaftsinitiative	48	hoch	SPS	0	0	1	48						tief	12	16	

Anmerkungen zu Grafik 16:

- a) Das Polarisierungsmaß bemisst sich aus der Differenz zwischen dem Stimmverhalten bei den beiden unterschiedlichsten Regierungsparteien (z. B. Rothenturm-Initiative: SPS-Ja-Anteil minus SVP-Ja-Anteil) = $78\% - 36\% = 42\%$.
- b) Der Polarisierungsgrad wurde in 5 gleiche Stufen zwischen die beiden Extreme beim Polarisierungsmaß ('Begrenzung der Einwanderung', 3%, und 'Recht auf Leben', 71%) aufgeteilt. Je höher der Wert, desto stärker die Polarisierung.
- c) Der Konformitätsgrad bemisst sich aus der Übereinstimmung von (nationaler) Parteiteile und -basis. Übereinstimmung von 70% und mehr heisst 'sehr hoch', von mehr als 60% 'hoch', von mehr als 50% 'mittel', von mehr als 40% 'tief' und von weniger als 40% 'sehr tief'.

6) Methodischer Steckbrief der Untersuchung

Das Forschungskonzept, die Stichprobe und die Datenanalyse sind die Voraussetzungen für die Qualität und Aussagekraft der Interpretation einer Untersuchung. Diese drei methodischen Faktoren seien in der Folge kurz erläutert. Kritisiert wird auch das übliche Vorgehen bei Abstimmungsprognosen: 4 einfache Kontrollpunkte werden als minimale Checkliste genannt.

6.1 Das Forschungskonzept

Der *standardisierte Ansatz* der VOX-Analysen ist darauf angelegt, die zentralen Verhaltensweisen bei Abstimmungen (Teilnahme, Sachentscheid), die wichtigsten Beweggründe hierfür (Motive und Argumentenunterstützung) und die zentralen Voraussetzungen wie das Wissen über die Vorlagen und die Kenntnisse der Parolen zu erfassen.¹⁶ In der vorliegenden Studie ist dieser Teil in verschiedener Hinsicht erweitert worden (vgl. *Grafik 17*).¹⁷ Nur 10 bis 15 Prozent der Stimmberechtigten sind Mitglied einer Partei. Diese Gruppe, aufgeteilt auf mehr als ein Dutzend im Parlament vertretenen Parteien, ergäbe keine sinnvollen Grössenordnungen für unsere Untersuchungen. Deshalb orientieren wir uns am Konzept der *Parteibindungen*. Dieses richtet sich in erster Linie nach der Identifikation mit einer Partei als Ganzes, ihren politischen Zielen oder den hauptsächlichen RepräsentantInnen. Sie kann auch als 'psychologische Mitgliedschaft' aufgefasst werden. Die zunehmende Zahl parteipolitisch Ungebundener (1986 Höchststand mit 57%) verlangt zunehmend, die politischen Orientierungen jenseits der Parteibindung zu strukturieren. Hierzu haben wir zwei *zentrale Werthaltungen* eingeführt:

- **Links/Rechts-Orientierung**¹⁸: Die Befragten mussten sich auf einer Skala von 0 bis 10 bzw. von 'links' bis 'rechts' selber einstufen. Um genügende Fallzahlen zu erhalten, haben wir einige Zusammenlegungen vorgenommen. Die Verteilungen lauten: 'ganz links' 4%; 'links' 24%; 'in der Mitte' 30%; 'rechts' 23%; 'ganz rechts' 3%; 'weiss nicht' 13% und 'keine Angabe' 3%.
- **Nachmaterialismus-Orientierung**¹⁹: Verwendung fand die seit 1983 in der Schweiz eingesetzte Nachahmung der Inglehart-Skala. Dabei mussten die Befragten aus sechs politischen Zielen jene zwei auswählen, denen ihrer Meinung nach die höchste Priorität zukommt. Je nach Auswahl ergeben sich 'rein materialistische Werte' (8%), 'gemischte Werte' (total 62%) und 'rein nachmaterialistische Werte' (30%).
- **Mitgliedschaften**: Darüber hinaus wurde die Mitgliedschaft in 10 politikrelativen Organisationen erhoben. Je nach Abstimmungsgegenstand sind diese in der Untersuchung berücksichtigt worden. Wer in gar keiner von diesen Gruppierungen Mitglied war, gilt aus 'unorganisiert'.

16 Vgl. C. Longchamp: «Die VOX-Analyse als Beispiel politischer Sozialforschung», in: *Marktforschung Schweiz. Handbuch 1988/1989*, Einsiedeln 1987.

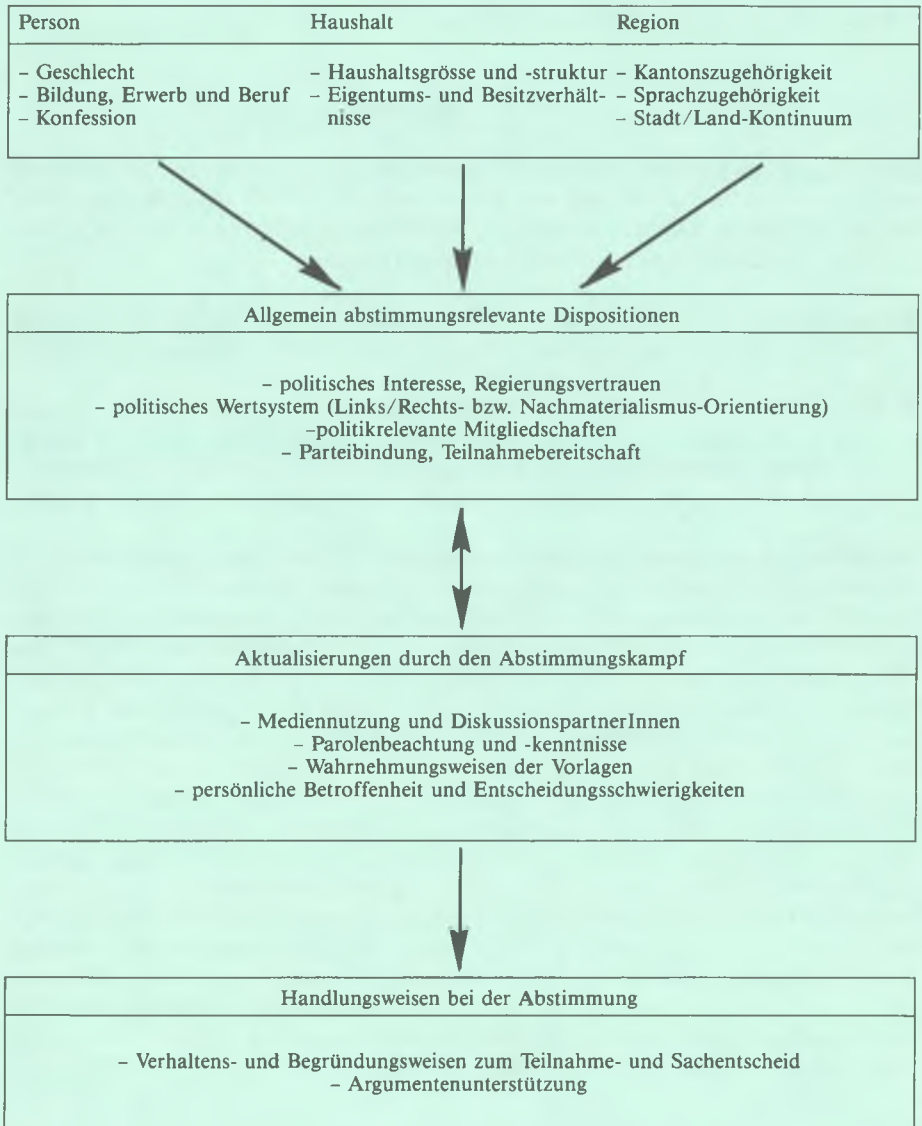
17 C. Longchamp, R. Stämpfli: *Politische Kultur im Wandel. Konzept zur Zusatzuntersuchung VOX 882*, FSP, Bern 1988.

18 Vgl. D. Sidjanski et al.: *Les Suisses et la politique*, Berne et Francfort 1975.

19 R. Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton 1977.

Grafik 17:

Forschungskonzept der VOX-Analyse zur eidg. Abstimmung vom 4. Dezember 1988



Bemerkung: Genannt sind nur die in diesem Bericht berücksichtigten Dimensionen.

Für die hier beschriebene Konzeption verantwortlich zeichnen das GfS-Forschungsinstitut (Standardteil) und das Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern (Erweiterung). Nur die abstimmungsbezogenen Zusätze sind in die vorliegende Arbeit aufgenommen worden. Im Schlussbericht zum «Wandel der politischen Kultur» in der Schweiz wird deren Gesamtheit ausgebreitet.

6.2 Die Stichprobe

Das GfS-Forschungsinstitut besorgte die Umsetzung der Untersuchung. Die Feldarbeit umfasste 1020 Schweizer BürgerInnen. Die Befragungen fanden zwischen dem 5. Dezember 1988 und dem 7. Januar 1989 statt. Die Bildung der Stichprobe erfolgte in zwei Schritten, die *Zufalls- und Quotenelemente* berücksichtigen:

- *Befragungszentren*: Mittels eines Zufallsverfahrens wurden 100 Ortschaften in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz ausgesucht; dabei waren die Verteilungen nach Sprachgruppen und im Stadt/Land-Kontinuum vorgegeben.
- *Befragte Personen*: In jedem Befragungszentrum fanden 10 Interviews statt. Die Auswahl der Personen besorgten die InterviewerInnen selber. Dabei hatten sie sich an Vorgaben zu Geschlecht, Alter und Beruf zu halten, die den Verteilungen aus der Volkszählung entsprechen. In die Untersuchung flossen nur Schweizer BürgerInnen ein.

Das GfS-Forschungsinstitut hat jedes zehnte Interview telefonisch nachkontrolliert. Über die ermittelten Verteilungen zu den Quotenvorgaben gibt die *Grafik 18* Auskunft. Ausgehend von der Stichprobengrösse beträgt die *maximale Standardabweichung* ± 3 *Prozentpunkte*. Wird ein Wert von 50 Prozenten angegeben, liegt der effektive Anteil (mit 95%iger Wahrscheinlichkeit) zwischen 47 und 53 Prozenten. Grössere Verzerrungen sind nicht statistischer Art.²⁰ Zur Eichung der Stichprobe können bekannte Vergleichszahlen herangezogen werden: Im Schnitt stimmen die ermittelte und effektive Stimmabgabe gut überein (knapp 4% Differenz). Dies wird auch im vorliegenden Fall bestätigt: Bei der Stadt/Land-Initiative ermittelten wir weniger als 1 Prozent zu viele Ja-Stimmende; bei der 40-Stunden-Woche waren es 3 Prozent zu wenig. Grösser ist die Differenz bei der NA-Initiative (11%); die Bekenntnishaftigkeit der Ausländerthematik hat schon bei früheren Untersuchungen zu vergleichbaren Verzerrungen geführt. Sie ist also kein Spezifikum der jetzigen Stichprobe. In der vorliegenden Tabelle sind die Abweichungen jeweils berücksichtigt (das heisst korrigiert worden). Etwas grösser (16%) ist dagegen die Abweichung bei der ermittelten Stimmbeteiligung. Dies hängt in erster Linie damit zusammen, dass politisch Involvierte eher bereit sind, zur vorliegenden Thematik ein Interview zu geben. Dennoch können wir davon ausgehen, dass die *Stichprobe den üblichen Ansprüchen entspricht und für die hauptsächlichen Erkenntniszwecke genügend robust ist*.

20 Vgl. E. Noelle-Neumann: Umfragen in der Massengesellschaft, Reinbek b. Hamburg 1963.

Grafik 18:
Zusammensetzung der Stichprobe VOX 882 (quotierte Merkmale)

Merkmalsgruppen	Kategorien	absolute Verteilung
Total Befragte		1020
<i>Quotierte Regionsmerkmale:</i>		
● Sprachzugehörigkeit	Deutsche Schweiz	745
	Französische Schweiz	224
	Italienische Schweiz	49
● Siedlungsart	Grossstädtische Agglomerationen	370
	Mittel-, kleinstädtische Agglomerationen	223
	Landgemeinden	427
<i>Quotierte Individualmerkmale:</i>		
● Geschlecht	Männer	511
	Frauen	509
● Alter	20–39jährige	441
	40–64jährige	392
	65–84jährige	185
● Erwerb und Beruf	Erwerbstätige Total	613
	davon Teilzeitbeschäftigte	132
	- Selbständige, Leitende	169
	- Landwirte	38
	- Angestellte und BeamtInnen in mittlerer Stellung	189
	- Übrige Angestellte und BeamtInnen	76
	- ArbeiterInnen	105
	Nicht-Erwerbstätige Total	397
	- in Ausbildung	72
	- im Haushalt	248
- in Pension	196	

6.3 Die Datenanalyse

Die Datenauswertung erfolgte diesmal in den beiden beteiligten Instituten. Eingesetzt wurde erstmals das Programmpaket SPSS-PC+²¹. Inskünftig werden alle VOX-Analysen so verarbeitet. Dies erlaubt eine flexiblere Datenanalyse. Auch ist die Berechnung wichtiger statistischer Masse möglich.

- *Chi-Quadrat-Text*: Sicherheitsmass für die Verallgemeinerungsfähigkeit eines Zusammenhanges. Als übliches Signifikanzniveau (= Irrtumswahrscheinlichkeit) wird wenigstens 5 Prozent (0.05) verlangt. Vereinfacht heisst dies, ein in der Stichprobe ermittelter Zusammenhang gilt mit 95prozentiger Sicherheit auch in der Grundgesamtheit.
- *Gamma-Korrelationskoeffizient*: Stärkemasse für einen Zusammenhang zweier Ordinalskalen (z.B. Alter und Stimmverhalten). Dabei erreicht Gamma den Wert +1 bei völlig positiver Übereinstimmung, -1 bei völliger Widersprüchlichkeit. Je näher der Wert bei 0 ist, desto schwächer ist der Zusammenhang. Es gelten die folgenden Sprachregelungen: Gamma zwischen 0 und 0.2 'kein Zusammenhang'; zwischen 0.2 bis 0.3 'schwacher'; zwischen 0.3 und 0.4 'mittlerer' und ab 0.4 'starker Zusammenhang'.

Merkmalsgruppen mit weniger als 25 *Nennungen* wurden grundsätzlich nicht weiter analysiert. Dies betrifft namentlich die Anhängerschaft der kleinen Parteien unter den Teilnehmenden. Bewegte sich die Fallzahl gerade im Grenzbereich, stehen die Prozentwerte in Klammern; sie gelten als Trendergebnisse und sollten nicht als absolute Werte verbreitet werden.

6.4 Minimalanforderungen an Abstimmungsprognosen

'Mehrheit für die NA-Initiative?', titelte am 24. November 1988 – also kurz vor der Abstimmung – ein meinungsführendes Blatt aus der Wirtschaftsbranche über die von ihr exklusiv in Auftrag gegebenen Repräsentativ-Umfrage.²² Diese aufsehenerregende Vorhersage fiel allerdings in sich zusammen, als das Abstimmungsergebnis bekannt war: Statt den vorhergesagten 54 Prozent, welche die NA-Initiative 'für nötig' befanden, stimmten 33,7 Prozent gegen die verlangte 'Begrenzung der Einwanderung'.

Nicht allein auf die vorliegende Fehlprognose gemünzt ist die allgemeine *Checkliste* minimalster methodischer Anforderungen. Damit seien nicht alle Prognosen vorverurteilt; auch sei nicht unterstellt, jede Vorbefragung sei eine Vorhersage! Jedoch seien wenigstens einige praktische Randbedingungen benannt für die Herstellung und Verbreitung von Prognosen. Sind diese nicht gegeben, sollten diese gar nicht beachtet werden!

21 M.J. Norusis: SPSS / PC*. For the IBM PC / XS / AT, Chicago 1986.

22 Vgl. Schweizerische Handelszeitung, 24.11.1988.

Grafik 19: **Checkliste für Abstimmungsprognosen**

1. Achten Sie sich auf die Angaben zur Stichprobe!

Zwar gibt es keine Grenze, bei der Schlussfolgerungen auf jeden Fall präzise genug sind. Die Zuverlässigkeit steigt – wenn auch mit abnehmendem Ertrag – mit der Zahl der Befragten. Bei 500 Befragten beträgt die statistische Fehlerquote annähernd ± 5 Prozentpunkte, bei 1000 ± 3 . Doch die einzig entscheidende Regel heisst: Der Stichprobenfehler muss kleiner sein, als die politische Grösse. Und massgeblich ist nur die Mehrheit: Wird mit einer 500er Stichprobe bei der Abstimmung X ein Ergebnis von 60 zu 40 vorausgesehen, ist die Aussage zuverlässiger, als ein Verhältnis von 52 zu 48 bei der Abstimmung Y mit einer 1000er Stichprobe. Der grössere Stichprobenfehler im ersten Fall ist für die Mehrheitsverhältnisse unerheblich; der kleinere im zweiten Beispiel kann jedoch alles umkehren! Wichtig ist die Kontrolle, ob wirklich nur Stimmberechtigte befragt worden sind, oder ob eine normale Stichprobe aus der Marktforschung (15–70jährige EinwohnerInnen!) vorliegt. Das Wort 'repräsentativ' heisst nichts ohne Angabe wofür!

2. Schliessen Sie nicht aus einer Einstellung direkt auf das Verhalten!

Zwar wissen wir aus dem Umweltbereich, dass wert- und einstellungsmässig Einiges in Bewegung ist. Doch bleiben die unmittelbaren Konsequenzen auf das alltägliche Handeln vorerst beschränkt. Dies deutet an, dass bewusstseinsmässige Erscheinungen nicht zwingend mit dem Verhalten übereinstimmen. Der konkrete Entscheid an der Urne gehört aber zu letzterem. Er kann nur beschränkt über ein(ig)e Einstellungsfrage(n) erschlossen werden. Gerade der Argumententest zur 40-Stunden-Woche zeigt, dass ganz Unterschiedliches abgeleitet werden könnte: Je nachdem, welche der zehn Vorgaben wir für die 'Prognose' auswählen würden, hätten wir 42 bis 67 Prozent Nein-Stimmende bzw. 38 bis 65 Prozent Ja-Stimmende. Der Variantenreichtum von Denkweisen bietet also jedem Geschmack etwas: Gerade weil Einstellungen mit Verhaltensweisen nicht identisch sind, ist deren Überprüfung interessant; so lernen wir nachträglich, was Befürworter und Gegner einer Vorlage getrennt hat bzw. was sie trotz der Stimmabgabe zusammenhält, – und nicht vorgängig, wer die Ja- bzw. Nein-Stimmenden sind!

3. Achten Sie sich auf den genauen Zeitpunkt der Voruntersuchung!

Zwar gehen alle AktivistInnen davon aus, ihr Tun in den drei bis vier Wochen vor dem Urnengang wirke sich auf das Endergebnis aus. Doch fragt niemand danach, wann eine Prognose gemacht worden ist: Nur bei völlig vorherbestimmten Themen ist es egal, wann die Umfrage für die Prognose gemacht worden ist; bei allen anderen Vorlagen ist gerade der Zeitpunkt massgeblich: Wer nur den Anfang eines Films kennt, weiss nicht ohne weiteres, wie dieser endet. Wer seine Prognose vor der Kampagne erstellt, braucht viel Erfahrung, um auch deren Wirkung richtig mitzuberücksichtigen!

4. Trauen Sie bei Abstimmungsprognosen keiner Prozentuierung über die Gesamtheit der Stimmberechtigten!

Zwar steht am Anfang dieses Berichtes, die Beteiligung in der direkten Demokratie sei tief. Wenn sich nur dreissig Prozent regelmässig an Entscheidungen über Sachabstimmungen beteiligen und eine Zusatzmobilisierung von gut 20 Prozent schon als 'hoch' gilt, sollten wir nicht darüber hinweg sehen, dass die andere Hälfte der Stimmberechtigten zu Hause blieb. Doch stört es kaum jemanden, wenn auch diese Personen in der Prognose berücksichtigt sind. Jede(r) MarktforscherIn wird die Beliebtheit eines Produktes nur bei speziellen Zielgruppen überprüfen, alle anderen KonsumentInnen verfälschen bloss das Bild. Bei Sachabstimmungen besteht die analoge Aufgabe darin, wenigstens in groben Zügen jene 'BürgerInnen-Elite' herauszufiltern, die sicher teilnimmt, und von den gelegentlichen UrnengängerInnen und den sicher Abwesenden zu unterscheiden. Nicht alle Themen werden von diesen Gruppen unterschiedlich beurteilt, mitunter kann es aber entscheidend sein, differenziert zu wissen, wieviele jeweils eine positive bzw. negative Haltung haben. Gerne verwechselt wird auch die Antwortverweigerung mit der in einer Vorbefragung einzig spannenden Gruppe: den Unentschiedenen!

Hauptergebnisse

Am 4. Dezember 1988 wurde über drei Initiativen abgestimmt: «Nein!», «Nein!», «Nein!», lautete das *deutliche Verdikt* des Souveräns.

Im Vorfeld der Abstimmung erzielte die *Stadt/Land-Initiative* die grösste Aufmerksamkeit. Die angestrebte Kontrolle des Boden- und des Wohnungsmarkts wurden mit 30,8 Prozent Ja und keinem befürwortenden Stand klar abgelehnt. Die besonders betroffenen Hauseigentümer und Landwirte stimmten erwartungsgemäss; die Nein-Anteile variierten zwischen 81 und 83 Prozent. Erklärungsbedürftiger dagegen ist unser Ergebnis zu den MieterInnen: Gerade 41 Prozent unterstützten hier die Stadt/Land-Initiative. 'Konsequent' stimmten nur die linken (SPS: 74%) und grünen (GPS 82%) MieterInnen; positive Ja-Mehrheiten ergaben sich noch bei den Mitgliedern von MieterInnen-Organisationen, Gewerkschaften und Umweltverbänden. Wer in Miete lebt, sich politisch rechts der Mitte ansiedelt, mit bürgerlichen Parteien sympathisiert (SVP 20% Ja, FDP 23% Ja und CVP 27% Ja) und hohes Regierungsvertrauen zeigt (27%), stimmte klar gegen das Volksbegehren.

Grundsätzliche Beweggründe gegen den 'Angriff' auf die Eigentumsfreiheit und gegen die 'beabsichtigte Verstaatlichung' nannten die Nein-Stimmenden am häufigsten; es folgte die Aufzählung von Nachteilen für bestimmte Interessengruppen. Fast ein Drittel jedoch mochte den Urnenentscheid nicht näher begründen. Ein klares Profil hatten die Motive der Ja-Stimmenden; sie wandten sich grossmehrheitlich gegen die Spekulation, gegen hohe Bodenpreise und Mietzinsen oder gegen die dadurch verursachte Teuerung.

Als Haupteklärung für den Abstimmungsausgang kann die Polarisierung im Links/Rechts-Spektrum genannt werden. Für das 'inkonsequente Mieterverhalten' können vor allem der eigene Hauswunsch bzw. in Aussicht stehende Erbschaften genannt werden.

Die parteipolitische Spaltung bei der *40-Stunden-Woche* war noch grösser. Die mit 65,8 Prozent Nein-Stimmen abgelehnte Initiative der Gewerkschaften kann sogar als Musterbeispiel für einen Links/Rechts-Konflikt in der direkten Demokratie stehen.

Die bürgerlichen ParteigängerInnen stimmten zu 84 bis 86 Prozent gegen die Arbeitszeitverkürzung. 76 Prozent der SPS-AnhängerInnen dagegen waren dafür. Bei Gewerkschaftsmitgliedern (55% Ja) ergibt sich noch eine Mehrheit; bei ArbeiterInnen (48% Ja), Angestellten und BeamtInnen (40 bis 49% Ja) kippen die Mehrheitsverhältnisse jedoch schon. Darüber hinaus ist wenig Solidarität mit den Lohnabhängigen zu sehen: Ökonomisch begründbar sind die hohen Nein-Werte bei den Landwirten, Selbständigen und Unterneh-

mern. Aber auch die RentnerInnen (74% Nein) und die Hausfrauen (66% Nein) votierten gegen die Arbeitszeitverkürzung.

Ausschlaggebend für das Nein bei einer Links/Rechts-Polarisierung ist, dass die Parteiungebundenen (68%) insgesamt näher bei den bürgerlichen AnhängerInnen waren, denn bei den linken.

Eine generelle Abwehr der Arbeitszeitverkürzung ist für die Nein-Stimmenden typisch. Dies wurde mit wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder individuellen negativen Folgen begründet. Die BefürworterInnen argumentierten mit persönlichen Vorteilen oder im Sinne eines Ausgleichs der Arbeitszeit zwischen den Branchen oder im Sinne der gerechteren Arbeitsverteilung.

Schliesslich sind die hier geschilderten Verhältnisse sprachkulturell verschieden: In der italienischen Schweiz ist die Unterstützung der Arbeitszeitverkürzung generell grösser als in der französischen und hier grösser als in der deutschen Schweiz. Sogar unter den Kantonen ergibt sich eine fast unveränderte Reihenfolge, wenn Arbeitszeitvorlagen der letzten 12 Jahre als Vergleich herangezogen werden. Diesmal blieb gerade noch der Spitzenreiter in der Romandie (JU) und der Kanton Tessin über der 50 Prozent-Hürde.

Die NA-Initiative zur *Begrenzung der Einwanderung* erhielt keine Ständesstimme und nur 32,7 Prozent Ja-Stimmen. Damit endete auch die fünfte Überfremdungsabstimmung innert 20 Jahren mit einem Nein.

Als Grund für das vergleichsweise klare Nein sei vor allem die abnehmende Konfliktintensität bei Ausländerfragen genannt. Tiefgreifende gesellschaftliche Spaltungen wie in den 70er Jahren fanden sich nicht mehr. So stimmten auch die ArbeiterInnen und die Bauernschaft diesmal mehrheitlich gegen die Vorlage. Leichte Differenzierungen zum einheitlichen Gesamtbild ergaben sich nur noch entlang der Schulbildung und des Alters. Die Politisierung der NA-Initiative ist typisch für das Konsens-Modell bei Abstimmungen: Die vier Regierungsparteien wenden sich gegen ein Begehren eines Aussenseiters; jeweils rund zwei Drittel ihrer AnhängerInnen unterstützen sie im vorliegenden Fall. Auch die parteipolitisch Ungebundenen waren kein Potential für die NA (67% Nein). Klar fremdenfeindliche Motive prägten das Ja-Lager. Humanitäre Beweggründe und Kosten/Nutzen-Überlegungen dagegen waren für die Nein-Stimmenden typisch.

Der abnehmende Konflikt um die AusländerInnen zeigt sich auch in der rückläufigen Mobilisierung. Ergaben sich in den 70er Jahren noch Beteiligungswerte über 70 Prozent, gingen am 4. Dezember noch 52,7 Prozent an die Urne. Auch von der persönlichen Betroffenheit unterscheidet sich die NA-Initiative kaum mehr von den beiden anderen Vorlagen vom 4. Dezember. Die Kombination der drei Vorlagen hat die besondere Mobilisierung bewirkt. Typische Repräsentationsdefizite wurden dadurch ausgeglichen, ohne ganz zu verschwinden.

Die vorliegende 36. *VOX-Analyse* beruht auf einer repräsentativen Umfrage unmittelbar nach der Abstimmung bei 1020 mündigen BürgerInnen. Entstanden ist sie wiederum in Zusammenarbeit des GfS-Forschungsinstituts mit dem Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern.

UNIVOX-THEMATIK

I A Gesellschaft

Ausländerintegration : geforderte Anpassung, Toleranz der Eigenart 1, 86, 88 – Kontaktarmut, soziale Isolation 2, 86 – Formen des Zusammenlebens : allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, verheiratet, Konkubinät 3, 86, 87, 88 – Interessengegensätze zwischen verschiedenen Gruppen : Arbeitgeber / Arbeitnehmer, Leuten mit Volksschulbildung / Akademikern, Leuten mit Kindern / Leuten ohne Kinder, Jungen / Alten, Männer / Frauen, Erwerbstätigen / Rentnern 4, 86, 87, 88 – Ehe und Heirat : Sicherheit, Ehe und Konkubinät im Vergleich, Ehe auf Probe 5, 86, 87 – Ansichten zu Beruf und Familie, Rollenteilung, Doppelbelastung Beruf und Haushalt 6, 86, 87, 88 – Ansichten zur optimalen Familiengrösse 7, 87 – soziale Ungleichheit : Einkommensverteilung, Berechtigung von Einkommensunterschieden 8, 87 – Akzeptanz bezüglich des Ausländerstimmrechtes auf Gemeindeebene 9, 88 – Gefühl der Verunsicherung / Orientierungslosigkeit anhand einer Anomie-Skala 10, 88.

I B Wohnen

Bewertung der Wohnungseigenschaften : Grösse, Komfort, Helligkeit, Miete / Kosten, Verhältnis zum Vermieter / Nachbarn / Quartier, Nähe der Infrastruktur, Umgebung 8, 86, 87, 88 – Standort der Wohnung 1, 86, 87, 88 – Idealvorstellung von Wohnort (Stadt/Land) und Art der Wohnung (Einfamilien-/Mehrfamilienhaus) 2, 86, 87, 88 – Hausbesitz (Wunsch) 3, 86, 87, 88 – Wohnungsmarkt 4, 86, 88 – Rechte der Mieter, Mieterschutz 5, 86, 88 – Anzahl Zimmer der Wohnung 6, 86, 87, 88 – Mietzinsanteil des Einkommens 7, 86, 87, 88 – Stellenwert der Wohnqualität 9, 87, 88 – beabsichtigter Wohnungswechsel 10, 87, 88 – Stellenwert und Nutzung des städtischen Angebots (Einkauf, Freizeit) 12, 87 – Stadtleben : Unterhaltung oder Einsamkeit ? 13, 87 – Wohnungsrenovationen : Aufgabe des Hauseigentümers oder des Mieters ? 14, 88 – Verhältnis Mieter / Hauseigentümer : Gewünschte Konsultationen des Mieters vor Renovationen 15, 88 – Kostenverteilung von Renovationen auf Mieterwunsch : Kostenteilung, Selbermachen, Langzeitmietvertrag, Mieterhöhung 16, 88

I C Gesundheit

Heutiger Gesundheitszustand 1, 86, 87, 88 – Gesundheitszustand vor einem Jahr 2, 86 – Förderung der eigenen Gesundheit 3, 86 – Einschränkungen im täglichen Leben durch Krankheiten 4, 86, 88 – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 12 Monaten 5, 86 – Belastungen/Veränderungen im Leben 6, 86 – berufliche Belastung 7, 86 – Stellenwechsel 8, 86 – Lebensgewohnheiten : Ernährung, Bewegung, Erholung etc. 9, 86 – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 4 Wochen 10, 87, 88 – Arbeitsstunden pro Woche im Beruf 11, 87, 88 – Arbeitsstunden pro Woche ausserhalb des Berufs 12, 87, 88 – Arbeitsbelastung, Arbeitsdruck 13, 87, 88 – Wunsch nach Arbeitsreduktion und Stellenwechsel 14, 87, 88 – Einstellung gegenüber Gesundheit und Krankheit : Vererbung, Medikamenteneinnahme, Genuss versus Askese, Vorbeugung etc. 15, 87 – Gefühl in Notsituationen allein gelassen zu werden, kein Vertrauen in fremde Hilfe 16, 88 – Soziales Umfeld : Vertrauenspersonen, Wunsch und Realität 17, 88 – Freizeitaktivitäten in Vereinen und Geselligkeit 18, 88

I D Ausbildung

Wichtigkeit von Erziehungs-, Schul- und Bildungsfragen 1, 87, 88 – Kenntnisse der Einstellung politischer Parteien zu Erziehungs-, Schul- und Berufsbildungsfragen und deren Gewicht bei Wahlentscheiden 2, 87 – Stellenwert eines Eidgenössischen Fähigkeitsausweises 3, 87 – Stellenwert eines Universitätsdiploms 4, 87 – Bilanz der Schul- und Ausbildungszeit und berufsbegleitende Ausbildung 5, 87 – Bewertung von Aussagen / Zielen des schweizerischen Schulsystems und gewünschte Änderungen um diese Ziele zu erreichen : nötiges Allgemeinwissen, kritisches Gesellschaftsbild, Selbsterkenntnis, Berufskennntnisse, beruflicher Aufstieg, Matura möglich für jeden, Diplome nur für die Besten, den neuen Technologien angepasst, Grundkenntnisse 6, 87 – Schulreformen : Notwendigkeit, Ursache von Problemen mit Eltern / Schülern / Lehrern, Schulreform im eigenen Kanton 7, 87 – Stellungnahmen zu : Anzahl Schüler pro Klasse, zweite Nationalsprache in Primarschule, Unterrichtsmethoden in Mathematik, Einführung von Informatik, Lehrplan, obligatorische Schulzeit, Maturitätsalter, Praktika, Aufnahmeprüfungen an Universitäten, Stipendien 7, 87 – Weiterbildung : Besuch von Kursen (von der Firma aus), Initiative, Möglichkeiten zu Kursbesuchen, Hindernisse, Interessen und Nützlichkeit, Wünsche für die Zukunft, Finanzierung der Kurse 8, 88 – Selbstfinanzierung oder Fremdfinanzierung einer Ausbildung 9, 88 – öffentliche Schulen versus Privatschulen : Erfolgchancen der guten, der schwachen Schüler, Unterrichtsmethoden, Schulgelder, Ausbildung der Lehrer, pädagogi-

sche Erziehung 10, 88 – Akzeptanz der Privatschulen 11, 12, 88 – Akzeptanz eines Steuerabzuges bei Ausgaben für Privatschule 13, 88 – Finanzierung der Privatschulen, freie Wahl der Schule 14, 88 – Wissen / Schulbildung: Testfrage 15, 88

I E Kultur

Identifikation mit Objekten verschiedener Epochen / Zeiten 1, 86 – allgemeines kulturelles Interesse 2, 86, 87 – kulturelle Situation in der Schweiz 3, 86, 87 – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen: Häufigkeit, verschiedene Arten wie Fussballmatch, Chibli, Alpaufzug, Opernabend etc. 4, 86 – Bewertung der einzelnen Kulturträger 5, 86 – Kulturpolitik der politischen Parteien 6, 86 – Kulturförderung: Aufgabe von Bund / Kantonen / Gemeinden / Privaten 7, 86 – Kulturinitiative 8, 86 – Massnahmen der Kulturpolitik – Einrichtung von Museen / Bibliotheken / Theater, Subventionen für Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen, Verzicht auf öffentliche Unterstützung 9, 86 – Nutzung des kulturellen Angebotes in grossen Städten, in der Region und am Wohnort 10, 87 – Ablehnung des Kredites für die CH 91 11, 87 – Massnahmen der öffentlichen Hand: Förderung von schweizerischen Werken in den Kultursprachen, Dialektförderung, Werkübersetzungen, Steigerung des Kulturteiles in den öffentlichen Medien, Förderung des schweizerischen Films 12, 87 – Künstlerische Fächer an Schulen 13, 87 – Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Schriftsteller 14, 87 – kulturelle Präferenzen 15, 87 – Nutzen von Aufwendungen für kulturelle Zwecke 16, 87 – Vertrauen in Kulturfragen zu den politischen Parteien 17, 87 – Einfluss von Engagement in Kulturfragen bei Wahlentscheidungen 18, 87 – Einschätzung der kulturellen Situation gestern und heute 19, 88 – Interesse an der Kultur, Stellenwert im Leben 20, 88 – Zugehörigkeit zur kulturellen Gemeinschaft: regional, schweizerisch, europäisch, global 21, 88 – Ansichten zu verschiedenen Massnahmen im Kulturbereich: Erhöhung des Kulturteiles in den elektronischen Medien, finanzielle Anreize für den Schweizerfilm, Übersetzung einheimischer Autoren, Förderung der Dialekte, Anreiz für Werke in verschiedenen schweizerischen kulturellen Gemeinschaften, kulturelle Expansion im Ausland / Schaffung von ständigen Zentren 22, 88 – Neue Organisation der CH 92: Pluralismus oder nationale Einheit? föderative Struktur positiv oder negativ? sparsam oder knausrig? 23, 88 – persönlicher Nutzen der Ausgaben für Kultur 24, 88 – Beurteilung der Ablehnung der Olympischen Spiele in Lausanne 25, 88 – Weiterverfolgung der Ziele der Kulturförderung 26, 88

I F Freizeit

Freizeit: Privatsache oder Aufgabe der öffentlichen Hand? 1, 86 – Unterstützung von Initiativen: Schaffung von Grün- und Freifläche für Kinder, Sportanlagen für jedermann, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schulhöfe als Freizeitstätten, Parks, Schaffung von Wohnstrassen, Umwandlung von Rasenflächen in Nutzgarten 2, 86 – Einkommen versus Freizeit 3, 86 – Ausgaben im Freizeitbereich: Reisen, Auto, Video, Bücher, Ausgehen, Wohnungseinrichtung, Sportausrüstung, Heimwerken, Weiterbildung, Sparen 4, 86 – Freizeitaktivitäten: Fernsehen, Zeitungen / Bücher lesen, nichts tun, Spaziergehen, Einkaufen, Besuche, Radio hören, Familie / Kinder, Reisen, Garten, Basteln, Sport, Weiterbilden, Nebenverdienst 5, 86 – bevorzugte Tätigkeiten bei Arbeitsreduktion 6, 86 – Zufriedenheit mit Leben, Freizeit und Arbeit 7, 14, 87 – Arbeitszeit 8, 87, 88 – Stellenwert der Freizeit 9, 87 – Ausgaben bei mehr Freizeit 10, 87 – Einschränkungen im Freizeitbereich bei kleinerem Einkommen 11, 87 – wachsendes Freizeitkonsumangebot 12, 87 – Faktoren einer befriedigenden Freizeitgestaltung: Länge der Freizeit, Geld, andere Leute, Wetter, Angebot, Beruf, Eigeninitiative, flexible Arbeitszeit 13, 87 – Häufigkeit der Ausübung einzelner Freizeitaktivitäten: Basteln, Gärtnern, Reparieren, Mitarbeit in Parteien, Vereinen und sozialen Organisationen 15, 87 – Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten 16, 87 – Entwicklung des Umfangs der Freizeit 17, 88 – Abgrenzung zwischen Freizeitaktivität und Arbeit: Weiterbildung, Essen, Lesen, Gartenarbeit, Einkaufen, Fernsehen, Körperpflege, Kochen, soziale Tätigkeit, Schlafen 18, 88 – Belastungen in der Freizeit: Verkehrsstau, familiäre Verpflichtungen, Pflichtbezüge, Gedränge / Schlangenstehen, Lustlosigkeit, Lärmbelästigung, schlechtes Fernsehprogramm 19, 88 – Zufriedenheit mit Umfang der Freizeit 21, 88 – Präferenzen bezüglich Arbeitszeitreduktion, Einkommenserhöhung 22, 88 – Präferenzen bei einer individuellen Regelung der Freizeit: Teilzeitarbeit, gleitende Arbeitszeit, unbezahlter Urlaub, Schichtarbeit, flexible Pensionierung, Kompensation der Überzeit als Freizeit 23, 88 – gewünschtes Wochenarbeitspensum 24, 88 – Verwendung von zusätzlicher Freizeit für: Geselligkeit, Familie, Hobby, TV, Weiterbildung, politisches oder soziales Engagement, Reisen 25, 88

I G Verkehr

Emissionen des Verkehrs, Massnahmen zu ihrer Eindämmung 1, 87 – Verfügbarkeit von verschiedenen Verkehrsmitteln: Velo, Mofa, Motorrad, Auto 2, 87 – Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln:

Erreichbarkeit, Bedienungsfrequenz 3, 87 – Prioritäten der Verkehrsgestaltung : Arbeits-, Schul-, Einkaufswege für Freizeit, Wirtschaft und Industrie, Verhinderung von Unfällen, Schutz der Umwelt, Komfort, Strukturpolitik 4, 87 – verschiedene Verkehrsbedürfnisse : Komfort, Erschliessung, Benützung privater Verkehrsmittel, Kosten, Unabhängigkeit vom Fahrplan, Gepäckmitnahme 5, 87 – Bewertung von autofreien Sonntagen, Benzinrationierung, Pfortneranlagen, Geschwindigkeitsreduktion, Öko-Bonus, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, Riegel, Sperren 6, 87 – Benützung der verschiedenen Verkehrsmittel für Arbeitsweg, Einkauf, Beruf, Freizeit : Velo, Mofa, Motorrad, Auto, Tram, Bus, Postauto, SBB, Lkw 9, 88 – Vorteile und Nachteile der Motorisierung 10, 88 – Umweltschutz und Auto : Anreize zur Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel, Auto und Freiheit, Umweltschutz als Staatsaufgabe 11, 88 – Beeinträchtigung der Umwelt durch den Verkehr : Gewässerverschmutzung, Lärm, Landschaftsbild, Luftverschmutzung, Zerschneidung von Dörfern und Quartieren 12, 88 – gewünschte Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel : Tarifpolitik, Steuergelder, Benzinsteuern, Unterhalt der Infrastruktur durch den Staat 13, 88 – Autobenenützung 14, 88 – Bereitschaft zu umweltfreundlichem Verhalten : Verzicht auf Autobenenützung (öffentliche Verkehrsmittel), Verzicht auf Mobilität, Geschwindigkeitsreduktion, schonendes, rücksichtsvolleres Autofahren, Motorabstellen bei Rotlicht, Katalysator-Auto15, 88 – gewünschte Kostenverteilung im Verkehr : Internalisierung der externen Kosten im privaten und öffentlichen Verkehr, Eigenwirtschaftlichkeit des öffentlichen und privaten Verkehrs 16, 88

I H Kommunikation

Mediennutzung : Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher 1, 86, 87 – Nutzung von : Tagesschau / Nachrichten, Informationssendungen, Unterhaltung, Lokalteilen, Illustrierten / Zeitschriften, Fachbüchern 2, 86 – Organisationsform der SRG 3, 86 – Bekanntheit neuer Medien 4, 86 – Nutzung von : Kabelfernsehen, Videorecorder, Satelliten-TV, Videotex, Pay-TV 5, 86, 87 – Zufriedenheit mit Programm von SRG-Fernsehen, ausländischen TVs, SRG-Radio, Lokalradios, Zeitungen 6, 86, 88 – Änderungswünsche in bezug auf Medien und deren Angebote 7, 86 – Bekanntheit des für den Medienbereich zuständigen Departements 8, 86 – Bekanntheit von medienpolitischen Fragen 9, 86 – Nutzung von : Tagesschau / Nachrichten, politischen Informationssendungen, Kultur / Bildung / Wissenschaft, Ratgebersendungen, Sport, Quiz / Spielen, Familienserien, Musik, Abenteuer- und Spielfilmen, Regionalem, Illustrierten / Zeitschriften, Fachbüchern 10, 87 – Mediennutzung : Häufigkeit von Fernsehen, Radiohören, Zeitunglesen 11, 87 – Fernsehempfang durch Antenne / Kabelfernsehen, Teletext, Anzahl Sender, Einschaltquote einzelner Sender 12, 87 – Zufriedenheit mit TV-Angebot, gewünschter Sender für zusätzliche Programme, gewünschte zusätzliche Programme : Aktuelles, Politik, Regionales, Kultur / Bildung / Wissenschaft, Ratgebersendungen, Sport, Quiz / Spiele, Familienserien, Abenteuer- und Spielfilme 12, 87 – Besitz und Nutzung von Videorecordern : Kauf, Entlehnung, Selbstaufnahme 14, 87 – Teleclub-Mitglied 15, 87 – Besitz und Nutzung von Personal Computern : Textverarbeitung, Buchhaltung, Programmierung, Weiterbildung, Spiele 16, 87 – Wichtigkeit / Stellenwert der verschiedenen Medien : schweizerisches Fernsehen und Radio, ausl. TV, Lokalradios, Zeitungen, Zeitschriften, Büchern 17, 88 – Informations- und Unterhaltungswert der einzelnen Medien 18, 88 – Glaubwürdigkeit der politischen Berichterstattung des schweizerischen Radios und Fernsehens, Lokalradio, Zeitungen und Zeitschriften 19, 88 – Unabhängigkeit der Journalisten in diesen Medien 20, 88 – Verständlichkeit der Berichterstattung in diesen Medien 21, 88 – Interesse an Informationen über Lokalpolitik, Politik im In- und Ausland 22, 88

II Umwelt

Usachen des Waldsterbens 1, 86, 87, 88 – Kenntnisse über Vorschriften zum Umweltschutz 2, 86, 14, 87 – technischer Fortschritt, Lösung für Umweltprobleme, Tragbarkeit der Kernenergieisiken, Notwendigkeit von Verhaltensänderungen, Technologiegläubigkeit, Umweltbelastung als Preis für Wohlstand 3, 86, 88 – Einfluss verschiedener Gruppen im Umweltschutz 4, 86 – gewünschter Einfluss im Umweltschutz von Gewerbe / Industrie, Natur- und Umweltschutzverbänden, Wissenschaftlern / Technikern, Bundesrat / Kantonsregierungen, politischer Parteien, betroffener Bevölkerung, Gewerkschaften 5, 86 – Kostenträger des Umweltschutzes : direkte oder indirekte Steuern ? Bereitschaft, Aufschlag auf Einkommenssteuer zu zahlen 6, 86, 87, 88 – Bereitschaft, Mehrkosten für Heizung in Kauf zu nehmen 7, 86, 87, 88 – Staatsausgabenreduktion zugunsten des Umweltschutzes : ja / nein, in welchen Bereichen ? 8, 86, 87, 88 – Verhaltensänderungen wegen Umweltschutz (selber / andere), Bereitschaft, eigenes Verhalten zu ändern : Benützung öffentlicher Verkehrsmittel, Motor abstellen bei Rotlicht, Beachtung des Stromverbrauches bei Neuausschaffungen, Unterstützung von Umweltorganisationen, Mitmachen an Umweltschutzaktionen, Verzicht auf umweltschädliche Produkte, Vermeidung von Abfall / Pollution,

Katalysator 9, 86, 87, 88 – zukünftige Gesellschaftsentwicklung : 1. Priorität : Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz? Bereitschaft zu Risiken für Wohlstand, menschliche Qualitäten oder Leistungsgesellschaft? menschliche Bedürfnisse oder wirtschaftliche Bedürfnisse? demokratische Entscheidungsstruktur oder Delegation an Behörden? 15, 87 – notwendige Massnahmen der Behörden : Lärmbekämpfung, Gewässerschutz, Raumplanung, Abgasreduktion von Heizungen, Industrie und Autos, Abfallbeseitigung, Landwirtschaft, Energiesparen, Naturschutz, Bodenschutz, Förderung des öffentlichen Verkehrs, radioaktive Strahlung 16, 87, 88 – Informationsquellen über Umweltfragen : Zeitungen, elektronische Medien, Familie / Bekannte, Arbeitskollegen, Fachliteratur, Vorträge, Interessengruppen 17, 87 – Zustimmung / Ablehnung bezüglich des Ausstiegs aus der Kernenergie bis zum Jahre 2025 und des Baus von Kaiseraugst 18, 88 – Raumtemperatur 19, 88 – Abfallbeseitigung (Kompost, Glas, Papier, Batterien) 20, 88 – Velobesitz und Benutzung zum Arbeiten und Einkaufen 21, 88 – Stellenwert der Belastungen durch den Verkehr : Luftverschmutzung, Strassenlärm, Sicherheit 22, 88

II A Staat

Zufriedenheit mit dem Leben (allg.) und der schweizerischen Politik 1, 86, 87, 88 – Erfahrungen mit staatlichen Stellen : Steuerverwaltung, PTT, Gemeindeverwaltung, Verkehrsbetriebe, Polizei, Strassenverkehrsamt, Armee 2, 86, 87 – Einstellung zu Föderalismus, Kollegialregierung, Konkordanz, Milizparlament, Sozialpartnerschaft, Referendum, Volksinitiative, Vernehmlassungsverfahren 3, 86, 87, 88 – dringliches Problem zuhanden des Bundesrates 101, 86, 87, 88 – Fähigkeit des Staates, politische Probleme zu lösen 4, 86, 87, 88 – Ausdehnung der Staatstätigkeit 5, 86, 87 – neue Staatsaufgaben, Gebiete, wo kleinere Staatstätigkeit gewünscht 6, 86, 88 – Aufgabenteilung zwischen Bund / Kantonen / Gemeinden : Polizei, Aussenpolitik, Landesverteidigung, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialversicherungen, Raumplanung, Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Forschung 7, 86 – Föderalismus : Verbindung für verschiedene Sprachgruppen, Brücke für konfessionelle Gegensätze, Ausgleich zwischen Stadt / Land, Autonomie für Regionen, Ausgleich zwischen arm / reich 8, 87 – Notwendige Stärke des Bundesrates zur Lösung von dringlichen Problemen 9, 88 – staatliche Tätigkeit : gewünschter Weiterausbau bzw. Verminderung 10, 88 – gewünschte staatliche Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden 11, 88 – Bundesratswahl durchs Volk 12, 88 – Massnahmen zur Entlastung des Bundesrates wie Ausbau des persönlichen Stabes, Staatssekretär zur Übernahme administrativer Aufgaben oder von Repräsentationspflichten, gleichmässige Aufteilung der Bundesämter auf die Departemente 13, 88

II B Direktdemokratische Einrichtungen

Politisches Interesse 1, 86, 87, 88 – Parteisympathien 2, 86, 87, 88 – Beurteilung der Parteien bezüglich Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer-, Finanz- und Medienpolitik 7, 86, 87 – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen 9, 86, 87 – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen : Parteiprogramme, Sachfragen, Personen 11, 86 – Diskussionshäufigkeit über Politik in Familie, Schule, Freundes- und Bekanntenkreis 8, 86 – Schweizer Stimm- und Wahlrecht und die Einflussmöglichkeiten in der Politik 5, 86 – Einstellung gegenüber Reformen 4, 86 – Machtzentren in der Schweiz : Bundesrat, Parlament, Gerichte, Verwaltung, Wirtschaft und Lobbies, Gewerkschaften, Parteien, Kantone, Volk 6, 86, 87 – Vertrauen in die Regierung 3, 86, 87 – Selbsteinschätzung des politischen Standpunktes zwischen rechts und links 12, 87, 88 – Bereitschaft zur politischen Aktivität : Unterschriften sammeln, Teilnahme an Demonstrationen, Konsumboykott, Streiks, Parolen an Hauswand malen, physischer Widerstand gegen die Polizei, Leserbrief schreiben, Bekannte in politische Gespräche verwickeln, Bürgerinitiativen 13, 87 – Gewinnchancen verschiedener Parteien bei Wahlen 14, 87 – Stärke der Parteibindung bzw. der Parteungebundenheit 15, 88 – Positive Punkte der bevorzugten Partei 16, 88 – Dringlichkeit der Parlamentsaufgaben wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Schutz der Meinungsäusserung, betriebliche Mitbestimmung der Angestellten, Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, Umweltschutz 17, 88

II C Recht

Rechtskenntnisse : Vereinsrecht im OR, ZGB, BV oder Vereinsgesetz? 1, 86 – Rechtskenntnisse : Rückzugsrecht bei Verträgen, Häufigkeit von Vertragsabschlüssen, Vertragsarten, Verbindlichkeit von mündlichen Verträgen 2, 86 – Wichtigste Aufgabe des Rechts 3, 86 – Stellenwert und Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz 4, 5, 86 – Vertrauenswürdigkeit von Juristen : Richtern, Verwaltungsjuristen, Anwälten, Notaren, privatwirtschaftlich tätigen Juristen, wissenschaftlich tätigen Juristen 6, 86 – wichtigste Aufgabe des Strafrechts : Vergeltung, Schutz vor Verbrechen oder Wiedereinglie-

derung von Straftätern? 7, 86 – Totalrevision der Bundesverfassung: Notwendigkeit, sprachliche und/oder inhaltliche Revision? 9, 86 – Verhalten im Konfliktfall: Flucht, Gespräch, Gerichtsklage 10, 86 – Beachtung / Einhaltung von Gesetzesvorschriften, Gründe: Angst vor Sanktionen, Autoritätsgläubigkeit, Notwendigkeit für Zusammenleben 11, 86 – Völkerrecht: Unerlässliche Basis für weltweiten Frieden? Erwartungen, Rolle der Schweiz 12, 86 – Vorstellung von Menschenrecht / Grundrecht, Nennung einzelner Menschenrechte 13, 87 – Berechtigung der Einschränkung von Menschenrechten: nie, nur im öffentlichen Interesse, durch Behörden 14, 87 – Verwirklichung der Rechtsgleichheit 15, 87 – Gesetzesfülle: zuviel oder zuwenig? 16, 87 – Bereiche mit zu vielen Gesetzen: Steuerrecht, Strassenverkehrsrecht, Baurecht, Arbeitsrecht, Eherecht, Umweltschutzrecht? Bereiche mit zu wenig Gesetzen 17, 87 – Umweltschutzrecht: Verbote, Anreize, Kontrollen, Strafen 18, 87 – Rechtsunterricht in Schulausbildung, Berufsausbildung, Studium 19, 87 – vermehrte Ausbildung in Rechtsfragen? 20, 87 – Interesse an Rechtsfragen 21, 87 – Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen / Organisationen 22, 88 – Anzahl der Vereinsmitgliedschaften 23, 88 – Mitglied des Vorstandes eines Vereins 24, 88 – Unterstützung durch den Verein 25, 88 – Vorstellung von der schweizerischen Neutralität 26, 88 – Kenntnisse über die Grundlagen der schweizerischen Neutralität 27, 88 – Ansichten bezüglich der Verpflichtungen durch die Neutralität: aktive Landesverteidigung, Verbot der Waffenausfuhr in Krisengebiete, Import militärischen Materials, Abschluss von militärischen Bündnissen, Vermittlung in internationalen Konflikten, Blockunabhängigkeit, Flüchtlingsaufnahme, Entwicklungshilfe, Verhalten der Schweizer im Ausland, Berichterstattung über das Ausland in inländischen Medien, Proteste der Bundesbehörden gegen politische Ereignisse im Ausland, Gleichbehandlung der Handelspartner 28, 88 – Neutralität und Aussenhandel 29, 88 – Beitritt zur EFTA bzw. EG bzw. UNO und die Neutralität 30, 31, 32, 88 – das Wichtigste an der schweizerischen Neutralität 33, 88 – Vorstellung einer nicht neutralen Schweiz 34, 88

II D Staatsfinanzen

Verteilung der Staatsfinanzen: Entwicklungshilfe, Landesverteidigung, Bildungswesen, Forschung, Altersvorsorge, Gesundheitswesen, Strassenbau, Abfallwirtschaft, Pollution 1, 86, 87, 88 – Massnahmen bei Defiziten von Bund / Kantonen / Gemeinden: Erhöhung der Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer, Kreditaufnahme oder Reduktion der Ausgaben 2, 86 – Steueramoral im Vergleich zum Beispiel Versicherungsbetrug, Angabe von Nebeneinkommen / Vermögen 3, 86 – Gründe/Rechtfertigung von Steuerhinterziehung: Inflation, zu hohe Staatsausgaben, zu hohe Steuern, Sanktionen, Begünstigung der Reichen durch Steuersystem, Ehrlichkeit, da keine andere Wahl, Risiko, erwünscht zu werden, ist gering, schadet direkt niemandem, Kavaliersdelikt, Bürgerpflicht 4, 86, 88 – Ausgaben im Umweltbereich: zur Information des Verbrauchers, Ausstattung der Behörden zur verbesserten Kontrolle, Förderung der Forschung von Hochschulen / Privatwirtschaft, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beseitigung von Umweltschäden, Subventionierung umweltfreundlichen Verhaltens, Umweltexperten als Berater des Bundesrates 5, 87 – Kenntnisse über staatliche Einnahmequellen: Einkommens- und Vermögenssteuer, Ertragssteuern, Liegenschaftssteuern, Vermögensgewinnsteuern, Verrechnungssteuern, Erbschaftssteuern, Handänderungssteuern, Stempelabgaben, Warenumsatzsteuern, Tabaksteuern, Treibstoffzölle, Motorfahrzeugsteuern 6, 87, 88 – Kenntnisse über Staatsausgaben: Verwaltung, Rechtspflege, Polizei, Beziehungen zum Ausland, Landesverteidigung, Unterricht/Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Raumplanung, Verkehr / Energie, Landwirtschaft, Finanzausgaben 7, 87, 88 – Erhöhung / Reduktion der Verkehrsausgaben: Autobahnen / Nationalstrassen, übriger Strassenbau, Leistungsangebot und Tarifierleichterungen des öffentlichen Verkehrs, Bekämpfung der Immissionen, Verkehr allgemein 8, 87 – Nutzen einzelner Aufgabenbereiche: Landesverteidigung, Unterricht / Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Verkehr, Landwirtschaft 9, 87, 88 – Akzeptanz einer Energiesteuer 10, 88 – Akzeptanz der Höhe einer Energiesteuer (in Prozenten) 11, 88 – Steuergelder: Bund ist haushälterisch / verschwenderisch 102, 86 – Steuerbelastung in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland 103, 86 – persönliche Bilanz: Steuerbelastung / Staatsleistungen 104, 86, 88

II E Sozialversicherung

Anteil der Sozialversicherung an der Lohnsumme 1, 86, 88 – Bedrohung des finanziellen Gleichgewichts der AHV 2, 86, 88 – Sanierungsvorschläge für die AHV: Beitragserhöhungen für Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Staatsbeiträge, Rentenkürzungen 3, 86 – ideales Rentenalter für Frauen und Männer 4, 86, 88 – bevorzugte Altersvorsorgesysteme: 3-Säulen-Prinzip versus Volkspension 5, 85 – Anteil der Krankenkassenprämien an Gesundheitskosten 6, 86 – Bereitschaft zum Beitritt bei Gesundheitskassen (HMOs): Um wieviel müsste die Prämie niedriger sein? 7, 86 – Bereitschaft zum Beitritt (HMO), wenn Hausarzt Mitglied wäre 8, 86 – Selbstbeteiligung in der Krankenkassenversicherung: Erhöhung / Sen-

kung, bisherige Regelung, Wahl zwischen verschiedenen Selbstbeteiligungsgraden, Bonus-Malus-System 9, 86 – für/gegen Ausbau der Sozialversicherungen 10, 87 – Kenntnisse über Abzüge im Rahmen der Selbstvorsorge (3. Säule) 11, 87 – zivilstandsunabhängige AHV-Renten 12, 87 – Kinderbonus in der AHV 13, 87 – Dringlichkeit der Freizügigkeit beim Stellenwechsel (Pensionskassen) 14, 87 – obligatorisches Mutterschaftstaggeld: dafür / dagegen 15, 87 – Mutterschaftsversicherung: dafür / dagegen, Finanzierung über Lohnprozente, Steuern, Kopfprämien oder freiwillige Privatversicherung 16, 87 – Konkurrenz der amerikanischen Luxuskliniken nützlich oder schädlich? Stellungnahme zum Recht der Kantone, bestimmen zu können, welche Spitäler Krankenkassenleistungen beanspruchen dürfen 17, 87 – heutiges System der Entschädigung der Ärzte nach Einzelleistungen erhöht die Behandlungskosten: ja / nein, Befürwortung von alternativen Entschädigungsmodellen 18, 87 – Beurteilung des Versorgungsgrades in der Langzeitpflege von Betagten in Spitälern, Heimen, zu Hause, Schutz vor finanzieller Belastung 19, 88 – persönliche Bereitschaft zur Hilfe an Betagten 20, 88 – Zustimmung / Ablehnung bezüglich Einführung einer Langzeitpflegeversicherung auf obligatorischer oder freiwilliger Basis und deren Finanzierung durch Steuern, Prämien, Subventionen 21, 88 – Einsparungsmöglichkeiten in Gesundheitswesen: Spitalbereich, bei den Ärzten, bei den Medikamenten, durch kostenbewusstere Haltung der Patienten 22, 88 – Akzeptanz von verschiedenen Finanzierungsarten für die Sozialversicherungen: Lohnprozente, Einkommenssteuer, Prämien, Verbrauchssteuern 23, 88 – geschätzter Anteil der Alters- und Invalidentrentner an der Bevölkerung 24, 88

III A Landwirtschaft

Einkaufen: Welches Haushaltmitglied kauft die Nahrungsmittel? 1, 86 – Nahrungsmittelkauf: schweizerische Landwirtschaftsprodukte im Verhältnis zu ausländischen in bezug auf Preis, Qualität, biologischen Anbau 2, 86, 87, 88 – Erhaltung der Landwirtschaft für Selbstversorgung im Krisenfall 3, 86 – Landschaftspflege: Aufgabe der Landwirtschaft, des Tourismus oder von Landschaftsgärtnern, Erhaltung der Berglandwirtschaft 4, 86, 87, 88 – profitierende Gruppen der Agrarpolitik: Klein-, Grossbauern, Tal-, Berglandwirte, Händler, Grossverteiler, Detailhandel, Tourismus, Konsument 5, 86 – Kostenträger der Landwirtschaftspolitik: Steuerzahler, Konsument, Bund 6, 86 – Förderungswürdigkeit verschiedener Betriebsformen: Gross-, Kleinbetriebe, biologische Betriebe, flächenunabhängige Grossbetriebe 7, 86, 87 – Förderung einer naturnahen Landwirtschaft durch Steuer auf Nahrungsmitteln 8, 87, 88 – Bereitschaft, Milch von mit Hormonen behandelten Kühen zu kaufen 9, 87, 88 – Auswirkungen auf den Konsum von Milchprodukten durch nicht nachweisbare Hormonbehandlungen 10, 87, 88 – biotechnologische und gentechnologische Methoden in Pflanzenanbau / Tierhaltung zur Qualitätsverbesserung von Nahrungsmitteln, Steigerung der Milch- und Mastleistung, Krankheitsverhinderung, Krankheitsbekämpfung, Ertragssteigerung im Pflanzenbau, Sortenverbesserung, Schädlingsbekämpfung 11, 87, 88

III B Wirtschaft

voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz 101, 86, 88 – Branchen der schweizerischen Wirtschaft 102, 86, 88 – bedeutendste Schweizer Firmen im Ausland 103, 86, 88 – Ruf der Schweizer Firmen im Ausland 104, 86, 88 – Verhältnis des ausländischen Firmenbesitzes in der Schweiz zum schweizerischen Firmenbesitz im Ausland 106, 86, 88 – Beurteilung von Prosperität, Löhnen und Zukunftschancen in Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textil- / Schuhfabrikation, Handel, Unterricht / Wissenschaft, Versicherungsgesellschaften, Maschinen- / Apparateindustrie, Nahrungs- / Genussmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr / Nachrichtenübermittlung, Öffentliche Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie / Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Bauwirtschaft, Holz / Möbelindustrie, Papierindustrie 108, 86 – Beurteilung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft 109, 86, 88 – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft führend ist 110, 86, 88 – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft nicht mehr an der Spitze ist 111, 86, 88 – Welche Produkte werden in der Schweiz besser produziert als im Ausland? 112, 86, 88 – Konjunkturabhängigkeit, persönliche Auswirkungen bei schlechter Konjunktur 114, 86, 88 – Branchen / Firmen mit gesellschaftlichem Engagement 115, 86 – Assoziationen zu «Wirtschaft»: Persönlichkeiten, bekannte Firmen 131, 87 – Bekanntheit von Dollarkurs 132, 87 – Bekanntheit von Mitgliedschaft der Schweiz in der EFTA, Informationsquellen für Wirtschaftsfragen 133, 87 – Schätzung der Mitarbeiterzahl von schweizerischen Grossfirmen 134, 87 – Bekanntheit der grössten Gewerkschaft der Schweiz 135, 87 – Schätzung der Arbeitslosenzahl in der Schweiz 136, 87 – Interesse an Themen in den Medien: Weltgeschehen, Eidgenossenschaft, Region, Wirtschaft, Sport, Unfälle / Verbrechen, Auto, Medienprogramme, Wissenschaft / Forschung, Ferien / Reisen, Kultur, Roman, Film, Bücher, Religion 137, 87 – quantitatives und

qualitatives Wachstum und ihre Förderungswürdigkeit 139, 87 – Hauptvorteile und Hauptnachteile eines EG-Beitrittes 167, 88

III C Arbeit

Arbeit und Leistungsbereitschaft 1, 86 – Verzicht zugunsten der Arbeit, auch im Verhältnis zum Verdienst 2, 86, 87, 88 – Vor- und Nachteile der Berufsarbeit : Betriebsklima (Mitarbeiter / Vorgesetzte), Selbständigkeit, interessante Tätigkeit, Einrichtung des Arbeitsplatzes, Sozialleistungen, Verdienst, schlechte Luft, Gehetze, körperliche Anstrengung, Aufstiegsaussichten, psychische Belastung, Monotonie, Verantwortung, Staub, Schmutz, Lärm, Gefahren, Witterungsabhängigkeit 3, 86, 87 – Zufriedenheit mit der Zahl der Arbeitsstunden 4, 86, 87 – Arbeitsmotivation : Selbstverwirklichung, Verdienst, Zufriedenheit 5, 86 – Führungsstil der Vorgesetzten : Befehlen oder Überzeugen 6, 86 – Prioritäten bei der beruflichen Arbeit : Aufstiegsmöglichkeiten, Verantwortung, Sozialleistungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Verhältnis zu Arbeitskollegen, Lohn, Anerkennung, Vorgesetzte, Kreativität, Führungsaufgaben, Mitgestaltung des Arbeitsplatzes, Entwicklungsmöglichkeiten der eigenen beruflichen Fähigkeiten, regelmässige Arbeitszeit, gesellschaftliches Ansehen, Weiterbildungsmöglichkeiten, interessante Aufgaben 7, 86, 87, 88 – Computer am Arbeitsplatz 106, 86 – Vor- und Nachteile des Computers 107, 108, 86 – ideales Pensionsalter : Renten kürzung, flexible Altersgrenze, bisherige Regelung 8, 87 – Einschätzung des wissenschaftlichtechnischen Fortschritts : Nutzen oder Schaden ? 9, 87, 88 – Interesse an technischen Neuerungen 10, 87, 88 – Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn : Bisheriger Zustand, 40-Stunden-Woche oder zusätzliche Ferienwoche 11, 87 – Mitbestimmung in den Betrieben und ihre Auswirkungen : Arbeitsplatzgestaltung, Anstellungen, Beförderungen, Betriebsordnung, Personalführung, Arbeitszeit, Löhne, Unfallverhütung / Hygiene, Verkaufskonditionen, Absatzorganisation, Entwicklung neuer Produkte, Kauf von Maschinen, Gebäuden, Finanzen 12, 87 – Betroffenheit von Bildschirmarbeit 13, 88 – Ansichten zu persönlichem Arbeitseinsatz, Bedrohung durch AKWs, Notwendigkeit von AKWs und Computern 14, 88 – Risikobereitschaft und technischer Fortschritt 15, 88 – zunehmende Anwendung von Computern : Vereinfachung bzw. Komplizierung durch Computer, Einfluss auf Selbstentfaltung, zwischenmenschliche Kontakte, Kreativität und Belastung 16, 88

III D Markt

Begriff Markt, Bekanntheit verschiedener Märkte 1, 86 – Bezeichnung des schweizerischen Wirtschaftssystems und des Systems sozialistischer Länder, Begründung 2, 86, 87 – Urheber der tiefgreifenden Einschränkungen der Marktwirtschaft in der Schweiz 3, 86, 87 – Einstufung der Schweiz zwischen freier Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft 4, 86, 87 – Bekanntheit von Monopolen und Kartellen in der Schweiz 5, 86 – Einstellung zu Monopolen und Kartellen : Nutzen oder Schaden ? 6, 86 – Konsumentenschutz : Notwendigkeit oder Selbstverantwortung ? 7, 86 – Anschaffungen in den letzten zwölf Monaten wie Auto, HiFi / Stereoanlage / TV / Video / CD, Auslandsferienreise, Bankkonto, Versicherungspolice, elektrisches Haushaltgerät, Kleid / Anzug, Wohnungseinrichtung oder PC 8, 88 – Benutzte Informationsquellen / -arten vor der Kaufentscheidung wie Zeitungsinserate, Besuchen von Geschäften, Rat von Bekannten, Prospekte, Kataloge, Preislisten, schriftliche Offerten, Vergleich von Konkurrenzangeboten, TV-Werbung, Ausstellungen, Kurse, neutrale Testberichte, Verkaufsberatung (aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Anschaffungen) 9, 88 – Notwendigkeit / Berechtigung von Staatseingriffen in die Wirtschaft : In welchen Bereichen, in welchen nicht ? 10, 87 – Einstellung zur Werbung : Schaffung neuer Bedürfnisse oder Erhöhung der Markttransparenz ? 11, 87 – Vorstellung der Kriterien zur Preisbildung 12, 87 – Beachtung von Testresultaten der Konsumentenschutzorganisationen : gekaufte, nicht gekaufte Produkte 14, 87 – Preisüberwachung : Einstellung und persönliche Betroffenheit 15, 87 – Vorstellungen / Kenntnisse über die Börse 16, 88 – gewünschte Informationen über die Börse 17, 88 – Einstellung bezüglich der Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit am Beispiel der Werbung für Rechtsanwälte und Ärzte 18, 88 – Zufriedenheit mit erworbenen Produkten, Verhalten bei Mängel, Anlaufstelle für Reklamationen, Erfolg von Beanstandungen 19, 88

III E Geld

verschiedene Geldformen 1, 86, 87, 88 – Kenntnisse bezüglich Golddeckung des Schweizer Frankens 2, 86 – gewünschte Höhe der Golddeckung des Schweizer Frankens 3, 86 – Voraussetzungen für Geldwerterhaltung 4, 86 – Inflationsursachen 5, 86 – Beurteilungen ausländischer Währungen : BRD, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden, Grossbritannien, USA, UdSSR, Japan 6, 86 – verschiedene Sparformen 7, 86, 87, 88 – persönliche Spartätigkeit : Art der Ersparnisse, Sparziele 8, 86 – Inflationsrate in der Schweiz 11, 87, 88 – Bedeutung der Inflation 12, 87, 88 – Ursache der Inflation : instabile Wirt-

schaft, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, schwache Währung, Import-Export-Ungleichgewichte, Geldmengenerhohung 13, 87, 88 – Geldschaffung, Wertbestimmung des Geldes: Nationalbank, Grossbanken, Banken allgemein, Regierung, Volk, andere 14, 87, 88 – Sparen allgemein: sinnvoll oder nicht? 15, 87, 88 – Assoziationen zu «Sparen» 16, 87, 88 – eigene Spartätigkeit: ja / nein 17, 87, 88 – eigene Sparformen: Sparbuch, Versicherungen, Obligationen, Aktien, Edelmetalle, Immobilien, Einschränkung des Konsums 18, 87, 88 – wichtigste Spar motive: Altersvorsorge, Notfälle, Kinder, Sicherung der Unabhängigkeit, Vermögensbildung, Ausbildung, grosere Anschaffungen 19, 87 – Gründe/Motive für Nicht-Sparen 20, 87 – verwendete Zahlungsmittel: Bargeld, Checks, Aufträge vom Konto, Einzahlungen, Kreditkarten 21, 87, 88 – Stellenwert verschiedener Lebensbereiche: Geld / Wohlstand, Umweltverhältnisse, Familie, Frieden, persönliche Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Staat, Freunde 22, 87, 88

III F Sicherheit und Versicherung

Gefühl der Bedrohung durch Verkehrsunfälle, Unfälle am Arbeitsplatz, Kriminalität, Wohnungskundigung, Arbeitsplatzverlust, Inflation, wirtschaftliche Notlage im Alter, Krankheiten, technische Entwicklung, Komplexität der Welt / eigene Ohnmacht, politische Veränderungen, Überfremdung, Atomkatastrophe, Krieg, Zersiedelung der Landschaft, Energieverknappung, Pollution, Lärm, Hetze, Stress, Verlust der Religion, allgemeiner Sittenzerfall, Alleinsein, persönliche Probleme 1, 86, 87, 88 – Rolle des Staates im Bereich der Vorsorge und Versicherung: Ausbau oder Abbau? 2, 86, 87 – Faktoren der persönlichen Sicherheit: Arbeit, Partnerschaft, Familie, private Vorsorge / Sparen, Freunde, Freizeitbeschäftigung, Pensionskasse, Einkommen, Versicherungen, politische Stabilität, Religion, eigene Ziele, Vermögen 3, 86, 87, 88 – persönliche Versicherungen: zuviel oder zuwenig? 4, 86, 87 – Assoziationen zu «Versicherungen» 5, 86, 87 – Ausbau des Versicherungsnetzes: Eigenvorsorge oder zunehmender Versicherungsschutz 6, 86, 87, 88 – Stellungnahme zu Versicherungsbetrug 7, 86, 87, 88 – Kenntnisse über persönliche Versicherungen 8, 86, 87 – Bereitschaft Versicherungen bei verschiedenen Stellen abzuschliessen: Vertreter einer Versicherungsgesellschaft, Makler, aufgrund von Werbebrief mit Antwortkuvert, am Bankschalter, beim Besuch in der Versicherungsagentur 9, 88 – Akzeptanz von Versicherungseinkauf mittels Kreditkartenautomat 10, 88 – Akzeptanz / Präferenz bezüglich verschiedener Institutionen zur Altersvorsorge: Bank, Versicherung, Staat (freiwillig oder obligatorisch), Wertpapiere, Immobilien, Sparen, Betrieb, Kinder, Edelmetalle, Schmuck 11, 88 – Verhalten bei Versicherungsabschluss, Verständnis der Police 12, 88 – Kontakt mit Versicherer im Schadenfall und dessen Beurteilung 13, 88 – Präferenzen bezüglich Prämienhöhe und Selbstbehaltshohe 14, 88 – Bereitschaft zum Abschluss einer Versicherung bei einer ausländischen Versicherung 15, 88

IV A Freiheit

Land der Wahl / Begründung: Schweiz oder Ausland? 1, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit: Notenskala 2, 86 – Assoziationen zu «Freiheit» 3, 86 – gewünschte Freiheitsbereiche 4, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit / Unabhängigkeit, Beurteilung der Situation im Nachbarland, Benachteiligte in der Schweiz in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, korpeliche Freiheit 5, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit und die Bedeutung für das persönliche Wohlergehen, Gefahr der Benachteiligung für Minderheiten (gleiche Gliederung wie Frage 5, 86) 9, 87 – Ursachen der Einschränkung der persönlichen Freiheit 101, 87 – Bereiche der Einschränkung der persönlichen Freiheit 6, 87 – Gründe / Ursachen für Zunahme der Gesetze / Vorschriften 7, 87 – Bereiche, wo Rücksichtnahme auf andere nötig ist 8, 87 – Gefühl der persönlichen Freiheit / Unabhängigkeit in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, korpeliche Freiheit, persönlicher Inhalt dieser Freiheiten, Beispiele für Einschränkungen in den einzelnen Freiheiten 10, 88

IV B Verteidigung

Kräfteverhältnis in Europa: Sowjetunion mit Verbündeten, USA mit Verbündeten 1, 86, 88 – weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren 2, 86, 88 – Kriegsgefahr in Europa in den nächsten 5 Jahren 3, 86 – potentielle Verursacher eines möglichen Krieges 4, 86, 88 – Wahrscheinlichkeit (in der Schweiz) von Terroranschlägen, Naturkatastrophen, Krieg mit Atomwaffen, Krieg mit konventionellen Waffen, Krieg mit chemischen / biologischen Waffen, wirtschaftlicher Erpressung, Energieverknappung 5, 86, 88 – Notwendigkeit der Armee in der Schweiz 6, 86, 88 – Verteidigungsausgaben in der Schweiz: zu hoch oder zu niedrig? 7, 86, 88 – Fähigkeit sicherheitspolitischer Instrumente in der Schweiz: Aussen-

politik, Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesvorsorge, Staatsschutz 8, 86 - Meinungen zur Armee: Abhaltung fremder Mächte vor Angriff auf die Schweiz? Armee keine Chance in Krieg mit Atomwaffen bzw. mit konventionellen Waffen? 9, 86, 88 - Chancen der Armee, ihren Auftrag zu erfüllen in bezug auf zahlenmässige Stärke, Ausbildungsstand der Truppen, Können der militärischen Führung, Bewaffnung, Ausrüstung, Mobilmachung, Gelände, künstliche Geländeverstärkungen, Gewährleistung des Nachschubs 10, 86, 88 - Verteidigungswert der Schweiz 11, 86 - Verwirklichung von Werten in der Schweiz: persönliche Freiheit, demokratischer Rechtsstaat, Solidarität mit Benachteiligten, Zusammenhalt des Volkes, nationale Unabhängigkeit 12, 86, 88 - Kampfwille der Armee, Widerstandswille der Zivilbevölkerung 13, 86 - Unterstellung der Rüstungsausgaben unter Volksabstimmung: dafür / dagegen 14, 86 - geleisteter Militärdienst 15, 86, 88 - Notwendigkeit des Zivilschutzes 16, 87 - Fähigkeit des Zivilschutzes, Bevölkerung zu schützen in Nuklearkrieg, Krieg mit chemischen Waffen bzw. mit konventionellen Waffen, in anderen Katastrophen 17, 87 - Informationsquellen bei Sirenenalarm 18, 87 - Schätzung der Kapazität aller Zivilschutzräume 19, 87 - Zivilschutzvorbereitungen der Schweiz im internationalen Vergleich 20, 87 - Problembewältigungskapazität der Behörden (Krieg, Katastrophen) 21, 87 - gewünschte Informationspolitik der Behörden im Kriegsfall 22, 87 - Wahrscheinlichkeit der Bedrohung durch militärische Spionage, andere Spionage, Sammeln von Informationen, Unterwanderung von Staat, Wirtschaft und Medien, Sabotage und Terror 23, 87 - Auslandsabhängigkeit der Schweiz in bezug auf Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe 24, 87 - potentieller Selbstversorgungsgrad bezüglich Nahrungsmittelproduktion 25, 87 - Aufwendungen für die Gesamtverteidigung: Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Massnahmen gegen Spionage, Terror, Aussenpolitik 26, 87 - Notwendigkeit der Mitwirkung von Frauen in der Gesamtverteidigung 27, 87 - Vorstellung der möglichen Formen der Auseinandersetzungen im Kriegsfall (atomare, chemische, biologische und konventionelle Waffen) 28, 88

IV C Versorgung

noch nicht definitiv

IV D Welt

Sachbereiche erwünschter internationaler Zusammenarbeit: Natur- / Umweltschutz, Teuerungskämpfung, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, militärische Verteidigung, Entwicklungshilfe, Forschung für die Wirtschaft, Förderung der Kultur, Erschliessung neuer Absatzmärkte 1, 86, 87, 88 - Distanzierung / Annäherung an andere Länder, Partnerpräferenz für Zusammenarbeit: Frankreich, Italien, Österreich, BRD, USA, UdSSR, Nigeria, Saudiarabien, Brasilien 2, 86, 87, 88 - Zukunftserwartungen in bezug auf Krieg und Frieden 3, 86, 87, 88 - Sachbereiche wahrgenommener Zukunftsabhängigkeit: Konjunktur, Waldsterben, Drogenproblem, Generationenproblem, Preisschwankungen, Gefährdung der Unabhängigkeit, industrieller Erfindungsgeist, politische Strömungen und Ideen 4, 86, 88 - Zukunftserwartungen in bezug auf Auslandsabhängigkeit der Schweiz 5, 86, 88 - Intensität nationaler Missionsvorstellungen / Präferenzen für nationale Rollen: Zusammenleben verschiedener Völker, Demokratie, Humanität (Asyl, Spenden), Fleiss / Ordnungsliebe / Sauberkeit, Neutralität / Vermittlung 6, 86, 88 - Zufriedenheit mit der Aussenpolitik allgemein und in Teilbereichen, gewünschte Änderungen: Entwicklungshilfe, Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen, Vermittlungsdienste, Asylpolitik, Hilfe an Flüchtlingslager, Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizer Banken, Koordination von Umweltschutzmassnahmen, bundesrätliche Reisen, Verteidigung des Bankgeheimnisses, Stellungnahme gegen Diktaturen, Exporthilfe für Entwicklungsländer, Einigung Europas, Schutz einheimischer Produkte vor ausländischer Konkurrenz, Mitarbeit in internationalen Organisationen, Informationspolitik über Aussenpolitik 7, 86, 87, 88 - Relevanz nationaler, europäischer und globaler Bezugsrahmen: Selbstverständnis als Europäer, Weltbürger und Schweizer 8, 87 - Präferenz für kognitive Weltkarten, Grad an Wert-Pluralismus: Nord-Süd-Konflikt, Ost-West-Konflikt, klassisch machtpolitisches Weltbild 9, 87 - Motive internationaler Zusammenarbeit: Eigennutz, nach Zielvorstellungen, Schicksalsgenossenschaft 10, 87

X Allgemein

Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche: Ernährung, Wohnung, Schlaf, Gesundheit, Bekleidung, Arbeit / Beruf, Familie, Verwandtschaft, Freunde, Umwelt, Kultur, Bildung, Politik, Religion, Sport, Freizeit, persönliche Sicherheit, Geborgenheit, Gefühl, geachtet zu sein, Komfort, Lebensziel 104, 86, 87, 88

Wolf Linder

Politische Entscheidung und Gesetzesvollzug in der Schweiz

Wer trifft die politischen Entscheidungen in der Schweiz und wie werden sie vollzogen? Wie gross ist der Einfluss des Parlaments auf die gesetzgeberischen Entscheidungen? Wer sind die wichtigen Akteure des politischen Entscheidungsprozesses insgesamt? Was wird aus Gesetzen, nachdem sie angenommen sind, und welche Faktoren bestimmen ihren Erfolg oder Misserfolg? Erfüllen die Parteien noch ihre Aufgabe der Vermittlung zwischen Volk und Behörden, oder werden sie von neuen Bewegungen abgelöst?

Das vorliegende Buch präsentiert wichtigste Ergebnisse aus Einzelstudien des Nationalen Forschungsprogramms 6 «Entscheidungsvorgänge in der schweizerischen Demokratie» und zieht eine aktuelle Bilanz zum Funktionieren des politischen Systems der Schweiz.

Französische Version des Berichts (übersetzt von Jean-Daniel Delley): *La décision politique en Suisse – Genèse et mise en oeuvre de la législation*, Réalités sociales, Lausanne 1987.

2. Auflage 1988

UNIVERSITÄT BERN

Forschungszentrum für schweizerische Politik,
Neubrückstrasse 10, 3012 Bern

Weiterführende Publikationen des Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern, basierend auf VOX-Befragungsmaterial (Auswahl):

1981:

A. Grossen: «Umweltschutz und Abstimmungsverhalten», in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 21 (1981), S. 39ff.

1982:

H.P. Hertig: «Sind Abstimmungen käuflich? – Elemente der Meinungsbildung bei eidgenössischen Abstimmungen», in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 22 (1982), S. 35ff.

1983:

E. Gruner, H.P. Hertig (unter Mitarbeit von A. Grossen): Der Stimmbürger und die 'neue' Politik (= Publikationen des SNF, Nr. 17), Bern und Stuttgart 1983, 412 S.

1985:

A. Grossen: Bürger, Parlament und Steuern. Eine Fallstudie über die Willensbildung von Parlament und Stimmbürgern beim Finanzpaket 1976/77, Diss. Bern 1985.

1986:

C. Longchamp: «Männer und Frauen an den Urnen. Material zu einer neuen Konfliktlinie in der schweizerischen Politik», in: Frauenfragen, hrsg. von der Eidg. Kommission für Frauenfragen, Bern 1986.

1987:

C. Longchamp: «Die neue Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens», in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 27 (1987), S. 51

C. Longchamp: «Die VOX-Analysen als Beispiel politischer Sozialforschung», in: Marktforschung Schweiz, Handbuch 1988/89, Einsiedeln 1987.

1988:

C. Longchamp: «Frei sein – frei bleiben. Informationen, Analysen und Reflexionen zum abgelehnten UNO-Beitritt», in: P. Hablützel et al. (Hrsg.): Politologie in Wissenschaft und Praxis. Festschrift für Peter Gilg, Bern 1988.

C. Longchamp: «Das Plebiszit zur schweizerischen Flüchtlingspolitik vom 5.4.1987», in: Fremdenfeindlichkeit und Diversität ethnischer Minoritäten, hrsg. von der Schweizerischen UNESCO-Kommission, Basel 1988.

W. Linder: 10 Jahre VOX-Analysen. (Beitrag zu GfS: Seminar: Die Schweizer und ihr Staat), FSP, Bern 1987.

Leben in der Schweiz

<i>Gesellschaft</i> Univ. Zürich	Prof. H.J. Hoffmann-Now. PD Dr. F. Höpflinger
<i>Wohnen</i> ETH Lausanne	Prof. M. Bassand Dr. D. Joye
<i>Gesundheit</i> Univ. Bern	Prof. T. Abelin Dr. H. Noack
<i>Ausbildung</i> Univ. Genève	PD Dr. P. Weiss
<i>Kultur</i> Univ. Lausanne	Prof. R. Ruffieux A. Thurler
<i>Freizeit</i> Univ. Bern	Prof. J. Krippendorff P. Saxenhofer
<i>Verkehr</i> ETH Zürich	Prof. C. Hidber N. Bischofberger
<i>Kommunikation</i> Univ. Zürich	Prof. U. Saxer Dr. H. Bonfadelli
<i>Umwelt</i> Univ. Lausanne	Prof. P. Knöpfel

Staatliche Gemeinschaft

<i>Staat</i> Univ. Zürich	Prof. U. Klöti F.X. Risi
<i>Direkte Demokratie</i> Univ. Bern	Prof. W. Linder C. Longchamp
<i>Recht</i> Univ. Basel	Prof. G. Schmid
<i>Staatsfinanzen</i> H'schule St. Gallen	Prof. A. Meier S. Haury
<i>Sozialversicherung</i> Univ. Basel	PD Dr. J. Sommer Dr. M. Wechsler

Wirtschaftliches Fundament

<i>Landwirtschaft</i> ETH Zürich	Prof. P. Rieder Dr. U. Bernegger
<i>Wirtschaft</i> GfS-Forschungsinstitut	Dr. W. Ebersold
<i>Arbeit</i> Univ. Bern	PD Ruth Meyer F. Zulauf
<i>Markt</i> HSG / GfS-Forschungsinstitut	Dr. R. Schoch
<i>Geld</i> H'schule St. Gallen	Prof. L. Schuster E. Straub
<i>Sicherung</i> H'schule St. Gallen	Prof. M. Haller

Unabhängigkeit

<i>Freiheit</i> Univ. Fribourg	Prof. T. Fleiner
<i>Verteidigung</i> H'schule St. Gallen	Prof. A. Riklin B. Laggner
<i>Welt</i> Univ. Zürich	Prof. D. Frei †

Die
Schweiz
im
Spiegel

Wissen,
Meinungen,
Verhalten.



GfS-Forschungsinstitut
der Schweizerischen
Gesellschaft
für praktische Sozial-
forschung Zürich

Postfach 546 8027 Zürich
Telefon 01 / 202 07 87

Konzeption, Planung
Mittelbeschaffung,
Koordination,
Befragung, Tabellierung
und Verbreitung der
Ergebnisse



Zukunftsgerechtes,
ganzheitliches Forschen
dank enger Kooperation
von Wissenschaft
und Praxis.

Initiant / Projektleiter
Dr. Werner Ebersold
UNIVOX-Koordination :
Daniela Erb, lic.oec.
VOX-Koordination :
Claude Longchamp
lic.phil.hist.

Presseerzeugnisse

Elektr. Medien

Firmen der
Wirtschaft

Verbände

Politische
Parteien

Staatliche
Verwaltung

Andere

P.P.



8001 Zürich

GfS

GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit 20 Hochschulinstituten

DATENBANK FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND STAAT



Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen,
Einstellungen und Verhalten in den Bereichen
Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

Vor mehr als 10 Jahren ist **VOX** - die Nachanalyse aller eidg. Abstimmungen und Wahlen - aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft entstanden.

Ausgehend vom gleichen Grundgedanken, thematisch jedoch erheblich erweitert werden die **VOX**-Analysen seit 1986 durch eine neue Forschungsreihe ergänzt: **UNI-VOX** - einer ganzheitlich angelegten Datenbank zu

- **Leben in der Schweiz** (untergliedert in die Stichworte Gesellschaft, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Ausbildung, Freizeit, Kommunikation, Verkehr und Umwelt);
- **Staatliche Gemeinschaft** (Staat, Demokratie, Recht, Staatsfinanzen, Sozialversicherungen);
- **Wirtschaftliches Fundament** (Wirtschaft, Arbeit, Markt, Geld, Landwirtschaft und Sicherungen) und
- **Unabhängigkeit** (Freiheit, Verteidigung, Versorgung und Welt).

Jedes Jahr werden die Stichworte einmal ausführlich befragt, sodass laufend aktuelle Umfrageergebnisse zur Verfügung stehen, aber auch zeitliche Trends ersichtlich werden.

Mehr als 20 Hochschuldozenten mit ihren Assistenten und Assistentinnen in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich kooperieren mit der GfS, bereiten die Untersuchungen vor und kommentieren das von ihnen betreuten Sachgebiet (vgl. auch Rückseite).

Zum Stichwort «Staat» wurden beispielsweise die folgenden Schwerpunkte befragt: Zufriedenheit mit der schweizerischen Politik - Erfahrungen mit verschiedenen staatlichen Stellen - Einstellungen zu Kollegialsystem, Konkordanzdemokratie, Milizparlament oder Föderalismus - dringlichste Probleme der Gegenwart zuhanden der Behörden - Problemlösungsfähigkeit des Staates - Umfang der Staatstätigkeit und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

UNIVOX ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, Redaktionen, PR-Stellen und Verwaltungen. Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien und andere mehr haben **UNIVOX** bereits abonniert.

Gerne informiert Sie die GfS über die Anwendungsmöglichkeiten von **UNIVOX** in Ihrer Organisation. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an bei:

GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich

Telefon 01 / 202 07 87